

**Université Paris – Sorbonne – Paris IV**

**U.F.R. d'Etudes Germaniques**

**Das Bild Frankreichs im österreichischen Kleinen Volksblatt**

**von 1934 bis 1938**

**Monsieur le professeur Jean-Paul CAHN**

**Roseline MOUTON**

**JUIN 2005**

# Inhaltsverzeichnis

<u>Einleitung</u> .....	5
<u>I. Analyse der Presse ab Februar 1934</u> .....	20
<u>1. Die Presse</u> .....	20
<u>A. Das Kleine Volksblatt</u> .....	20
<u>a. Gründung des Kleinen Volksblattes</u> .....	20
<u>b. Redaktion und äußere Merkmale</u> .....	22
<u>c. Tendenz, Aufgaben und Programm der Zeitung</u> .....	23
<u>d. Leserkreis der Zeitung</u> .....	25
<u>B. Pressentwicklung in der Zwischenkriegszeit</u> .....	27
<u>a. Nach dem 1. Weltkrieg</u> .....	27
<u>b. Entwicklung in den 30er Jahren</u> .....	27
<u>c. Die absolute Gleichschaltung der Presse unter dem NS 1938</u> .....	29
<u>2. Ursachen</u> .....	30
<u>A. In Frankreich</u> .....	30
<u>a. Die Weltwirtschaftskrise</u> .....	30
<u>b. Politische Krise</u> .....	32
<u>c. Modernisierung und Faschismus</u> .....	33
<u>B. In Österreich</u> .....	35
<u>a. Wirtschaftskrise</u> .....	35
<u>b. Regierung</u> .....	36
<u>3. Februarereignisse 1934</u> .....	38
<u>A. Der 6. Februar 1934 in Frankreich</u> .....	38
<u>a. Regierungskrise und Demonstrationen</u> .....	38

b.	<u>Der Stavisky-Skandal</u> .....	48
B.	<u>Der 12. Februar 1934 in Österreich</u> .....	51
<b><u>II.Österreich und Frankreich 1934-1936</u></b> .....		56
<b>1.</b>	<b><u>Österreich</u></b> .....	56
a.	<u>Unmittelbare Februarfolgen</u> .....	56
b.	<u>Juli 1934</u> .....	57
c.	<u>Innenpolitik</u> .....	59
<b>2.</b>	<b><u>Frankreich auf dem Weg zur Volksfront (1934-1936)</u></b> .....	60
A.	<u>Einsatz der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus</u> .....	60
a.	<u>Rolle der Kommunisten und Sozialisten in der Innenpolitik</u> .....	60
b.	<u>Annäherung am Sowjetrußland</u> .....	62
B.	<u>Regierung: Innenpolitische Krise</u> .....	65
a.	<u>Sturz der Regierung Doumergue</u> .....	65
b.	<u>Regierung Flandin</u> .....	67
c.	<u>Sturz der Regierung Flandin</u> .....	68
d.	<u>Regierung Bouisson</u> .....	71
e.	<u>Regierung Laval</u> .....	74
f.	<u>Sturz der Regierung Laval</u> .....	74
g.	<u>Regierung Sarraut</u> .....	77
<b>3.</b>	<b><u>Außenpolitik 1934-1935</u></b> .....	80
A.	<u>Römische Protokolle</u> .....	80
B.	<u>Staatsbesuche</u> .....	80
C.	<u>Wirtschaftsbeziehungen</u> .....	82
D.	<u>Volkabstimmung über das Saarland</u> .....	83
E.	<u>Stresa</u> .....	86

F. <u>Abessinienkrieg</u> .....	89
<b><u>III. Unterschiedliche Kurvenlinien 1936-1938</u></b> .....	94
<b><u>1. Die Volksfront</u></b> .....	94
A. <u>Der Wahlsieg Blum</u> .....	94
B. <u>Amtsantritt und Streikwelle</u> .....	96
C. <u>Soziale Maßnahmen</u> .....	99
D. <u>Lage der französischen Arbeiter</u> .....	101
E. <u>Entspannung der Lage</u> .....	103
<b><u>2. Die Schwierigkeiten der Volksfront</u></b> .....	104
A. <u>Finanzsorgen</u> .....	104
B. <u>Unzufriedenheit</u> .....	105
C. <u>Rücktritt von Léon Blum</u> .....	107
<b><u>3. Außenpolitik</u></b> .....	112
A. <u>Der „deutsche Weg“ als Folge des Abessinienkrieges</u> .....	112
B. <u>Besetzung des Rheinlandes</u> .....	113
C. <u>Juliabkommen</u> .....	118
D. <u>Spanischer Bürgerkrieg</u> .....	121
E. <u>Auf dem Weg zum Anschluss</u> .....	123
<b><u>Schluss</u></b> .....	126
<b><u>Bibliographie</u></b> .....	131

# Einleitung

Ziel dieser Arbeit ist die Darstellung des Bildes von Frankreich, das sich der österreichische Durchschnittsbürger als Zeitungskonsument am Ende der Zwischenkriegszeit machen konnte. Was hat man als Österreicher über das Leben in Frankreich in Erfahrung bringen können, wenn man bloß Zeitungsleser war? Der Blick der österreichischen Journalisten über Frankreich wurde untersucht. Welche Mitteilungen erschienen über Frankreich in der Zeitung Das Kleine Volksblatt innerhalb des untersuchten Zeitraumes Anfang 1934 bis Ende 1937 und welches Bild prägten sie? Welche öffentliche bzw. veröffentlichte Meinung zu und über Frankreich stand in der Zeitung? Welches Bild von diesem Land lieferten die Journalisten und baten sie ihrer Leserschaft? Ziel der Arbeit ist es, die Vorstellungen einer Menschengruppe zu analysieren: Was war das globale Kollektivmeinen der Österreicher über Frankreich? Relevant ist nicht die „ganze Realität“, sondern die „perzipierte“ Realität zu rekonstruieren. Die Presse ist ein Mittel, Wirklichkeit und Erinnerung zu konstruieren. Nicht *die* Wirklichkeit wird gezeigt, sondern nur deren Bilder und damit ein Konstrukt<sup>1</sup>. Der Inhalt einer Zeitung ist immer ein Abbild der Wirklichkeit, da eine lückenlose Wiedergabe der Realität unmöglich ist. Deshalb sind Bilder „Formen der subjektiven Abbildung der Realität im menschlichen Bewusstsein“<sup>2</sup>. Ein Bild setzt sich aus objektiven Tatbeständen und subjektiven Empfindungen der Wirklichkeit zusammen. Es besteht aus schematisierten Vorstellungen, die Wahrnehmungen vereinfachen. Eine Vielzahl von Bedeutungen und Merkmalen komplexer

---

<sup>1</sup> KRIECHBAUMER, Robert: Die Vaterländische Front, ein vaterländisches Bilderbuch. Böhlau-Verlag, 2002. S. 9

<sup>2</sup> NIEDHART, Gottfried. „Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln. Internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma.“ in: LOTH, Wilfried (Hrsg.) / OSTERHAMMEL, Jürgen (Hrsg.): Internationale Geschichte. Themen, Ergebnisse, Aussichten. München, Oldenburg, 2000. S. 141

Gegenstände wird auf ein möglichst einfaches Bild reduziert<sup>1</sup>. Es handelt sich nicht um das jeweils angesprochene Objekt als solches, sondern um ein Bild, welches sich Menschen davon machen. Ein Bild erfasst mehr als das Abbild von etwas real Vorhandenem und ist nicht bloß Produkt visueller Wahrnehmung. Die Eigenleistung, die Konstruktion des Individuums, die Projektionen und subjektiven Vorstellungen bilden einen wesentlichen Beitrag zur Bild-Produktion und beeinflussen ganz wesentlich das Verhältnis zwischen dem Subjekt und dem Objekt eines Bildes. Bilder sind „in einem zentralen Sinn ein Stück Beziehung“<sup>2</sup>. Ein Bild wird zum Bestandteil kollektiver Identität und Mentalität. Das Bild eines anderen Landes gilt für eine bestimmte Nation. Es erfolgt eine Sinnkonstruktion, die Identitäten schafft<sup>3</sup>. Somit wird die Kommunikation einfacher. Dazu kommen emotionale Komponenten, wie Bewertungen, Gefühle und emotionale Zustände, die mit dem Gegenstand verbunden werden. So gilt es, die Gefühle und Wertschätzungen der Österreicher über Frankreich zu ergründen, um das tatsächliche Bild aufzudecken. Wie war Frankreich in Österreich anerkannt? Das eigene Bild im Ausland bildet ein Selbstbild und entspricht der Wahrnehmung des Eigenen. Aber das Bild eines anderen Landes kommt aus der Wahrnehmung des anderen, entspricht also einer Fremdwahrnehmung. Das Ziel der Arbeit war es also, eine Fremdwahrnehmung zu analysieren. Aber ein Zusammenhang besteht zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung / Selbst- und Gegnerbild. Man spricht von sich selbst, wenn man von einem anderen spricht. Das Bild des anderen spiegelt ein Selbstbild wider. Die negativen Eigenschaften des anderen weisen auf die positiven Seiten von sich selbst. Diese Arbeit beschäftigt sich mit dem Bild Frankreichs, das durch die österreichische Presse erzeugt wurde. Die Vorstellungen und die Wertungen, mit denen die Presse Frankreich und seine Bevölkerung lobte und strafte, betrafen die innere und auswärtige Politik genauso wie die Wirtschaftsbeziehungen. Die Berichterstattung nutzte

---

<sup>1</sup> LUGER, Karin: Dieses Land, das wir so liebend gerne hassen...Österreich in der französischen Presse 1986-1992. Wien, Bd. 16, Kunst- und Kulturverlag, 2000. S. 77

<sup>2</sup> Ebenda. LUGER, Karin. S. 77

<sup>3</sup> Ebenda. KRIECHBAUMER, Robert. S. 13

solche Anlässe für Exkursionen in die Mentalität und den nationalen Charakter der Franzosen. Aber die Hauptfunktion der Presse bleibt die Vermittlung von Nachrichten und trägt dadurch zur Wissensbildung bei. In der Zwischenkriegszeit waren die Zeitungen die Hauptinformationsquelle für die Bevölkerung, weil die französische Gesellschaft für den einzelnen weder überschaubar noch erfahrbar war. Die außenpolitische Berichterstattung nimmt am Prozess außenpolitischer Bildung teil und ihre Aufgabe ist, verantwortungsbewussten Bürgern helfen, sich eine selbstständige Meinung zu bilden. Die Nationenbilder spielen eine große Rolle in den internationalen Beziehungen. Die Presse bestimmt, konstruiert und prägt Weltbilder, bildet Interpretationssysteme, manipuliert und verbreitet Meinungen. Als Vermittlerin von Bezugsrahmen ist die Presse bei der Bildung der öffentlichen Meinung beteiligt. Das Wort „Meinung“ drückt eine Überzeugung aus, die nicht beansprucht, Ausdruck einer vorgegebenen Wahrheit zu sein. Eine „gesellschaftliche Wirklichkeit“ wird hergestellt, die die Ursache von Klischees, Stereotypen, Vorurteilen, Feindbildern und Mythen ist, welche eine reiche Tragweite besitzen. Eine Zeitung erscheint als großes Transportmittel eines Bildes. Die Berichterstattung über ein anderes Land trägt zum Aufbau eines Bildes beträchtlich bei, weil die Presse bestimmte Themen auf die Tagesordnung des Diskurses setzt und somit die Aufmerksamkeit steuert. Von dem, was in der Welt geschieht, nimmt der Mensch nur einen kleinen Teil wahr. Es erfolgt die Perzeption von Teilbereichen fremder Wirklichkeiten. Aber da Informationen herausgefiltert werden, handelt es sich um eine selektive Wahrnehmung, die von den Journalisten reguliert wird, weil sie weitgehend bestimmen, worüber gesprochen wird und welche Meinung und Perspektive sie durchsetzen: „Vorstellungen von der Realität, wie sie sich in Nationenbildern verdichten, beruhen auf selektiver Wahrnehmung“<sup>1</sup>. Wenn der Mensch einen Text liest, wird seine Wahrnehmung von den Systemen der Sprache und der Diskurse strukturiert. Durch das In-Worte-Fassen wird Geschehen als Abfolge von Ereignissen neu konstruiert und durch die Rezeption verbreitet. In der Selektion von Geschehnissen, Ereignissen und Themen

---

<sup>1</sup> Ebenda. NIEDHART, Gottfried. S. 142

wird die soziale Welt täglich konstruiert<sup>1</sup>. Zwar existieren unterschiedliche Wahrnehmungen, aber sie besitzen nicht alle die gleiche Realitätsnähe. Die Perspektivität ist unvermeidlich, aber die Perspektive soll nicht beliebig sein. Grenzen sollen zwischen Vermuten und Wissen, und zwischen Perzeption und Fehlperzeption gezogen werden, obwohl Perzeption immer eine Fehlperzeption ist, weil eine Realität rekonstruiert, vermittelt und sozial erfasst wird. Das Ziel der Presse soll eine realitätsnahe Perzeption vermitteln, damit die Zeitungsläser soweit wie möglich die Realität erfassen können und ihre Handlungen nach ihr ausrichten können. Jeder Kommunikationsinhalt, der den Rezipienten erreicht, kann Wirkungen hervorrufen. Die Untersuchung der Wahrnehmungsfolgen ist zwar nicht das Ziel der Arbeit, weist aber auf die Bedeutung der Auswirkungen der Presse hin. Die Perzeption steht im Zusammenhang mit dem Handeln: Das Verhalten wird von der Perzeption konditioniert und determiniert. Manche Perzeptionen verändern Handlungen. In einem einfachen Kommunikationsmodell wird ein Inhalt von einem Kommunikator durch ein Medium zu einem Rezipienten transportiert: Der Kommunikator (Sender, Adressat, Quelle, Organ...) sagt etwas aus. Der Kommunikationsinhalt (Aussage, Adresse, Mitteilung, Nachricht...) wird auf einer bestimmten Weise und in einer besonderen Situation (Rahmen, Umwelt, Feld, Gesamtzusammenhang...) geliefert. Der Kontext bestimmt maßgeblich den Inhalt. Aber aus Merkmalen eines manifesten Inhaltes kann man Merkmale des Kontextes schließen. Die Zeitungsinhalte reflektieren gesamtgesellschaftliche Werte, Vorstellungen, Einstellungen, Wissens- und Glaubensbestände, genauso wie der Zeitgeist sich umgekehrt in den Zeitungen widerspiegelt. Die Analyse dieses Zeitgeistes entspricht einer Analyse sozialer Wirklichkeit. In dieser Arbeit wurden der Kommunikationsinhalt und der Kontext untersucht, um den Blick des Journalisten erfassen zu können. Der Kommunikator ist immer von Begebenheiten abhängig. In zeitlicher und räumlicher Hinsicht ist seine Tätigkeit nämlich streng vorgeschrieben, aber nicht wie es ausgesagt werden soll

---

<sup>1</sup> MERTEN, Klaus: Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis. Opladen, Westdeutscher Verlag, 2. verb. Auflage, 1995. S. 98

und ist also Ausdruck seiner Subjektivität. Das Bild eines Landes soll nicht nur beschrieben werden, sondern auch in einen größeren historischen Kontext gestellt werden. Wie wirkte sich der in der Zwischenkriegszeit wuchernde Nationalsozialismus auf das Bild Frankreichs in der Zeitung aus? Dabei war die Berücksichtigung der Lage Österreichs wichtig. Der Versuch wurde unternommen, die diversen Frankreich-Konstruktionen zu beschreiben und sie in ihrem historischen Kontext zu analysieren, um einen Gesamteindruck von Frankreich wiederzugeben, der von der österreichischen Presse hergestellt wurde. Deshalb wurde der Inhalt der Meldungen mit den historischen Fakten konfrontiert. Das Bild eines Staates ist im Wesentlichen von der Vergangenheit geprägt. Hinter- und Untergründigkeiten aus dem geschichtlichen Verhältnis der beiden Staaten sind deshalb aufschlussreich. Über viele Jahrhunderte hinweg hatte Österreich eine höchst ambivalente Beziehung zu Frankreich und von daher darf man sich fragen, ob sich ein kontrastierendes Bild ergibt. Historische, geistige und gefühlsmäßige Vorurteile behindern das Zusammenstreben der Völker, dem Hindernisse in den Weg gelegt werden. Waren die Journalisten in einem Schema gefangen? Aber ein Bild gehört zu einer Entwicklung und gestaltet sich auch nach der erhofften Zukunft<sup>1</sup>. Das ist nämlich auch das Resultat einer Selbstprojektion in die Zukunft. Die Wahrnehmung und ihre Wirkung erfolgen entlang einer den politischen und ideologischen Konjunkturen unterworfenen Zeitachse. Selbst- und Fremdwahrnehmung einer Gruppe oder Generation sind in ihren politischen, ökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen zu erfassen<sup>2</sup>. Sinn, Bedeutung, Wissen, Ruf und Anerkennung bzw. Abwertung sozialer und politischer Systeme sind Kriterien, die bei der Konstruktion eines Länderbildes mitspielen. Deshalb ist die Kenntnis der Ideologie und der politischen und sozialen Organisation des Staates erforderlich, um das Bild aufzudecken.

---

<sup>1</sup> FRANK, Robert: „Images et imaginaires dans les relations internationales depuis 1938 : problèmes et méthodes.“ (S. 7). in : FRANK, Robert: Images et imaginaires dans les relations internationales depuis 1938. Cahier de l'Institut d'Histoire du Temps Présent n° 28, Juin 1994.

<sup>2</sup> Ebenda. KRIECHBAUMER, Robert. S. 13

Die gemeinsame Geschichte Frankreichs und Österreichs bildet eine nahezu lückenlose Kette aufeinander folgender Kriege und Auseinandersetzungen, Streit und Rivalitäten, von der Zeit der Bourbonen, der Ersten französischen Republik, Napoleon I., Napoleon III., der Dritten Republik bis über den ersten Weltkrieg hinaus<sup>1</sup>. Lediglich die Geschichte der Kulturbeziehungen zwischen den beiden Ländern zeigt eine gewisse Verbundenheit, allerdings mit einer französischen Prädominanz<sup>2</sup>. Der Zerfall der Habsburger Monarchie erscheint als Schlüsselstellung in der Geschichte. Aus österreichischer Sicht entsprach der „schmachvolle“ Vertrag von St Germain der Vernichtung Österreich-Ungarns durch die Alliierten. Zwar enthielt §. 88 vom „Schandfrieden“ ein Anschlussverbot, aber die Alliierten konnten die Annäherung Österreichs an das immer mächtiger und immer nationalsozialistischer werdende Deutschland nicht verhindern. Zwischen 1918 und 1938 waren weder Frankreich noch Österreich fähig, eine Lösung dieses Problems zu finden, aber sie schlugen zwei absteigende Kurvenlinien ein. In dieser Arbeit wird Frankreich zwar untersucht, aber im Mittelpunkt bleibt die Rolle Österreichs, das als das Land erscheint, dessen Vorstellungen unter die Lupe genommen werden. Kenntnisse über die Ideologie und Staatsführung in Österreich erscheinen als grundlegend, um das Bild aufzudecken: „Das Bild, das sich das Ausland macht, ist im Wesentlichen abhängig von seiner politischen Führung und dessen Ansehen, denn die Außenpolitik ist gleichsam das Spiegelbild des gesamten Staatswesens.“<sup>3</sup> Schwere System- und Wirtschaftskrise führten in der Zwischenkriegszeit zu folgenschweren Verwerfungen der politischen Kulturen und Landschaften und ließen neue Systeme entstehen: Marxismus oder Antimarxismus, Demokratie oder Autoritarismus / Totalitarismus und Moderne oder Antimoderne. Die politische Landkarte Europas bot spätestens ab den dreißiger Jahren ein deutlich konturiertes bipolares Bild. Im Westen und Norden die Welt der liberalen, liberal-

---

<sup>1</sup> Ebenda. LUGER, Karin. S. 25

<sup>2</sup> NOSKO, Leopold: Kultureinflüsse Kulturbeziehungen. Wechselwirkungen österreichischer und französischer Kultur. Wien-Köln-Graz, Böhlau, 1983

<sup>3</sup> Dokumentation des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten 1959-1962, Wien, 1962

konservativen und sozialdemokratischen Demokratien, in Mittel-, Süd- und Osteuropa jene der Diktaturen monarchischer, autoritärer, faschistischer oder kommunistischer Prägung. Im Unterschied zu Österreich bestand Frankreich weiter auf die Demokratie und das parlamentarische System. Diese Bruchlinien waren das Ergebnis des Kampfes gegen die Moderne, der der Konfliktlinie der Zwischenkriegszeit entsprach. Die säkularisierende Zweckrationalität der Moderne, die Öffnung auf die Zukunft, die Tendenz zur Beschleunigung, Individualisierung und Auflösung traditioneller Strukturen bewirkte den Gegentrend zur Flucht in das Gestrern, zum Mythos und in die Geborgenheit, die Halt und Sicherheit vermitteln. Die kollektive Entfremdung und der damit weitgehend verbundene Identitätsverlust führten zu einer notwendigen Neuinterpretation der Welt. Ein existentielles Bedürfnis nach Gemeinschaft, Beheimatung und Identität war gegenwärtig. Unter Dollfuss und Schuschnigg ging Österreich auf diesem Weg und näherte sich, dennoch mit wesentlichen Momenten der Moderne, den autoritären und totalitären Gegenentwürfen, die als Sinnkonstruktion einer neuen politischen Gemeinschaft erschienen<sup>1</sup>. Am 20. Mai 1933 gründete Dollfuss die „Vaterländische Front“, eine „überparteiliche“ politische Organisation, die alle „regierungstreuen“ Kräfte und „bewusst Österreich gesinnten“ vereinte und der Aufrichtung eines „Ständestaates“ dienen sollte<sup>2</sup>. Die Vaterländische Front wurde ständisch und territorial gegliedert. So wie in den faschistischen Staaten negierte das Regime in Österreich den fanatischen Marxismus und Liberalismus, deren Anhänger dachten, dass Vergesellschaftung im ersten Fall und Freiheit der Marktwirtschaft im zweiten Fall immer größere Teile der Gesellschaft zu Fortschritt, Harmonie und weitgehender Chancengleichheit führen würden. Anstatt der Realisierung der Prophezeiung des Liberalismus kennzeichneten sich die dreißiger Jahre durch ständige Krisen. Aber im Gegensatz zum Faschismus stützte sich der Autoritarismus auf konservative Kräfte: Heer, Bürokratie, Kirche. Sie waren wichtige Herrschaftsträger des österreichischen Ständestaates. Die Aufwertung der

---

<sup>1</sup> Ebenda. KRIECHBAUMER, Robert. S. 17

<sup>2</sup> Ebenda. KRIECHBAUMER, Robert. S. 26

Aristokratie, der Rückgriff auf die Symbole der Monarchie und die katholische Sozialphilosophie zeigten diese konservative Ideologie. Der Autoritarismus erzielte zwar eine klassenübergreifende Integration in Form der „Volksgemeinschaft“, aber er war nicht imperialistisch ausgerichtet. Unter Berücksichtigung der Modalitäten der Machtausübung, der Organisationsformen und Wertesysteme, des Kontexts von staatlicher Macht und Gesellschaft, sowie der Rolle der Bevölkerung im politischen Prozess kennzeichnete sich das autoritäre Regime in Österreich als System, das über einen begrenzten Pluralismus verfügte. Aber die Vaterländische Front hatte keine Staatsideologie, die die völlige Identität von Volk, Partei und Führung postulierte und erhob keinen Anspruch auf konkurrenzlose Staats- und Parteiherrschaft. Außerdem war keine Gleichschaltung des Lebens und Denkens unter Aufhebung der Unterschiede von Individuum, Gesellschaft und Staat geplant. Im österreichischen Regime dominierten autoritäre und korporatistische Elemente. Das autoritäre Österreich verfügte in der Vaterländischen Front weder über eine Massenpartei noch über eine Privatarmee nach faschistischem oder nationalsozialistischem Vorbild, sondern lediglich über ein nur bedingt mobilisierbares und einsetzbares Instrument, das, trotz mancher Erfolge, über die anhaltenden strukturellen Schwächen des Regimes nicht hinwegzutäuschen vermochte. Die organisierte Gewalt der paramilitärischen Wehrverbände entzog dem Staat das Gewaltmonopol. Ideologisch standen sich zwei totale Lebensentwürfe diametral gegenüber: ein katholischer und ein sozialdemokratischer Entwurf. Beide konnten sich auf ein jeweils geschlossenes Milieu stützen. Auf der Seite der Christlichsozialen Partei stand die bürgerliche Kampfbewegung der „Heimwehren“, auf der Seite der Sozialdemokraten stand der aus den „Arbeiterwehren“ hervorgegangene „Republikanische Schutzbund“. Jeder der beiden wichtigsten Wehrverbände war jeweils stärker als das Machtmonopol des Staates, das staatliche Bundesheer, das kaum 30.000 Mann erreichte. Während die rechten Verbände aggressiv gegen das republikanisch-demokratische politische System loszogen, im Zuge der faschistischen Bewegungen Europas das Ziel einer autoritär-ständischen Umformung anpeilten, agierte der Republikanische Schutzbund defensiv. Die Militarisierung der

politischen Lager belastete das demokratische politische System schwer. Damit verfestigte sich die Tendenz zum Bürgerkrieg. Dollfuss und dann auch Schuschnigg setzten sich für eine straffe Zusammensetzung aller Wehrverbände und Aufhebung ihrer weitgehenden organisatorischen Selbständigkeit ein. Sie wollten die völlige Vereinheitlichung und Unterordnung der Wehrverbände in der Vaterländischen Front durchsetzen. Die Vaterländische Front kannte aber Schwierigkeiten und litt unter Mängel an Organisation, an Propaganda, an Jugendlichen und zählte viele Opportunisten und Gleichgültige in ihren Reihen. Die Mehrheit der politischen Klasse stellte die katholisch-konservative Elite dar. Die Mobilisierungs- und Begeisterungsfähigkeit der Jugend war auf das katholisch-vaterländische Lager begrenzt, was ein dominantes jugendliches Erscheinungsbild des Regimes verhinderte. Zwar war die Vaterländische Front der Versuch eine Massenorganisation zu schaffen, aber fehlte ihr die Dynamik faschistischer Parteien. Der autoritäre Typus setzte auf die staatliche Repression, auf Polizei und Heer, aber nicht auf Gewalt und Terror<sup>1</sup>. Nach dem Ersten Weltkrieg legitimierte sich der Wandel durch den Rückgriff auf die Vergangenheit. Die Gegenwart wurde als ein Pfad von der Vergangenheit in die Zukunft betrachtet. Die Geschichte wurde zum Mittel der Begeisterung, zum Mythos, der sich der kritischen Reflexion entzog und zu einer stiftenden Identität Weltanschauung führte. Der imitationsfaschistische Charakter der Vaterländischen Front wurde in der Ästhetisierung und öffentlichen Choreographie der Politik mit ihren Massenversammlungen und Aufmärschen, Appellen, Beschwörungen, Schwüren, Weihen, Gesten und ihrer Führergläubigkeit deutlich. Die Theatralik spielte eine bedeutende Rolle, aber im autoritären Typus bildete die Massenmobilisierung durch die als Bewegung verstandene Partei nicht das wichtigste Instrument der Politik. Keine irrationalen Weltbilder waren vorhanden und die Totalität war nicht beansprucht<sup>2</sup>. Die Ästhetisierung der Politik erfolgte auch durch den Nimbus des Führers als Personifizierung und Projektionsfläche eigener Überzeugungen und Hoffnungen. Wie im

---

<sup>1</sup> Ebenda. KRIECHBAUMER, Robert. S. 59

<sup>2</sup> Ebenda. KRIECHBAUMER, Robert. S. 57

Faschismus gehörte der Mythos des charismatischen Führers, der an der Spitze des Staates steht, aber weder Dollfuss noch Schuschnigg verfügten über eine lagerübergreifende massensuggestive Wirkung, um diese Rolle zu übernehmen. Die Propaganda konnte Dollfuss und Schuschnigg hochstilisieren aber trotzdem waren sie keine charismatischen Führer.

In dieser Arbeit geht es um zwei verschiedene Länder, die zwei unterschiedliche Weltvorstellungssysteme haben. Anhand der Presse wurde das Bild eines Landes von einem anderen analysiert. Die Untersuchung der gesamten Presse erwies sich aber als sinnlos, deshalb wurde eine bestimmte Zeitung ausgewählt, die repräsentative Gesichtspunkte enthielt. Grundlage dieser Arbeit ist die christlichsoziale Zeitung Das Kleine Volksblatt, die ich in der Landes- und Stadtbibliothek Wien im Rathaus im Original lesen durfte. Der tägliche Aspekt dieser Zeitung, sowie ihre Tendenz, Auflagenzahl, Programm, Leserkreis waren Kriterien für die Auswahl des Kleinen Volksblattes und werden im ersten Teil der Arbeit ausführlich betrachtet. Zur Grundlage der Untersuchung standen die Frankreich zuzuordnenden Artikel. Analysiert wurden die Mitteilungen, die in Überschrift ein eindeutig auf Frankreich hinweisendes Wort enthielten. Eine freiheitliche Demokratie bietet den Massen eine einzigartige Chance, eine echte öffentliche Meinung zu erzeugen, aber in einem totalitären System wird sie beseitigt und weite Bereiche des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens einer fremden Realität werden unzugänglich gemacht. Dieses Informationsdefizit führt zu Spekulationen und Einschätzungen. Die zweideutige Lage des Ständestaates rechtfertigte eine nähere Betrachtung der presserechtlichen Maßnahmen und Abkommen, die zur Einschränkung oder Verstärkung der Pressefreiheit führten. Die Presseentwicklung der Zwischenkriegszeit wurde am Anfang der Arbeit dargestellt. Teil dieser Arbeit war auch ein allgemeiner Überblick einer quantitativen Analyse der Berichterstattung über Frankreich zu liefern: Wichtige Komponenten setzen sich bei der Analyse des Bildes eines fremden Landes ein. Internationale Nachrichten werden nach den Kriterien der Aufmerksamkeitsökonomie der Rezipienten ausgewählt. An diesem Prinzip orientieren sich die journalistischen

Selektionsregeln<sup>1</sup>. Die Distanztheorie ist ein Indikator für die Intensität der Beziehungen und bestimmt die Häufigkeit in der Informationstätigkeit und Rangordnung. Die Presse interessiert sich mehr für ein Land, wenn die Distanz -in den verschiedenen Sinnen- zu diesem Land kleiner ist. Interesse, das heißt Disposition zur Aufmerksamkeit, die selber Bevorzugung, Heraushebung und Fixierung von Interessen und Vernachlässigung anderer entspricht, und Aufmerksamkeit sind umso größer, je geringer die Distanz im geographischen, politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen Bereich ist. Ranghöhere Staaten wie Großmächte oder kulturell nähere Staaten besitzen eine größere Chance zum Gegenstand der Berichterstattung zu werden, als Kleinstaaten sowie geographisch und kulturell entferntere Staaten. Wirtschaftliche, bündnispolitische oder ideologische Beziehungen führen ebenfalls zu einer intensiveren Berichterstattung. Die Größe des Landes ist bedeutendes Kriterium: In dieser Analyse handelt es sich um das Bild eines großen Landes über ein kleines Land, was schon eine Ungleichheit zeigt. Wie zeichnete die Presse vom Alpenkleinstaat die „Grande Nation“? Die geographische Entfernung spielt auch eine Rolle: Frankreich ist kein Nachbarland Österreichs, aber nah. Je näher das Land ist, desto größer ist das Bedürfnis nach Sicherheit und desto klarer die Vorstellung. Nach dem Prinzip der Proportionalität der Intensität des Bildes und der Vorstellung mit diesen Faktoren wird mehr von einem Land berichtet, das über ein ähnliches Regierungssystem verfügt, mit dem Kontakte bestehen und das kulturell und wissenschaftlich einflussreich ist. Ebenso spielt der diplomatische Status des Landes eine große Rolle. Je mächtiger und politisch aktiver ein Staat auf der internationalen oder europäischen Bühne ist, desto klarer wird die Vorstellung des anderen Landes von ihm sein. Wie viel Raum wurde dem Thema Frankreich gewidmet? Welche Ereignisse wurden grob berichtet und welche Artikel beinhalten analytische und umfassende Informationen? Dies veranschaulicht das Interesse an den Auslandsberichten. Je mehr über ein Land berichtet wird, desto mehr existiert es für den Konsumenten. Der Journalist trifft eine bewusste Auswahl: Wird eine Information über Frankreich

---

<sup>1</sup> Ebenda. LUGER, Karin. S. 82

veröffentlicht, so wird sie aus seiner Sicht wichtig für das Bild seiner Rezipienten und trägt damit zu seiner Bildung bei. Der Umfang der Behandlung eines Themenkreises entspricht der Wichtigkeit dieses Themas für die Leser. Handelt es sich um lange Artikel oder um Kurzmeldungen? Dabei spielt die Platzierung in der Zeitung eine wichtige Rolle, weil sie auf die Wichtigkeit schließen lässt, die den Frankreich-Berichten zugemessen wurde. Neben der stofflichen Auswahl stellt die Aufmachung der Nachrichten einen wesentlichen Faktor zur Meinungsbildung der Leser dar. Durch die Überschriftengestaltung sind die Hauptmerkmale umrissen, die das Bild Frankreichs in Österreich charakterisieren, weil die Titel die zentralen Aussagen erfassen. In der Gestaltung der Zeitungsseite spiegelt sich die Grundhaltung der Zeitung wider. Die inhaltliche und graphische Gestaltung und die räumliche Ausdehnung lassen den Informationswert der Meldungen erkennen. Themen, Schriftengröße, Funktion der Titel wurden analysiert und tragen zur Aufdeckung des Bildes bei. Die Funktion, die die Tagespresse als Instrument der Meinungsbildung in der Öffentlichkeit erfüllt, manifestiert sich in der Typologie der Mitteilungsart. Die Unterscheidung zwischen Bericht und Kommentar ist nämlich grundlegend: Ein Bericht ist die Nachricht als Grundform der publizistischen Aussage. Er entspricht der sachlichen Mitteilung von Fakten, Tatsachen, Geschehnissen und ist somit eine objektive Darstellung von Ursachen, Gründen und Vermutungen. Im Gegenteil dazu lässt ein Kommentar wertende Stellungnahmen und die Meinung des Kommunikators erkennen. Ist im Kleinen Volksblatt eine Trennung zwischen Bericht und Kommentar vorhanden oder beinhaltet die Zeitung tendenziöse Artikel, wo die Unterscheidung schwer zu werten ist? Dafür wurden die Inhalte der Berichterstattungen analysiert: Welche Themen und Ereignisse fanden einen starken Widerhall? War die Themenauswahl von den Ereignissen in Österreich isoliert oder geprägt? Was war der auslösende Faktor einer Nachricht? Waren die Berichterstattungen über Frankreich regelmäßig oder aktualitätsbezogen? Es wurde auch versucht, die Gründe und Folgen der Nicht-Erwähnung eines Ereignisses ans Licht zu bringen. Die Analyse der Neutralität des Journalisten ist auch ein Ziel der Arbeit, auch wenn niemand eine völlig objektive

Nachricht veröffentlichen kann, da schon allein die Selektion des Themas eine subjektive Handlung darstellt. Die Meinungsäußerungen, Reaktionen, Stellungnahmen und Beurteilungen wurden analysiert. Welchen Einfluss hatte die politische Einstellung der Journalisten auf die Berichterstattung? War die politische Ausrichtung der Zeitung erkennbar? Was wurde kritisiert, aus welcher Weise und warum? Die Kritiken, Missverständnisse oder im Gegenteil Bewunderung und Neid enthüllen das Bild. Dabei bildet eine sprachliche Untersuchung den Ausgangspunkt der Bildanalyse. Lexikalische und grammatikalische Analyse wurden vorgenommen, denn Wortwahl, Satzlänge, Syntax, Ton, Textsorte sind Werkzeuge, die zur Aufdeckung des Bildes führen. Wichtig war auch festzustellen, ob die Zeitung ein- aus heutiger Sicht durch anerkannte geschichtliche Fakten- korrektes Bild Frankreichs erzeugte. Der Versuch wurde unternommen, die Artikelquellen und ihre Glaubwürdigkeit zu betrachten. Wer waren die Berichtersteller, auf welchem Gebiet schrieben sie? Woher haben die Journalisten ihre Informationen bezogen? Der Zeitungsinhalt wurde nach Sachgebieten aufgegliedert, um zu erforschen, welche Vorstellungen über Frankreich in jedem Bereich vorherrschen. Das gesamte politische Geschehen bestand aus mehreren Kategorien, aber wurde oft in zwei große Gebiete aufgeteilt: Außen-, Innenpolitik. Der Umfang und die Themen wurden zum Gegenstand der Betrachtung der außenpolitischen Sparte. Die Bewertung der französischen Diplomatie, der Verträge und Staatsbesuche durch die Österreicher war wichtig, um einen Aufschluss über das Bild Frankreichs zu gewinnen. In der französischen Innenpolitik wurde die Beurteilung der Persönlichkeiten, Tätigkeiten, Regierungsbildungen, Maßnahmen und Wahlergebnisse unter die Lupe genommen. Wurde das französische politische Leben von den Österreichern in erster Linie verurteilt, mit Skepsis begegnet oder mit einer verständnisvollen und wohlwollenden Haltung betrachtet? Die erwähnten Handelsverträge und wirtschaftlichen Maßnahmen sollen über das Bild, das die Österreicher vom französischen Wirtschaftsleben hatten, Aufschluss geben. Dabei stellt sich die Frage, ob ein enger Bezug zu Österreich im Vordergrund stand. Jede Illustration, Foto oder Zeichnung über Frankreich, die im Kleinen Volksblatt erschien,

wurde berücksichtigt: Thema, Größe, Grund, Ziel, Platzierung und Interpretation bildeten den Gegenstand der Analyse. Ein weiterer Punkt der Analyse entspricht dem geographischen Schauplatz eines Ereignisses und die Rolle der Hauptstadt Frankreichs wurde besonders betrachtet: Nahm Paris im Umfang eine Sonderstellung ein? In welchem Bereich?

Überzeichnen und bewerten ist meist sehr stabil, deshalb haben Bilder eine gewisse Stabilität, Beständigkeit und Konsistenz. Die Vorstellungen werden in der Öffentlichkeit wirksam und beibehalten, auch wenn sie mit der tatsächlichen Wirklichkeit nicht mehr übereinstimmt. „Jeder Staat lebt nur von der Treue zu sich selbst. Er bildet eine Allianz der vergangenen Generation mit der nachfolgenden.“<sup>1</sup> Dennoch ändern sich auch die Bilder, deshalb ist es notwendig, die historischen Entwicklungen zu analysieren. Die Ab- oder Zunahme der Berichterstattung und der Stellungnahme zeugen von einem Umdenken, das in Form eines Bruchs oder einer langsamen Umformung auftreten kann. Da die Vollerhebung der Artikel in der Zeitung unmöglich erschien, wurden zentrale Ereignisse im politischen und wirtschaftlichen Bereich herausgenommen und untersucht. Anstatt eine detaillierte und vollständige Analyse durchzuführen, war der Versuch unternommen, die Entwicklung des Bildes Frankreichs darzustellen, ohne das Bild jedoch einzuschränken, sondern es in seiner Komplexität zu erfassen. Die Untersuchungszeitspanne erstreckt sich von den Februarereignissen in Frankreich bis zum Ende der Volksfront mit Léon Blum im Juni 1937 in der französischen Innenpolitik und bis zum Herbst 1937 in der Außenpolitik. Im Kontext der Wirtschaftskrise löste die Unzufriedenheit der Bevölkerung im Februar 1934 eine Revolte in Frankreich aus, die ein Echo einige Tage später in Österreich fand. Nach einer Darstellung der ausgewählten Zeitung werden im ersten Teil der Arbeit die Ursachen und die Ereignisse der Februarrevolten in Frankreich und Österreich behandelt. Angesichts der neuen Probleme der Zeit versuchten Österreich und Frankreich Lösungen zu finden. Aber beide Länder schlugen einen anderen Weg ein: Frankreich setzte weiter auf die Demokratie, während Österreich

---

<sup>1</sup> SCHULMEISTER, Otto: Spectrum Austriae, Wien, Herder, 1957

dem Modell der faschistischen Länder folgte und das französische System mit einem kritischen Blick betrachtete. Im zweiten Teil der Arbeit wird das Bild vom französischen Weg bis zur Volksfront untersucht, das die Journalisten den Österreichern wiedergaben. In einem dritten Teil werden die Jahre der Volksfront in Frankreich und der deutsche Kurs in Österreich betrachtet. Die beiden Länder entfernten sich immer mehr voneinander. Zwar wird das Interesse der Österreicher an Frankreich zum Gegenstand der Arbeit, aber die Ideologie und Ereignisse in Österreich bilden die Basis zum Verstehen des Bildes, deshalb werden sie immer behandelt.

# I. Analyse der Presse ab Februar 1934

## 1. Die Presse

### A. Das Kleine Volksblatt

#### a. Gründung des Kleinen Volksblattes<sup>1</sup>

Um die Jahrhundertwende existierten zwei Blätter kleinen Typs, die Kleine Zeitung und die Illustrierte Kronenzeitung, denen es in verblüffend kurzer Zeit gelang, sich einen Leserkreis zu sichern, dessen Umfang selbst die kühnsten Erwartungen der Gründer übertraf. Die Führer des katholischen Lebens erkannten die meinungsbildende Kraft dieser Zeitungen, die tatsächlich eine Großmacht bildeten, die nicht unterschätzt werden konnte und mit der man zu rechnen hatte. Wohl gab es auch die katholische Tageszeitung die Reichspost in Wien, die ein ausgesprochen repräsentatives Organ war, deren Wort wohl etwas galt. Wegen ihres beachtlichen geistigen Niveaus war keine Möglichkeit gegeben, in Konkurrenz zu treten. Die Reichspost wurde ausschließlich von einer kleinen Oberschicht der katholischen Intelligenz gelesen und vermochte nicht, in die Kreise derjenigen vorzudringen, die am Inhalt und am Format des kleinen Typs Gefallen fanden. Diese Tatsache bereitete den führenden Männern des katholischen Lebens große Sorge. Sie unterstützten daher Bestrebungen, die sich die Gründung einer neuen katholischen Tageszeitung zum Ziele setzten, besonders aber, wenn das geplante Organ billig und volkstümlich sein sollte. Nach Beendigung des ersten Weltkrieges und nach dem Zusammenbruch der Monarchie wurde der Ruf nach einer billigen Tageszeitung neuerlich laut. Als sich die wirtschaftlichen Verhältnisse jedoch konsolidierten und auch die Papiernot einigermaßen überwunden war, wurde die Forderung der

---

<sup>1</sup> STAMPRECH, Franz: Die kleinen Blätter Wiens. Wien, Dissertation, 1954. S.49

Sprecher des katholischen Vereinslebens auch im Herold-Verein bekannt, der an der Spitze der größten katholischen Druckerei in Wien stand, in der auch die Reichspost gedruckt wurde. Man befürchtete, dass die ohnehin bescheidene Auflage der Reichspost durch die Herausgabe eines volkstümlichen Blattes noch mehr geschmälert werden konnte. Obwohl die ablehnende Haltung des Herold-Vereins nicht unbekannt blieb, wurde in öffentlichen Verhandlungen die Forderung immer wieder erhoben, die Gründung einer billigen Tageszeitung nun endlich in die Wege zu leiten. Da wurde 1927 von sozialdemokratischer Seite Das Kleine Blatt ins Leben gerufen, das den Beweis erbrachte, dass auch ein volkstümliches und billiges Blatt neben einer großen Tageszeitung der gleichen Richtung bestehen konnte. Die Arbeiterzeitung und Das Kleine Blatt konnten nunmehr zusammen auf ein Vielfaches von Beziehern gegenüber der Zeit vor der Gründung des Kleinen Blattes hinweisen. Der Bischof Jakob Fried war der Obmann des Herold-Vereins und seit 1922 zählte er zu den leidenschaftlichen Verfechtern der Idee von der Gründung einer kleinen, billigen katholischen Tageszeitung. Als Anlass zur Gründung fungierte die Delegiertentagung der katholischen Vereine der Erzdiözese Wien, die am 15. Mai 1927 abgehalten wurde und wo mit allem Nachdruck eine billige Tageszeitung verlangt wurde. Die Tagung brachte allgemeine Erregung, Begeisterung und Entschlusskraft hervor. Schon am 17. Mai 1927 wurde in einer Sitzung des Vereins der Beschluss gefasst, die Gründung der gewünschten Zeitung vorzunehmen. Aber weder die Kirche, noch eine ihr nahe stehende Finanzgruppe, auch nicht ein Verlag, sollte das Gründungskapital zur Verfügung stellen, sondern die Katholiken selbst. Das katholische Volk wurde vom Kardinal Piffl zum Ankauf von Anteilscheinen aufgerufen. Fried setzte mit einer breiten Propaganda für den Kauf der Anteilscheine ein. Er appellierte an das katholische Gewissen und an den katholischen Ehrgeiz, doch nun einmal der Welt zu zeigen, was katholische Solidarität zu leisten in der Lage ist. Der Erfolg setzte ein. Der Chefredakteur sollte ein aktiver, katholisch gefestigter, womöglich junger Mann sein, der auf volkstümliche Art katholischem Gedankengut Ausdruck zu verleihen imstande war und sollte das Vertrauen der damals herrschenden Christlichsozialen Partei

besitzen: Hermann Mailler wurde zu dieser Aufgabe berufen und vertiefte sich sehr in seiner Arbeit, so dass seine Einstellung die Meinung der Zeitung beeinflusste. Am 27. Jänner 1929 wurde Das Kleine Volksblatt gegründet und durfte bis zum 13. März 1938 bestehen.

## **b. Redaktion und äußere Merkmale<sup>1</sup>**

### **Redaktion**

Der Chefredakteur war also Hermann Mailler. Die Redaktion bestand sonst aus Hermann Wolff (Politik und Wirtschaft), Dr. Roman Herle und Richard Quàpil (Lokales), Karl Eckmair (Gerichtsaal), Richard Kandler (Sport), Friedrich Schreyvogel (Theater und Literatur), Dr. Janschik und Josef Haubenberger (Musik), Adolf Kretschy (Film). Für die Illustrationen sorgten die Zeichner Karl Lang und Albin Hanusch. Dabei ist aber zu bemerken, dass der Name des Autors außer in kulturellen Artikeln und Berichterstattungen aus besonderen Anlässen nicht erwähnt wurde. Der Eigentümer, Herausgeber, Verlag und Druck war die katholische „Albrecht Dürer“-Druckerei.

### **Äußere Merkmale**

Die erste Auflage des Kleinen Volksblattes betrug 100.000 Exemplare. Nach der Gründung stabilisierte sich die Auflagenzahl sehr rasch und betrug an Wochentagen rund 70.000 und an Sonntagen ungefähr 100.000 bis 105.000. Sie war höher als die ersten Erwartungen, auch wenn sie noch bedeutend unter denen der übrigen kleinen Blätter Wiens lag. Die Anfangsausgabe des Kleinen Volksblattes war durchaus korrekt und gestaltete den Gesamtbetrieb lebensfähig, zumal die Rentabilitätsgrenze für eine Zeitung zu dieser Zeit bei ungefähr 40.000 Exemplaren lag. Das Kleine Volksblatt erschien dreispaltig im Kleinformat 31 x 23 mit 26 Seiten, am Sonntag zählte die Zeitung bis zu 32 Seiten. Durch Beilagen war es möglich, neben der 16-seitigen Ausgabe auch Blätter mit 20,

---

<sup>1</sup> RAISP, Egon: Die Wiener Tagespresse: 1848-1950. Versuch einer Typologie. Wien, Dissertation, 1952. S.

24, 28, 32, 40, 44, 48, ja sogar 64 Seiten zu drucken. Die Spaltenbreite betrug 6.5 cm und die Zeitung kam 7-mal wöchentlich heraus. Der Kopf war 8 cm breit. Die Auflagenzahl nahm von der Gründung zum Anschluss 1938 ständig zu. Diese Zahlen tragen zum Verständnis der Auswirkung der Zeitung bei, aber entsprechen selbstverständlich nicht der Verkaufs- oder Leserzahl: 1930 waren 66.000 Auflagen, 1931: 72.000, 1933: 104.000 und 1935: 120.000. Für diese Entwicklung spielte der Chefredakteur Hermann Mailler eine wichtige Rolle, da er mit der Besessenheit der Jugend am weiteren Ausbau des Werkes arbeitete. Die wirtschaftliche Entwicklung des Gesamtunternehmens „Albrecht-Dürer“ war regelmäßig von Papiersschulden betroffen, aber im Allgemeinen war sie durchaus positiv. Dennoch musste die Werbung trotz des Anfangserfolges mit aller Kraft eingesetzt werden, nicht nur um das Erreichte zu erhalten, sondern auch um neue Bezieher zu gewinnen. Alljährlich gab es auch verschiedene Aktionen, die das Blatt immer populärer machen sollten.

### **c. Tendenz, Aufgaben und Programm der Zeitung**

Bei der Gründung des Kleinen Volksblattes legte Hermann Mailler den Verantwortlichen des Herold-Vereins mit der Personenliste auch vor, wie er das neue Blatt der Katholiken redaktionell gestalten wollte.

#### **Parteipresse**

In der Zwischenkriegszeit bestand die Großpresse aus zwei wichtigen Zeitungen, der Arbeiterzeitung (sozialdemokratisch) und der Reichspost (christlichsozial). In christlichsozialen Herold-Verlag erschien jetzt ein Lokalblatt vom Typ der kleinen Zeitungen. Das Kleine Volksblatt war das christliche Gegenstück zum sozialdemokratischen Kleinen Blatt und wurde sowie dieses in politisch entscheidenden Augenblicken Meinungsträger. Das Kleine Volksblatt war eine christlichsoziale Zeitung und folgte daher einer klaren Linie. Es setzte sich für die Politik der Bundeskanzler Dollfuss und nachher Schuschnigg ein. Nach 1933 trat die politische Note stärker hervor, es wurde zu einem Propagandisten des Ständestaates und behandelte nun auch

außenpolitische Fragen. Im Jahre 1938 gleichgeschaltet ging auch Das Kleine Volksblatt am 31. August 1944 in der Kleinen Wiener Kriegszeitung auf. In einem Heft über die Wiederherstellung der Zeitung 1945 als ÖVP-Zeitung stand dieser historische Rückblick:

„1929 als Organ zur Massenverbreitung in den christlichkonservativen Volkskreisen gegründet, sollte es zwar in den Zeiten politischer Wahlen für jene Partei werben, zu deren Programm damals die Interessenvertretung jener Volkskreise gehörte, sonst aber sollte das Blatt mit Politik möglichst wenig belastet sein, sich vielmehr durch reichen Inhalt und vielgestaltigen Lesestoff auszeichnen und ein zuverlässiger Ratgeber in wichtigen Fragen des täglichen Lebens sein. Diese Aufgaben hat Das Kleine Volksblatt von ehemals meisterhaft gelöst, bis im Jahre 1938 der damaligen Herausgeberschaft die Verfügung über das Blatt entzogen und dieses selbst, gleich so vielen anderen Zeitungen, schließlich unter dem Druck der ständig sich verschlechternden Verhältnisse eingestellt wurde.“<sup>1</sup>

### Volkspresse

Schon auf Grund ihres Formats und ihrer Aufmachung war es erkennbar, dass es sich um eine kleine Zeitung handelte. Inhaltlich wurde den lokalen Angelegenheiten der meiste Raum gewidmet, Das Kleine Volksblatt pflegte nämlich den Lokalteil. Der politische Teil trat anfangs zurück, erhielt aber ab den Änderungen der Lage in Europa 1933 erhöhte Bedeutung. Als Kriterium in der Auswahl dieser Zeitung wurde ihr volkstümlicher Charakter in Betracht gezogen. Diese Zeitung war eine Informationsquelle für die kleinen Leute und hatte damit Auswirkungen auf die Meinung des Volkes. So stellte der Chefredakteur das neue Blatt vor:

„Das Kleine Volksblatt ist ein Kind des Volkes. Es entspringt dem Wunsch der Katholiken nach einem der kleinformatischen Blätter, wie sie in ihren Massenaufgaben in Wien jetzt herrschen... Aus der Entstehungsgeschichte ergibt sich zwangsläufig die redaktionelle Zielsetzung: Es gilt ein Blatt herauszubringen, das dem Leserbedürfnis und den Interessen des kleinen Mannes dient, das es mit jeder noch so raffiniert und reißerisch aufgemachten Zeitung die Konkurrenz aufnehmen

---

<sup>1</sup> Hg: KLEINE VOLKSBLATT (DAS): Das Kleine Volksblatt, der größte Zeitungserfolg im Neuen Österreich. Wien, Politische Zeitprobleme, österreichischer Verlag, 1947

kann und doch über die bewusst angestrebte Breitenwirkung nicht seine weltanschauliche Verpflichtung vergisst...Diese Aufgabe kann nur durch journalistische Eigenarbeit gelöst werden...Der Erfüllung des einen Aufgabenkreises soll [...] ein volkstümlicher, aber nicht niveauloser Lesestoff dienen.“<sup>1</sup>

**Im ersten Leitartikel war auch die volkstümliche Richtung der Zeitung betont:**

„Das Kleine Volksblatt ist da! Einen unerwünschten Gast pflegt der Wiener mit der Frage abzuschütteln: „Wer hat denn Sie gerufen?“ Nein, vom Kleinen Volksblatt wird man das nicht sagen können. Es wurde gerufen. Seit Jahren schon. Und in der letzten Zeit immer lauter, immer eindringlicher. Das war nicht die berühmte „Notwendigkeit“, deren Bestehen sich alle einreden, die etwas Neues anfangen wollen. Das war ein Ruf, der nicht überhört werden konnte, eine Forderung, die erfüllt werden sollte. Darum konnte sich diese Zeitung auch ruhig „Volksblatt“ nennen: Das Volk selbst hat sie verlangt.“

**Die Berücksichtigung der Wünsche des Volks erscheint als Eckpfeiler der Zeitung:**

„Sollte der eine oder der andere noch einen Wunsch nicht berücksichtigt finden, möge er es sich nicht verdrießen lassen und ihn getrost mitteilen, da sich die Redaktion nicht mehr und nicht weniger vorgenommen hat, als **a l l e** Wünsche zu befriedigen.“<sup>2</sup>

Außerdem sollten die Berichte mit reichlichem Bildmaterial unterstützt sein, dies gehörte zum Programm der kleinen Blätter und sollte Leute ansprechen. Wenn Texte nicht immer gelesen werden, kann man annehmen, dass jeder Zeitungsleser Fotos und Bilder schaut, weil sie einen unmittelbaren Charakter besitzen und damit leichteren Zugangs sind.

#### **d. Leserkreis der Zeitung**

Die Wiener Kleinblätter spielten eine wichtige Rolle in der Öffentlichkeit: Es ist unbestritten, dass der Kleintyp eine zahlenmäßig nicht unbedeutende Schicht der Bevölkerung zur Zeitungslektüre überhaupt erst hingeführt hat. Durch die Zeitungen des Kleintyps traten Leute in ein Verhältnis zur Politik, Kunst und Literatur. Das Kleine Volksblatt war zwar volkstümlich, aber nicht niveaulos, wie

---

<sup>1</sup> Ebenda. STAMPRECH, Franz. S. 65

<sup>2</sup> Aus der ersten Ausgabe. 27. Jänner 1929

wir festgestellt haben. Die beträchtliche Auflage und der anerkannte publizistische Erfolg des Kleinen Volksblattes sprachen dafür, dass das Kleinformat Existenzberechtigung hatte. Die starke Betonung des Lokalteils blieb bestehen, aber das Blatt musste in seiner Gesamtheit den modernen Bedürfnissen Rechnung tragen<sup>1</sup>. Im Hinblick auf die bunte Zusammensetzung seines Leserkreises versuchte Das Kleine Volksblatt von allen Anfang an durch eine starke und tief greifende Rubrizierung, jeden Stand und jeden Interessenskreis anzusprechen. Die Untersuchung der Abonnentenkartei wurde 1931 von Stamprech durchgeführt und brachte den Schluss, dass die soziale Struktur in jeder Hinsicht heterogen war, aber die katholische Weltanschauung war der gemeinsame Punkt<sup>2</sup>. Fast alle Berufszweige waren vertreten, Arbeiter und Angestellte ebenso wie kleine und mittlere Gewerbetreibende, Bauern, Beamte...Die Frauen waren nur zu einem geringen Prozentsatz in der Überzahl, die Intelligenz in einem hohen Grad durch die im Seelsorgedienst stehende Geistlichkeit, durch Lehrer, Gemeinde- und Landesbeamte vertreten:

„Das **g a n z e** Volk mit allen seinen Ständen, Klassen und Schichten. Es haben ja auch der Arbeiter und der Bauer, der Beamte und der Bürger, der Geschäftsmann und der Angestellte, wie sie in einer christlichen Volksbewegung einträglich nebeneinander stehen, gleich stürmisch das Blatt gefordert und gleich begeistert ihr Scherflein dazu beigetragen.“<sup>3</sup>

Deshalb sollte der Inhalt allen Lesergruppen entsprechen und sollte für Stadt und Land gelten. Die Leser durften nicht das Gefühl bekommen, eine Zeitung aus einem anderen Lebens- und Interessenraum zu bekommen. Es war schwierig, die Interessen der verschiedenen sozialen Schichten auf einen Nenner zu bringen. Aber da die Zahl der Abonnenten sowie die Verschleißauflage keinen wesentlichen Schwankungen unterlagen, war die Leserschaft in ihrer Gesamtheit anscheinend mit der redaktionellen Diktion des Volksblattes einverstanden.

---

<sup>1</sup> Ebenda. STAMPRECH, Franz. S. 156-158

<sup>2</sup> Ebenda. STAMPRECH, Franz S. 78

<sup>3</sup> Aus dem Leitartikel der ersten Auflage der Zeitung. 27. Jänner 1929

## **B. Pressentwicklung in der Zwischenkriegszeit<sup>1</sup>**

Die Entwicklung und Struktur der Tagespresse wurde durch die Pressegesetzgebung, die eine Folge der politischen Umwälzungen bildete, wesentlich beeinflusst.

### **a. Nach dem 1. Weltkrieg**

Infolge des Zerfalls der Monarchie verlor die Presse ihre bisherigen Absatzgebiete in den Nachfolgestaaten, aber der Aufstieg setzte ein. Das Volk verlangte die Demokratisierung der Presse. In seinem Buch Dreimal Österreich definierte Schuschnigg die Presse als „Spiegelbild der staatlichen Entwicklung des christlichen Ständestaates“ und verglich sie mit einem „harmonischen und tonalen Orchester“<sup>1</sup>. Während der Regierungszeit Dollfuss und Schuschnigg waren die pressepolitischen Beziehungen zu allen Staaten normal mit Ausnahme Deutschlands und Italien, worauf Österreich Rücksicht nahm, um starke Angriffe gegen die faschistischen Regime zu dämpfen. Aber die Beziehungen zwischen Österreich und Frankreich waren nicht beeinträchtigt. Im Jahre 1922 wurde das demokratische Pressegesetz erlassen, das Pressefreiheit garantierte und das Ende des Kolportageverbots enthielt.

### **b. Entwicklung in den 30er Jahren**

Die Regierung verschärfte dann in einer Novelle zum Pressegesetz 1929 die Strafen bei Kritik an Ämtern und Behörden und schaltete die Geschworenengerichte bei Pressbeleidigungen aus, was von der gesamten Presse unter Protest aufgenommen wurde. Das waren Maßnahmen, die von der Regierung Dollfuss zur Einschränkung der Pressefreiheit und Ausschaltung der gesamten Oppositionspresse beitrugen. Das starke Anwachsen der nationalsozialistischen Presse, die auf einen direkten Umsturz hinarbeitete, und das hemmungslose Treiben der Boulevardpresse charakterisierten

---

<sup>1</sup> Ebenda. RAISP, Egon. S. 117-121

die Entwicklung der 30er Jahre<sup>2</sup>. Zu den ersten Maßnahmen des autoritären Regimes gehörte die schrittweise Einschränkung der in der Ersten Republik, in Österreich geltenden Pressefreiheit. Die Regierung wollte Kritik keinen Platz einräumen und beschränkte somit die freie Meinungsäußerung. Auf der Rechtsgrundlage des „kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ wurden nicht systemkonforme, oppositionelle Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Bücher zunächst beschlagnahmt, einer Vorzensur unterworfen, deren Verkauf und Vertrieb untersagt, und schließlich gänzlich verboten. Ab 1933 wurde die Vorzensur über mehrere Zeitungen verhängt (Rote Fahne, Arbeiterzeitung, Das Kleine Blatt) und dann die KPÖ und die NSDAP verboten. Im Jahre 1934 fand die Einstellung aller sozialdemokratischen Blätter statt. Bei Missliebigkeit des Inhalts einer Zeitung konnte diese nach einmaliger Verurteilung wegen eines strafbaren Tatbestandes, insbesondere wenn sie wegen der „Verletzung des vaterländischen, religiösen oder sittlichen Empfindens eine Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ darstellte, einer Vorzensur unterzogen werden, und sogar der Straßenverkauf für einige Zeit untersagt werden. Darüber hinaus waren sämtliche Tageszeitungen verpflichtet, amtliche Pressemitteilungen unkommentiert und ohne Weglassungen abzudrucken. Diese wurden von der staatlichen Nachrichtenagentur „Amtliche Nachrichtenstelle“ und deren publizistischen Organ Politische Korrespondenz vorformuliert und ausgegeben. Ein aufwendiger Beamtenapparat kontrollierte und zensurierte alle Meinungsäußerungen. Dennoch war das regierungsnahes Kleine Volksblatt nicht betroffen und die heimische Presse jener Zeit war nicht ein Teil einer obrigkeitlich gesteuerten, gleichgeschalteten Propagandamaschinerie. Es gelang dem Regime nicht, eine verbindliche „einheitliche Sprachregelung“ in der Presse zu etablieren, Rudimente versteckter Systemkritik konnten daher auch in den legalen Tageszeitungen durchaus existieren. Dollfuss plante den Aufbau

---

<sup>1</sup> WISSHAUPT, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuss bis zum Zusammenbruch (1933-1945) Wien, Dissertation, 1951. S. 52

<sup>2</sup> WIRGLER, Gerald: Österreichische Filmpublizistik im so genannten „Ständestaat“ 1934-1938. Wien, Diplomarbeit, 1998. S. 28

eines „Österreichischen Hauses der Presse“, konnte aber im Juli 1936 von dieser Idee nur die „Pressekammer“ realisieren. Diese hatte zur Aufgabe, die „Moral der Presse“ durch einen Strafsenat zu überwachen, den Journalistennachwuchs heranzubilden und über die Zulässigkeit der Herausgabe einer Zeitung zu entscheiden. Obwohl sie auch über die Kompetenz verfügte, „politisch bedenkliche“ Journalisten von der Berufsausübung auszuschließen, gelang die Erstellung einer Berufsliste wie in Deutschland nicht. Darüber hinaus bestand Mitgliedspflicht nur für Herausgeber. Das Kleine Volksblatt stand aber ganz auf der Linie der Regierung und ließ nur moralisch und politisch unbedenkliche Artikel erscheinen.

### **c. Die absolute Gleichschaltung der Presse unter dem NS 1938**

Als Folge des Berchtesgadener Abkommens wurde jedes Druckwerk mit Bestrafung oder Verfall bedroht, das in seinem Inhalt „vorsätzlich oder grob fahrlässig gegen den inneren Frieden oder die zwischenstaatlichen Beziehungen Österreichs zu einem anderen Staat“ ernstlich gefährdete. Diese Maßnahme erfolgte unter dem Druck Hitlers, aber bedeutete eine starke Beschränkung der Pressefreiheit. Doch blieb die Reichhaltigkeit und Vielfalt der Wiener Presse erhalten. Im Zuge der politischen Gleichschaltung durch den Nationalsozialismus fanden zahllose Einstellungen und Zusammenlegungen von Blättern statt, was die Vielfalt der Wiener Presse auf einen bescheidenen Rest reduzierte. Nach dem Anschluss wurde das „deutsche Schriftleitergesetz“ eingeführt: Somit war der „verantwortliche Redakteur“ abgeschafft und durch die Verantwortlichkeit der Ressortredakteure ersetzt. Außerdem fand die Einführung des „Reichskulturkammergesetzes“ statt: jeder Schriftleiter musste Mitglied der Kulturkammer sein und jeder Redakteur musste die Propagandalinie genau einhalten, da er sonst seinen Posten verlor, weil er dem Propagandaministerium Goebbels in Berlin unterstellt war. Dies bedeutete eine zentrale Lenkung der Presse, obwohl eine Zensurstelle scheinbar nicht vorhanden war. Zu dem gleichen Zeitpunkt wurden Das Kleine Volksblatt, Das Kleine Blatt, die Illustrierte Wiener Kronen-Zeitung, die Illustrierte Wochenschau zur Kleinen Wiener

Kriegszeitung vereinigt. Andere Blätter wurden eingestellt. Was der nach 1938 verbliebenen Wiener Presse noch zugebilligt wurde, war nur ein gewisses lokales Kolorit im Kultur- und Lokalteil.

## **2. Ursachen**

Die Presse wurde ab den Februarereignissen 1934 untersucht. Zu diesem Zeitpunkt war die Meinungsfreiheit des Kleinen Volksblattes nicht beeinträchtigt. Da in der Geschichte von Ländern, Völkern und politischen Parteien nichts ohne Vorgeschichte geschieht, werden wir versuchen, die wirtschaftlichen und politischen Ursachen der Februarereignisse Revue passieren zu lassen. Die seit Jahren dauernde sich weiter zuspitzende Weltwirtschaftskrise brachte in ihrem Gefolge eine verschärfende Massenarbeitslosigkeit, die wirtschaftliche, politische, ideologische und menschlich demoralisierende Konsequenzen erschieden ließ. Die Übergabe der Staatsmacht an die NSDAP durch den Staatspräsidenten Hindenburg führte zur radikalen Beseitigung der Demokratie und aller Menschenrechte in Deutschland. Dadurch, dass in zwei großen europäischen Ländern, Mussolini-Italien und Hitler-Deutschland, radikal-faschistische Regierungen herrschten, erhielten auch in Frankreich und Österreich die antiparlamentarischen Tendenzen und Strömungen bedeutenden Auftrieb. Phänomene soziologischer, wirtschaftspolitischer und politischer Art waren eng miteinander vermengt.

### **A. In Frankreich**

#### **a. Die Weltwirtschaftskrise**

Dass die Weltwirtschaftskrise die staatliche Ordnung Frankreichs so nachhaltig treffen würde, war zunächst keineswegs abzusehen: Weniger dynamisch als die Wirtschaft anderer Industrienationen, weniger exportorientiert und weniger mit amerikanischem Kapital finanziert, wurde die französische Volkswirtschaft auch in geringerem Umfang von der Krise erfasst als etwa die deutsche oder die österreichische. Anfangs hatte der New-Yorker Börsekrach von 1929

überhaupt keine negativen Auswirkungen auf das französische Wirtschaftsleben, so dass die Franzosen glaubten, dass sie keine Wirtschaftskrise erleiden müssten, aber es handelte sich nur um eine Verspätung der Wirtschaftskrise. Ende 1930 machte sich dann aber eine Krise des französischen Exports bemerkbar: Die Nachfrage ging zurück, und die französischen Waren wurden zu teuer. Die Krise des Exports führte zu einem Verfall der Preise und damit über den Exportbereich hinaus zum Schrumpfen der Erträge und in vielen Fällen auch zum Bankrott. Entsprechend ging die Produktion (vor allem Wein und Getreide) zurück und es sank auch die Bereitschaft zu neuen Investitionen. Die Bevölkerung verlor an Kaufkraft. Aber gemessen an der Entwicklung anderer europäischen Länder war das noch ein mäßig zu nennender Einbruch. Vor allem waren seine sozialen Konsequenzen weniger dramatisch. Die Zeit der Vollbeschäftigung und des Arbeitskräftemangels war zwar vorüber, doch wuchs sich der Beschäftigungsmangel nicht zu einem explosiven Problem aus und erreichte nicht so katastrophale Ausmaße wie in Deutschland oder in Österreich. Die Krise betraf alle Bevölkerungsschichten, jedoch mit unterschiedlicher Stärke. Die Arbeiter verloren an Kampfkraft gegenüber dem Unternehmerlager, sie mussten es hinnehmen, dass die Unternehmer den Ausbau der Sozialversicherung und der Familienzuzahlungen sabotierten. Dennoch streikten sie sehr wenig und hatten kaum Gewerkschaften. Stärker als der Durchschnitt der Arbeiter waren die Bauern von der Krise betroffen. Da die Nachfrage der industriellen Konsumenten zurückging und die Produktivität zugleich wuchs, verfielen die Preise sehr stark. Die Überproduktion führte diesen großen Teil der französischen Bevölkerung (36% der Erwerbstätigen) in die Krise. Die Agrarprodukte sowie der Boden verloren an Wert in großem Umfang. Viele Kleinbauern kehrten zur Subsistenzwirtschaft zurück und mussten am Rande des Existenzminimums leben. Sie organisierten eine Solidarität dank lokaler Bewegungen wie z. B. „Le Front Paysan“, „Les Chemises Vertes“ um Dorgorès, wo sie sich für die Demokratie einsetzten. Die Arbeitslosigkeit belastete stark die Angestellten und die Gehaltskürzungen belasteten die Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Die Staatsbeamten sowie viele kleine Gewerbetreibende und Bankiers wurden zu Opfern der Krise: Für ihre Geschäfte war auf

den enger werdenden Märkten kein Platz mehr und wirkungsvolle Selbstverteidigungsorganisationen standen ihnen aber nicht zur Verfügung. Was den Modernisierungsprozess wirklich hemmte und auch die politische Brisanz der Krise ausmachte, war das Ausbleiben der Investitionen und damit einer allgemeinen Wiederbelebung des Wirtschaftslebens. Während die akute Krise in den übrigen Industrienationen um 1934-1935 mehr oder weniger ihrem Ende zuzuging, erreichte sie in Frankreich erst ihren Höhepunkt und sie dauerte auch danach ohne nachhaltige Erleichterungen bis zum Frühjahr 1938 fort. Solange die Preise fielen, konnten der französischen Wirtschaft keine Impulse zur Wiederbelebung gegeben werden. Außerdem sorgten die Regierungen mit extrem deflationistischen Eingriffen für eine Fortdauer der Krise. Die Regierungen hatten das Ausmaß der Probleme nicht eingesehen und trafen keine langfristigen Maßnahmen zur Beherrschung der Krise. Staatliche Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und Investitionsförderung waren verboten und der enge parlamentarische Manövrierraum machte den Regierungen viel zu schaffen, weil die Verwirklichung unpopulärer Maßnahmen außerordentlich schwer war. Die lange Dauer der Krise beschleunigte den Desintegrationsprozess der Republik in doppelter Weise: Zum einen schwanden das Vertrauen in die traditionellen politischen Führer und die Loyalität zu der von ihnen repräsentierten Ordnung; zum anderen steigerte sich die Distanz zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Klassen nun oft zu Erbitterung und Hass. Mit der Zeit fühlte sich jedermann verunsichert, wenn nicht sogar akut bedroht. Alle sahen mit Sorge in die Zukunft.

## **b. Politische Krise**

Unzufriedenheit und Erbitterung schlugen sich in einer zunehmenden Lähmung der Exekutive und Unregierbarkeit des Landes nieder. Im Jahre 1932 bildete Edouard Herriot aus der gemäßigten Linke ein Kabinett der Mitte, das auf die parlamentarische Unterstützung durch einen Teil der sozialistischen Abgeordneten angewiesen war. Mit einer solchen Formation war freilich nicht eben leicht zu regieren, und so häuften sich nun die negativen Mehrheiten und die Regierungsstürze. Herriot inszenierte im Dezember 1932 seinen Rücktritt selbst; ihm folgten Joseph

Paul-Boncourt, Edouard Daladier, Albert Sarraut, Camille Chautemps, und wieder Daladier, insgesamt nicht weniger als fünf Regierungen in 14 Monaten. Keine dieser Regierungen war imstande, wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise zu treffen. Die wachsende Erbitterung der verschiedenen Krisenopfer schlug sich in Streiks, Demonstrationen und Straßenkämpfen militanter Organisationen nieder. Die Regierungen verloren an Autorität und gerieten unter zunehmend schärferen Beschuss durch die militante Rechte, die sich zu Unrecht in die Opposition verwiesen sah. Der Eindruck der Schwäche der Regierenden lieferte Wasser auf die Mühlen der nationalsozialistischen Agitation von rechts. Die politische Unstabilität führte zur Stärkung der rechten antiparlamentarischen Kräfte. Die Wirtschaftskrise hob die Schwächen der Republik hervor. Das parlamentarische System schien keine Lösung für die Probleme der Franzosen bringen zu können. Keine Mehrheit erwies sich als stabil, auch wenn die Radikalen an allen Regierungen teilnahmen. Die stets bedrohten Minister waren mehr um sich selbst besorgt als um die Umsetzung großer Pläne. Diese sehr geschwächte Regierung musste sich mit Innenschwierigkeiten und Aufstieg externer Gefahren auseinandersetzen.

### **c. Modernisierung und Faschismus**

Das Schauspiel der Krise und der Unfähigkeit der politischen Machthaber, sie zu bewältigen, riefen bei großen Teilen der nachwachsenden Intellektuellen-Generation eine Bewegung der Revolte gegen die Werte und Institutionen der Dritten Republik hervor, die politisch in vielen Farben schillerte. Gemeinsam war ihnen die Abneigung gegen den Parlamentarismus und das Hin und Her der Parteien, die Sehnsucht nach einer klaren Führung und nach Überwindung der Klassengegensätze, die Bereitschaft zu radikalem Engagement und die Hoffnung auf eine „neue Ordnung“. Ein Teil der Revoltierenden sah den Ausweg aus der Krise in einer marxistisch verstandenen Revolution. Sie engagierten sich entweder bei der kommunistischen Partei oder bei Gruppierungen der extremen Linken. Sie standen in enger Beziehung zu der Revolte von Links. Aber diese Gruppierung blieb eine Intellektuellen-Bewegung ohne Massenanhänger und oft ohne

ernsthafte Analyse der tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklungen. Andere als „Neo-Sozialisten“ und „Neo-Radikalen“ bezeichnet, waren planwirtschaftlich orientiert und wollten die parlamentarische Demokratie durch Wirtschaftsdemokratie ergänzen. Jedoch landeten die meisten Kritiker der Schwächen der Dritten Republik bei mehr oder weniger deutlich faschistischen Positionen. Die alte Rechte, deren Propagandathemen Nationalismus, Antiparlamentarismus, Antimarxismus und Antikommunismus, Antisemitismus und Fremdenhass bei vielen Gehör fanden, erhob ihr Haupt. Die Ligen sammelten die Unzufriedenen: Diese Periode charakterisierte sich durch das Aufkommen und die Aktivierung militanter Organisationen der extremen Rechten. Sowohl Bauern- als auch Veteranenverbände politisierten sich in populistisch-rechtsextremer Richtung, und auch die in bonapartistisch-boulangistischer Tradition stehenden „Ligen“ autoritären Zuschnitts erlebten eine neue Blüte. Die „Croix-de-Feu“ (Feuerkreuzler), ursprünglich ein Verband von Ehrenzeichenträgern des Krieges, weitete sich unter dem Vorsitz des Obersten de la Rocque zu einer paramilitärischen Massenorganisation aus, die die Eliminierung der Linken und die Schaffung eines starken Staates auf ihre Fahnen schrieb. Zur gleichen Zeit -1933- entstanden die kleinbürgerlich-nationalsozialistische „Solidarité française“ unter Jean Renaud und die ganz auf das italienische Vorbild ausgerichtete Gruppe der „Franquisten“ um Marcel Bucard, beide allerdings ohne wirklichen Massenanhang. Die „Action française“ um Charles Maurras hatte schon seit langer Zeit wesentliche Themen des Faschismus entwickelt. In der Straßenagitation war der Linkskartell von den „Jeunesses Patriotes“ angeführt vom konservativen Abgeordneten Pierre Taittinger aktiv. Aber diese beiden Organisationen hatten an Bedeutung verloren. Zu einer starken politischen Formation, sowohl was die Formulierung des ideologischen Rahmens als auch was die Mobilisierung von Anhängern betraf, wurden die autoritären und faschistischen Tendenzen erst im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise. Diese Gruppierungen verbanden die Propaganda für den starken Staat mit einer breiten Entfaltung paramilitärischen Zeremoniells. Sie waren vom italienischen und deutschen Faschismus und vom österreichischen Ständestaat inspiriert und entwickelten eine Hasskampagne

gegen die Republik, die Gewerkschaften, die Juden und Bolschewiken und vor allem gegen die parlamentarische Demokratie. Außerdem waren ihre Aktionsmethoden paramilitärisch und gewalttätig. Die „Feuerkreuzler“ wuchsen bis auf schätzungsweise 150.000 Mitglieder an und riefen 1933-1934 mit ihren Aufmärschen den Eindruck einer mächtigen faschistischen Bewegung hervor. Noch weiter wuchs der Aktionskreis des Faschismus dann nach der Bildung der Volksfront-Regierung im Jahre 1936. Die durch die Krise in Bewegung geratenen Massen ließen sich nicht so eindeutig auf das faschistische Ordnungsmodell festlegen, wie es die intellektuellen Wortführer glaubten.

## **B. In Österreich<sup>1</sup>**

### **a. Wirtschaftskrise**

Die österreichische Volkswirtschaft stand mitten in der Umstrukturierung, als 1930 die schwere Krise der Weltwirtschaft auf sie prallte. Nicht die Härte der Krise an und für sich, weil manche Länder noch massiver getroffen wurden, sondern die Hartnäckigkeit der Krise (bis 1937) gab dem österreichischen Fall seine kennzeichnende Note. Es handelte sich um eine traumatische Erfahrung für die Menschen der Zwischenkriegszeit. Der Tiefpunkt der Konjunktur in Österreich lag im Jahre 1933. Der Beginn des autoritär-ständestaatlichen Regimes riss Österreich keineswegs in einen Aufschwung und die Wirtschaft verbesserte sich kaum bis zum Krieg. Drei Krisen trafen zusammen und überlagerten einander: Eine Agrar-, eine Industrie- und eine Kreditkrise. Die Wirtschaftspolitik hielt an der Stabilität der Währung und an einem ausgeglichenen Staatsbudget fest und wollte keine oder zumindest nur geringe staatliche Investitionen. Alle österreichischen Regierungen hielten diesen Kurs. Wien verlor nun auch seine mühsam gehaltene finanzielle und ökonomische Zentrumsfunktion im Donauraum. In der Krise musste Österreich nachziehen, die

Zolltarife wurden erhöht. Dennoch gewann der Fremdenverkehr zunehmend an Bedeutung während der Ersten Republik. Nicht nur die Natur, auch die Kultur wurde als Ressource für den anlaufenden Fremdenverkehr eingesetzt. In der Kunst war Österreich eine Großmacht. Aber im Jahre 1933 geriet der österreichische Fremdenverkehr in einen dreifachen Würgegriff: die Weltwirtschaftskrise dämpfte allgemein die Reiselust, der interne NS-Terror verbreitete hohe Unsicherheit und die 1.000-Mark-Sperre (Jeder Ausreisende Deutsche sollte 1.000 Mark hinterlegen). Die Wirkung auf die Menschen war eine hohe Arbeitslosigkeit: Von 1930 bis 1934 betrug die österreichische Arbeitslosenrate 20% und von 1934 bis 1939, 23,3%. Die lang dauernde Arbeitslosigkeit höhnte das Vertrauen in das politische System aus und bedingte eine Legitimationskrise der politischen Institutionen. Während der Staat seinen Anteil an der Arbeitslosenversicherung konsequent abbaute, wurden immer mehr Menschen ausgesteuert und die Fürsorgepflicht fiel auf die Gemeinden, die finanziell hoffnungslos überfordert waren. Die Arbeitslosigkeit führte zur sozialen Desintegration und zum Verlust des Selbstwertgefühles. Die ökonomischen Lebenschancen der Menschen wurden radikal beschnitten. Gleichzeitig führte die Wirtschaftskrise zur politischen Apathie und zur politischen Radikalisierung. Der Gewinn des Nationalsozialismus an Attraktivität war die politische Folge dieser Entwicklung. Die Hoffnung auf Deutschland nahm angesichts des Anstiegs des Arbeitslosenrates in Österreich und des Sinkens im Nachbarland zu. Vor allem junge Menschen waren vom Beschäftigungsstand in Deutschland fasziniert und wurden verleitet zu glauben, dass ein Anschluss ähnliche Bedingungen für Österreich bringen würde.

## **b. Regierung**

Überall in Europa entstanden autoritäre und faschistische Bewegungen. Die Demokratie schien alt und verbraucht. Österreich wollte das autoritäre Experiment riskieren, ohne Parlament und

---

<sup>1</sup> ZÖLLNER, Erich: Geschichte Österreichs, von den Anfängen bis zur Gegenwart. Wien, Verlag für Geschichte und Politik, 7. Auflage, 1984. S.512 (S. 506-524)

gegen die Sozialdemokratie die Notstandsdiktatur zu errichten. Österreich ging auf dem Weg der autoritären Lösung, was dem Sinn der Zeitströmung entsprach. Gegen den großen Konsens agitierten das faschistische Italien, auf das sich Österreich außenpolitisch immer mehr stütze, und die Heimwehr, die seit Mai 1932 wieder in der Regierung war. Offen forderte Mussolini von Bundeskanzler Dollfuß „Reformen im entschieden faschistischen Sinne“, vor allem die sozialdemokratische „Felsenfestung Wien“ auszuräuchern. Dollfuß antwortete zögernd, er übersetzte die Reformen im faschistischen Sinne in „Reformen im Sinne einer berufständischen und autoritären Verfassung“, somit das katholische Element, angelehnt an den päpstlichen Enzykliken Rerum novarum von Leo XIII. und Quadragesimo anno von Pius XI., betonend. Die Regierung wagte das autoritäre Regime und gleichzeitig den Kampf gegen den rechten und linken Parteien, denn eine Zusammenarbeit mit der SDAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) hätte ein Überlaufen der eigenen Anhänger ins Lager der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) bedeutet. Als weiterer Faktor kam die parlamentarisch prekäre Stellung der Regierung Dollfuß hinzu, die sich mit der Krise des Parlaments am 4. März 1933 zuspitzte. Die Regierung Dollfuß, der auch Vertreter der Heimwehr angehörten, nützte eine Geschäftsordnungskrise, um das Parlament auszuschalten und seine Wiedereinberufung zu verhindern. Der Republikanische Schutzbund wurde im selben Monat aufgelöst, versteckte Waffen wurden beschlagnahmt und die traditionellen Maikundgebungen der Linksparteien wurden verboten. Gleichzeitig wurde die Bewaffnung der Heimwehr verstärkt, ohne dass die Sozialdemokraten Widerstand leisten. Ein sozialdemokratischer Parteitag beschränkte den Widerstand auf die Fälle der Ausschaltung der sozialdemokratischen Landesregierungen und Gemeindeverwaltung in Wien, der Auflösung der Partei oder der Freien Gewerkschaften. Die Kommunistische Partei und die NSDAP wurden im Mai bzw. Juni 1933 verboten. Der Angriff des Nationalsozialismus, der nach dem Sieg in Deutschland auch die Übernahme in Österreich anstrebte, wurde voll eingesetzt. Zahlreiche junge und aktivistische Nationalsozialisten flüchteten nach Deutschland, was die Position der österreichischen Regierung

festigte, die Grenzen wurden durch Bundesheer, Exekutive und Freiwillige Verbände gesichert. Trotz dieser Auseinandersetzungen kam es wiederholt, im Mai und Oktober 1933 und dann im Jänner 1934 zu Kontakten der Bundesregierung mit nationalsozialistischen Exponenten. Aber in einer Atmosphäre von Sprengstoffanschlägen brachten diese Kontakte keine greifbaren Ergebnisse. Zu Ostern 1933 besuchte Dollfuss Mussolini, um sich die Unterstützung des Duce für die Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs zu sichern, die durch die terroristischen Anschläge der von Hitler Deutschland gelenkten Nationalsozialisten bedroht war. Als Gegenleistung für seine Unterstützung wollte Mussolini die rasche Ausschaltung der Sozialdemokratie in Österreich. Über diesen harten Kurs gegen die Sozialdemokratie hinaus verlangte er eine berufsständische Neuordnung, was seiner eigenen Überzeugung auch entsprach. Dollfuss orientierte sich einerseits auf die berufsständische Idee, andererseits auf eine nachdrückliche Betonung der Unabhängigkeit und besonderen Sendung Österreichs. Die Regierung ging von einer autoritätszentrierten Phase von Mai 1932 bis März 1933 zu einer autoritären Halbdiktatur von März 1933 bis Jänner 1934. Konservative Rezepte in einer Weltwirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit, die stete Diskriminierung der Demokratie und die Unversöhnlichkeit gegen die Sozialdemokratie führten zu einer Schwächung und Aushöhlung des jungen republikanischen Gemeinwesens.

### **3. Februarereignisse 1934**

#### **A. Der 6. Februar 1934 in Frankreich**

##### **a. Regierungskrise und Demonstrationen**

In Frankreich war die autoritär-faschistische Bewegung bald mächtig genug, um das Regime der Dritten Republik zu erschüttern. Die rechtsradikale Agitation verschärfte sich wegen politischer Skandale. Obwohl er nicht der größte Skandal war, bildete der Stavisky-Skandal, der im Dezember 1933 platzte, einen auslösenden Faktor der Unruhen und brachte schwere Folgen mit sich. Am 6.

Jänner 1934 wurde Stavisky in einer Berghütte tot aufgefunden. Der vom rumänischen Ursprung Finanzmann „Monsieur Alexandre“ war schon als Betrüger bekannt und verfügte über Verbindungen zu einigen weniger bedeutenden politischen Persönlichkeiten. Stavisky hätte dem Pariser Polizeipräfekten Chiappe eine „Spende“ von 600.000 Francs zukommen lassen. Es steht nicht fest, ob es sich um einen Selbstmord oder um einen Mord zwecks Verschleierung handelte. Die „Action française“ beschuldigte den Ministerpräsident Chautemps und die Linke machte den Pariser Polizeipräfekten Jean Chiappe, einen mächtigen Sympathisanten der militanten Rechten, für den Tod Staviskys verantwortlich. Infolge des aufgefliegenen Skandals entfalteten die rechte Presse und die Ligen ihre Kampagne gegen das korrupte parlamentarische Regime, die zum Sturz der kompromittierten zentristischen Regierung Camille Chautemps führte. Am 27. Jänner 1934 trat er unter Druck zurück und am 30. Jänner 1934 wurde der halblinke Daladier zum Ministerpräsidenten bestellt, der mit Unterstützung der Sozialisten regieren wollte. Zwischen dem 9. Jänner und dem 5. Februar 1934 fanden jeweils im Regierungsviertel dreizehn Aufmärsche der faschistischen Ligen unter den Losungen: „A bas les voleurs! A bas les assassins! Au Parlement!“ statt. Von diesen Ereignissen war in der Zeitung mehrmals die Rede. Diese Zusammenstöße erschütterten Frankreich stark und sie brachten heftige Auswirkungen in den anderen europäischen Ländern hervor. Am 3. Februar 1934 enthob Daladier den rechten Polizeipräfekt Chiappe seines Amtes. Chiappe weigerte sich zunächst und zögerte nicht, Daladier mit der Straße zu drohen. Am folgenden Tag (**4. Februar 1934 – Nr. 33**) erschien ein kurzer Artikel in den ersten politischen Seiten der Zeitung, der mit „Krise im neuen französischen Kabinett“ betitelt wurde. Der Stavisky-Skandal erschien als Anlass für eine Regierungskrise. Hier weist das Adjektiv „neu“ im Titel schon auf eine politische Unstabilität hin. Der Skavisky-Skandal ließ den latenten Streit zwischen den Sozialdemokraten und der Regierung ans Licht treten und führte zum Rücktritt von einigen Ministern. Die Abberufung Chiappes war ein Zeichen dieses Streits. Dieser Artikel enthielt eine kurze und bündige Darstellung der Ereignisse, wo dennoch einige Wörter auf eine Stellungnahme hindeuten. Ausdrücke wie „in

dramatischer wie unerwarteter Weise“ oder „Teilkrise“ zeigen, dass die Österreicher sich mit dieser politischen Unstabilität distanzieren wollen. Außerdem scheinen sie sich der Stärke der Krise bewusst zu sein, wie der Gebrauch vom Adjektiv „heftig“ (zweimal) es veranschaulicht.

„Die Regierung, die Montag gebildet worden ist, hat noch vor der Regierungserklärung im Parlament in ebenso dramatischer wie unerwarteter Weise eine Teilkrise erlebt. Im Laufe des gestrigen Ministerrates entbrannte wegen der Abberufung des Polizeipräfekten Chiappe, gegen den die Sozialisten seit mehreren Monaten eine heftige Kampagne führen und dem sie allzu Nachsicht gegenüber Stavisky vorwerfen, ein heftiger Streit, der dazu führte, dass Kriegsminister Fahn, Justizminister Pietri und Unterstaatssekretär Douffain ihre Demission gaben.“ **4. Februar 1934 – Nr. 33**

Am 6. Februar 1934, am Tag der Investitur der Regierung Daladier im Palais Bourbon demonstrierten die rechten Ligen (Action française, Jeunesses Patriotes, Croix-de-Feu...) gegen die Korruption des linken Parlamentarismus und gegen die Absetzung Chiappes und organisierten einen Angriff auf das Parlament. Auf der anderen Seite demonstrierten Anhänger des kommunistischen Frontkämpferverbandes, die die Verhaftung Chiappes befürworteten. Der 6. Februar entspricht dem ersten Lostag für die Republik, er führte zu dramatischen Ereignissen auf dem Place de la Concorde. Es kam zu heftigen Zusammenstößen mit den Ordnungskräften. Die Erstürmung des Palais Bourbon wurde dadurch verhindert, dass Ligenführer Colonel de la Rocque im letzten Moment den Rückzug befahl. Doch gab es 14 Tote und über 2000 Verletzte. Aber die Zielsetzungen der Demonstranten waren äußerst konfus und es gab fast keine Koordination zwischen den verschiedenen Gruppen. In ihren eigenen Reihen waren die Machtverhältnisse nicht ganz klar und die Anhänger wussten nicht genau, was sie erzielen wollten. Der **7. Februar 1934 – Nr. 36** bat einen langen Artikel, der kein fröhliches Bild Frankreichs zeichnete: es wurde wiederum von Streit, Krise und Skandal die Rede: Das Land, das „demoralisiert“ war, erschien nicht als Vorbild für Österreich, was die Überschrift: „Nervöse Premiere im französischen Parlament“ ausdrückt. Bei der Vorstellung der neuen französischen Regierung vor der Kammer wurde die Opposition zwischen dem Ministerpräsidenten Daladier und den Linken hervorgehoben. Die Sitzung wurde nämlich aufgehoben, denn es kam „zu

einem Wortwechsel zwischen den Sozialisten und den Kommunisten, der in Tätlichkeiten auszuarten drohte.“ Dann folgte der Inhalt der Erklärung im Parlament. Die Österreicher schienen mit dem negativen Selbstbild der Franzosen einverstanden zu sein. Tatsächlich betrachtete Daladier den Skandal mit einem kritischen Blick:

„Der Stavisky-Skandal, der aus individuellen Schwächen entstanden ist, die Arbeit der Kammer gelähmt, die Parteien gegeneinander gestellt, das Land demoralisiert und die den Gegnern des Regimes Gelegenheit gegeben, Angriffe wieder aufzunehmen, die die Wachsamkeit der Republikaner in der Vergangenheit zunichte machte.“

Im Gegensatz zur Vaterländischen Front in Österreich blieb das Ziel Frankreichs die Wiederherstellung der Autorität des republikanischen Staates und die Wiederaufnahme der gesetzgeberischen Arbeit. Die Regierung appellierte an „das souveräne Parlament, das Vertrauen wiederherzustellen, das Regime zu verteidigen und dafür zu sorgen, dass das Gesetz und das Parlament, das das Gesetz macht, draußen geachtet werde.“ Mit 300 gegen 217 Stimmen wurde der Antrag des Ministerpräsidenten angenommen. In der Auflage vom **7. Februar 1934 – Nr. 36** wurden die ersten Straßenkämpfe kurz und klar dargestellt und die Zahl der Tote angegeben. Die Gewalt wurde mit dem Abstand zwischen den Buchstaben unterstrichen, weil der Inhalt damit klarer auffällt. Der Titel des Artikels „Sieben Tote in Paris?“ endete mit einem Fragezeichen. Die Unsicherheit der Behauptung erklärte sich durch die Unklarheit der Lage in Frankreich. Außerdem ereigneten sich diese Zusammenstöße kurz vorher und die Journalisten hatten wahrscheinlich noch nicht alle Informationen. Der Beginn des Artikels veranschaulichte das Bewusstsein der Bedeutung dieser Ereignisse: „Mit Spannung und nicht ohne Besorgnis.“ Konkrete Details, wie Uhrzeiten, Orte und Gruppierungen werden wiedergegeben, so dass sich die Österreicher ein genaues Bild der Zusammenstöße in Frankreich machen können. Die Zahl der Toten wurde am Anfang und am Ende des Artikels angegeben und umrahmte somit den Inhalt. Diese Zusammenstöße waren blutig und mörderisch und verlangten daher Distanznahme seitens der Österreicher. Am folgenden Tag, am **8. Februar 1934 – Nr. 37** wurden die Ereignisse in

einem langen Artikel am Anfang der Zeitung noch genauer detailliert, was die Bedeutung des Ereignisses, nicht nur für Frankreich, sondern auch für Europa veranschaulichte. Die Österreicher wurden gut informiert über die Straßenkämpfe und Schwierigkeiten der Regierung, die Lage zu beherrschen, weil sie von dieser Krisensituation auch betroffen waren. Die Beschreibung der „Blutnacht“ auf dem Concorde-Platz und den Champs-Élysées bat ein chaotisches Bild des Landes: „Barrikaden wurden mit Bäumen, Kandelabern, Gittern errichtet.“ „Zahlreiche Personen fielen nieder und gerieten unter die Hufe der Pferde.“ „Mehrere Autos wurden angehalten, umgeworfen und in Brand gesteckt.“ „Maschinengewehre traten in Aktion.“ Dieser Kampf wurde von den Österreichern als eine blutige Revolte beurteilt. Dennoch war die Lage in Österreich auch sehr gespannt. Daladier erhielt zwar mit großer Mehrheit das Vertrauen, trat jedoch am Mittwoch, den 7. Februar unter dem fortdauernden Druck von rechts zurück. Damit verlor die Protestbewegung an Stärke. Es schien, als ob die Rechten den Sieg davongetragen habe. „Die Straßenkämpfe [...] haben zu einer neuerlichen Regierungskrise in Frankreich geführt.“ (**8. Februar 1934 – Nr. 37**) Daladier fühlte sich gezwungen zurückzutreten, denn „die Regierung will nicht die Soldaten gegen die Demonstranten einsetzen.“ Mit seinem Rücktritt machte Daladier Platz für ein Kabinett der „nationalen Union“ unter dem Vorsitz des vormaligen Staatspräsidenten Gaston Doumergue. In dieser Regierung übernahm André Tardieu die führende Rolle. Damit kehrten die Radikalen zur Koalition mit den Rechten zurück und der Protest verlor an Vehemenz. Ziel der neuen Regierung waren die Aufrechterhaltung der Ordnung und das Verhindern blutiger Straßenkämpfe. Sie wollte unter der Bedingung arbeiten, „dass alle früheren Ministerpräsidenten, gleichgültig welchen Parteien sie angehören, in den Abschluss eines längeren innerpolitischen Burgfriedens und in die Bildung einer überparteilichen Regierung einwilligen.“ Diesem Artikel vom **8. Februar 1934 – Nr. 37** wurde ein Foto (S.8) „vom neuen Pariser Polizeipräfekt Bonnefoy-Sibour (Pariser Polizeipräfekt 1934 nach Jean-Baptiste Pascal Eugène Chiappe. 1927-1934)“ hinzugefügt. Damit wurde dem Interesse der Österreicher Antwort gegeben.

Am **9. Februar 1934 – Nr. 38** stand ein kurzer Artikel über die „Bemühungen“ der Regierung, eine ruhige Lage wiederherzustellen, der ein positives Licht auf die Lage warf, trotz der Schwierigkeiten der Regierung und des Mangels an Einheit. „Doumergue wurde mit der Regierungsbildung beauftragt“ und „mit brausenden Hochrufen begrüßt“, weil er „sich bemüht[e], ein Ministerium der „heiligen Union“ zu bilden“ und „einen Waffenstillstand der politischen Parteien empfehlen“ wollte. Dennoch wurde im zweiten Teil des Artikels die Lage in Paris beschrieben. Der Journalist nahm mit dem Adverb „wieder blutige Zusammenstöße“ Stellung und benutzte sehr pejorative und unpräzise Ausdrücke wie „Plünderungen, Gesindel, vandalischen Charakter, im Trüben fischen“.

„Die Unruhen in der Nacht hatten einen anderen Charakter. Diesmal war es neben den Kommunisten lichtscheues Gesindel, das die Verwirrung, die durch die Demission Daladiers entstanden war, auszunützen suchte, um im Trüben zu fischen.“ **(9. Februar 1934 – Nr. 38)**

Außer den Kommunisten wurde nicht genau gesagt, um wen es sich handelte, aber hier kommt eine direkte Kritik an den Demonstranten vor und die Kommunisten wurden besonders angegriffen. Die Wichtigkeit Frankreichs in der österreichischen Aktualität wurde am **9. Februar 1934 – Nr. 38** deutlich, da die Frontseite vier auffallende und einprägsame Fotos von Frankreich anbot. Die Überschrift verweist auf ein schreckliches aber auch realistisches Bild der Lage. Die Hauptstadt Frankreichs wurde unmittelbar als Ort von fürchterlichen Ereignissen erwähnt:

„Die Blutnacht in Paris: Feuerwehr und Polizei gegen die Menge, Barrikaden in den Straßen, brennender Autobus, Demonstranten nehmen einen Verletzten mit.“ **(9. Februar 1934 – Nr. 38)**

Ein Bild entspricht der optischen Seite des Zeitungsinhalts, weil es ein visuelles Kommunikationsmittel ist. Diese Fotos ersetzen die Berichterstattung nicht, sondern vervollständigen sie. Sie dienen zur Intensivierung der Nachricht und veranschaulichen sie eindeutig. Durch ein Foto wird die Wirklichkeit, das heißt in diesem Fall die Härte der Kämpfe vor Augen geführt. Der Mensch begegnet der Wirklichkeit. Ein Bild dient zur Umweltorientierung des Zeitungslesers. Dem Bild kommt Glaubwürdigkeit zu, da der Rezipient „Augenzeuge“ wird, sich mit

dem Geschehen auseinandersetzt und identifiziert. Dann wird sein Urteil von größerer Sicherheit und Selbständigkeit. Hier bestand die Gefahr nicht, dass das Bild als Ausschnitt und nicht als Gesamtgeschehen eine Wirklichkeit schafft, die den Tatsachen nicht entspricht, weil die Fotos mit Berichten versehen waren. Trotz Verhandlungen fanden immer noch blutige Demonstrationen statt, zu dem beide Seiten unabhängig voneinander aufriefen und worüber in der Zeitungsaufgabe vom **10. Februar 1934 – Nr. 39** in einem kurzen Artikel unter dem Titel „Neuerliche Zusammenstöße in Paris“ berichtet wurde. Das Kleine Volksblatt stellte sich auf die Seite des Ständestaates und befürwortete die Ordnung. Der Gebrauch vom Adverb „bereits“ zeigt die Ungeduld, das Ende der Zusammenstöße und die Wiederherstellung der Ruhe zu sehen. Sowohl bei den Sozialisten als auch bei den Kommunisten drängte die Masse der Anhänger und engagierten Mitglieder auf eine Rückkehr zur Aktionseinheit im Kampf gegen den Faschismus. Aber eine gemeinsame Strategie fehlte den Gruppierungen.

„Kommunistische große Kundgebungen auf dem Republikplatz wurden angekündigt. [...] Die Polizei traf große Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. [...] Eine halbe Stunde später kam es bereits zu den ersten Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei und man zählte auch bereits mehrere Verletzte.“ **(10. Februar 1934 – Nr. 39)**

Hier ist kein Engagement auf der Seite der Kommunisten zu bemerken, sondern auf der Seite der Regierung. Die Absicht der Gründer der kleinen Blätter war eine billige Tageszeitung zu schaffen. Die politische Nachricht sollte meinungsbildend wirken. Von allem Anfang an war es auch klar, dass auch Das Kleine Volksblatt in besonders wichtigen Augenblicken die politische Reserve zu verlassen und sodann auch in Fragen der Politik sein publizistisches Gewicht in die Waagschale zu werfen hatte. Die politische Redaktion in den Anfängen des Blattes begnügte sich in der Regel mit einem geringen politischen Teil. Aber besondere Anlässe, bei denen Das Kleine Volksblatt über den normalen Rahmen des politischen Teiles hinausging und eingehend behandelte, zwangen die Journalisten den Normalrahmen zu sprengen, da anzunehmen war, dass auch der sonst politisch wenig Interessierte genauer informiert werden wollte. Im Hinblick auf die Ereignisse und die

staatspolitische Entwicklung konnte diese Art der Behandlung des politischen Teiles nicht konsequent beibehalten werden. Mit den Februarereignissen wurde die Politik immer mehr in den Vordergrund des Interesses gerückt. Die Zeitung konnte nicht mehr unpolitisch bleiben. Es begann der Existenzkampf Österreichs in voller Stärke und Das Kleine Volksblatt widmete immer mehr Raum dem politischen Geschehen. Am **13. Februar 1934 - Nr. 42** wechselte es zum ersten und zum letzten Mal sein Kleid und kam im Großformat heraus. Die Ursache der Formatsänderung hing mit der Tatsache zusammen, dass die Aufständischen im Rahmen des proklamierten Generalstreiks die Zufuhr des elektrischen Stromes unterbrochen und damit die Setz- und Rotationsmaschinen zur Untätigkeit verurteilt hatten. Irgendwie gelang es dem Herold-Verlag in der Strozzigasse, den Druck zu ermöglichen. Es wurde von den Redaktionen der Reichspost und des Kleinen Volksblattes gemeinsam ein Blatt gemacht und lediglich der Titelkopf ausgewechselt. In einem Kästchen auf der ersten Seite (rechts oben) entschuldigte sich die Redaktion für das ungewöhnliche Format mit folgenden Zeilen:

„Die technischen Schwierigkeiten, die durch die Ausschaltung des elektrischen Stromes in Wien entstanden, brachten es mit sich, dass ein Notbetrieb eingerichtet werden musste. Im Zuge dieser Maßnahmen war es notwendig, dass das Format des Kleinen Volksblattes geändert werden musste. Unsere Leser werden ihr Blatt sicherlich auch im neuen Kleid gerne aufnehmen. Die Hauptsache ist doch, dass Das Kleine Volksblatt auf seinem Posten bleiben konnte. Bei Rückkehr zu normalen Verhältnissen wird Das Kleine Volksblatt natürlich auch sein gewohntes Aussehen wieder gewinnen.“ **(13. Februar 1934 - Nr. 42)**

Das war bereits am 14. Februar 1934 der Fall, der ebenfalls von Bedeutung ist, da die Zeitung an diesem Tag zwar wieder im Kleinformat erschien, jedoch – ebenfalls zum ersten Mal – kein Titelbild, sondern die erste Seite mit politischen Schlagzeilen gefüllt hatte. Im Hinblick auf die bewegte Politik war es in der Folgezeit nicht mehr möglich dem Lokalteil das Übergewicht zu geben. Europa kam politisch nicht mehr zur Ruhe. Im politischen Artikel über Frankreich vom **13. Februar 1934 - Nr. 42** stand nicht nur Paris im Mittelpunkt, sondern auch die Zusammenstöße in Provinzstädten wurden erwähnt. CGT, CGTU, PCF und Intellektuelle hatten die verschiedenen

sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen aufgerufen, einen einheitlichen Generalstreik am 12. Februar abzuhalten. In Paris demonstrierten fast 100.000 Personen und in 346 Provinzstädten wurden Demonstrationen veranstaltet. In 20 Städten versammelten sich mehr als 10.000 Menschen. Auf 39 Städte von mehr als 50.000 Einwohnern wurde die Demonstration 27 Mal einheitlich<sup>1</sup>. Die Meldungen, die in der Zeitung standen, kamen aus englischen Zeitungen, obwohl der Konjunktiv eins auf eine Distanznahme hinweist. Diese Probleme in der französischen Innenpolitik hatten Wirkungen auf die gesamte europäische Lage. Sie weckten das Interesse der anderen Länder und lenkten ihre Aufmerksamkeit. Die Ereignisse in Frankreich erhielten in London sowie in Wien einen bedeutenden Charakter.

„Misserfolg des Generalstreiks in Paris: Paris, 12. Februar (Reuter).“

„London 12. Februar: Der Evening Standard meldet aus Paris, dass es am Montagnachmittag im Stadtviertel St Denis zu Plünderungen gekommen sei... Zusammenstöße in der Provinz, London 12. Februar: Exchange Telegraph meldet aus Paris, dass es in Rouen und Marseille zu Unruhen gekommen sei, die sich in allen Fällen in Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen entwickelt haben. In Marseille wurde eine Dynamitbombe in eine Kirche geworfen.“ **(13. Februar 1934 – Nr. 42)**

Außerdem wurde der Name des Journalisten sowie der Ort und das Datum der Mitteilung angegeben, was sehr selten anzutreffen war. Im Artikel, der mit „Der französische Generalstreik im Zusammenbrechen“ betitelt wurde und am **14. Februar 1934 – Nr. 43** erschien, vermittelte der Journalist den Eindruck, dass die Polizei die Lage beherrscht, und dass der Streik beendet ist:

„Seit gestern sind die Streiks stark im Ablaufen. Der größte Teil der Fabriken und der anderen Unternehmungen konnten gestern die Arbeit wieder aufnehmen.“

Aber am Tag vorher fanden noch heftige Zusammenstöße, Barrikaden, Verhaftungen in Marseille, Nantes, Lyon, Boulogne an der Seine und in anderen Vororten von Paris statt und viele Tote und Verletzte waren noch zu beklagen. Die Revolte in Österreich beschäftigte mehr die Journalisten. Am

---

<sup>1</sup> KERGOAT, Jacques: La France du Front Populaire. Paris, La Découverte (Redécouverte. Sciences humaines et sociales), 2003. S. 43

**16. Februar 1934 – Nr. 45** erschien S. 7 ein Absatz über „das Programm der neuen französischen Regierung“, also vom Ministerpräsidenten Doumergue. Er erzielte einen Burgfrieden:

„Die Regierung sei gebildet zur Herstellung des Burgfriedens der Parteien. Ein dringendes Werk der Gerechtigkeit sei durchzuführen.“

Die Regierung erstrebte eine „moralische Gesundung, die die Rückkehr zu einer gewissen freiwillig übernommenen Disziplin erfordert[e]. Der Burgfriede sei nicht minder unerlässlich, damit das Land rasch einen Staatshaushaltsplan erhalte, dessen baldige Verabschiedung die Festigkeit der Währung schützen soll.“ Die Wichtigkeit der Einheit und der Disziplin, um eine stabile Wirtschaft und einen sozialen Wohlstand zu haben, wurde betont. Anhand des Beispiels der Einigungsversuche der französischen Gruppierungen rechtfertigte der Journalist das österreichische System, das Ordnung beanspruchte. Auf Seite 10 in der Ecke befand sich mit anderen Nachrichten aus den Unruhen in den verschiedenen Ländern Europas ein kurzer Artikel, der die neueste Zahl der Toten angab. Auch wenn die Revolte von Frankreich ausging, verbreiteten sich Proteste in ganz Europa. Am **18. Februar 1934 – Nr. 47** erschien ein zwar kurzer aber bedeutender Abschnitt, in dem die wichtige Außenpolitik angesprochen wurde: „Drei-Mächte-Erklärung für Österreich“. „Niemals zweifelten“ bringt eine sehr große Nähe und Freundschaft sogar Vertrauen zum Ausdruck und das Verb „unterstützen“ wurde durch Fettschrift hervorgehoben. Der Völkerbund wurde hier sehr positiv bewertet. Vertrauen wurde dieser Institution beigemessen. Tatsächlich wurde er als fähig betrachtet, die Probleme zu lösen. Der „Druck von Deutschland“ wurde in allen Ländern und auch in Frankreich gespürt und zwang zur Reaktion. Hier scheint Theodor Hornbostel, der von Dollfuss 1933 zum Leiter der Politischen Abteilung im Außenamt ernannt wurde und der maßgeblich die Außenpolitik der Regierung Dollfuß beeinflusste, mit der Einstellung Frankreichs zufrieden zu sein.

„Gesandter Hornbostel hat dem Wiener Vertreter des Petit Parisien, Marcel Dunan, u. a. erklärt: Wir haben seitens der drei Großmächte Frankreich, Italien und England die Versicherung erhalten, an der wir übrigens niemals zweifelten, dass wir in jeder Weise das Recht hätten, an den Völkerbund gegen den Druck zu appellieren, dem wir seitens

Deutschlands ausgesetzt sind. Wir haben ferner von diesen drei Mächten die Versicherung erhalten, dass sie, entsprechend den ständigen Grundsätzen ihrer Politik uns in diesem Falle voll **unterstützen** würden.“ (18. Februar 1934 – Nr. 47)

Dennoch wurde am Ende des Artikels die Wirksamkeit des Völkerbundes wieder in Frage gestellt. An einer derzeitigen Notwendigkeit, den Völkerbund zu berufen wurde gezweifelt: „nicht mit Bestimmtheit“. Die „innere Lage“ Österreichs erschien momentan wichtiger und sollte die Aufmerksamkeit der Regierung haben:

„Auf die Frage des französischen Korrespondenten, wann ein derartiger Appell Österreichs beim Völkerbund wohl stattfinden könne, antwortete Gesandter Hornbostel, dass sich dies noch nicht mit Bestimmtheit sagen lasse, weil der Bundeskanzler im Augenblick begreiflicherweise sich noch vor allem mit der inneren Lage befassen solle. Jedenfalls werde eine Entscheidung nicht mehr auf sich warten lassen.“ (18. Februar 1934 – Nr. 47)

Von diesem Stavisky-Skandal und seinen Folgen wurde in der Zeitung viel die Rede. In den ersten Februartagen nahmen die Ereignisse in Frankreich sehr viel Raum im Kleinen Volksblatt ein. Die Regierungskrise spitzte sich zu und hatte schwerwiegende Wirkungen auf die Bevölkerung. Die Zusammenstöße wurden genau berichtet. Aber ab dem 12. Februar 1934 fand die Krise in Österreich statt, was zu einer reicheren Berichterstattung über Österreich führte. Im Gegenteil wurden die Artikel über Frankreich immer kürzer und behandelten immer mehr den Skandal.

## **b. Der Stavisky-Skandal**

Im Februar und im März 1934 standen Artikel über den Stavisky-Skandal im Kleinen Volksblatt, die viele Details über den Mord und den Verlauf des Prozesses gaben. Die Zeitungsleser hatten daran Interesse, aber vielleicht war im Zeitungstyp ein Grund dafür zu finden. Solche Details zu geben entsprach dem Ziel eines Kleinen Blattes, das dem Volk nahe steht. „In der Stavisky-Affäre ist man anscheinend noch immer nicht am Ende aller Überraschungen angelangt.“ (12. Februar 1934 – Nr. 41) Aber meistens dienten diese kurzen Artikel einer zweitrangigen Information. In jeder Berichterstattung wurde die Heftigkeit der Kämpfe betont und es

ergibt sich das Bild einer Republik, deren Elite korrupt war. Die Interessen der Politiker und nicht des französischen Volkes standen im Vordergrund und bestimmten die Politik. Schon die Überschrift eines Artikels vom **12. Februar 1934 – Nr. 41** S. 10 zeigte die Korruption der französischen Verantwortungsträger. In der Politik ging es um geheime Bündnisse und Manipulationen: „Verbündete Staviskys an der Arbeit“

„Wie erinnerlich sind schon zweimal Akten aus verschiedenen Stavisky-Prozessen verschwunden. Am Samstag wurde im Bayonner Gerichtsgebäude eingebrochen.“

Ebenfalls erschien am **22. Februar 1934 – Nr. 51** eine Schlagzeile: „Mord im Skavisky-Skandal“, die wiederum ein Zeichen der Krise der Demokratie ans Licht brachte. Es handelte sich um den Mord eines Zeugen in der Stavisky-Affäre, der verhört werden sollte und über das Verschwinden von Akten Auskunft geben sollte.

„Er besaß bedeutendes Material, das die Schuld gewisser Beamter, die mit der Untersuchung des Falles Stavisky beauftragt waren, ergeben hätte.“

Die Österreicher bekamen das Bild einer Demokratie, wo Morde begangen werden, damit die Wahrheit nicht in die Öffentlichkeit tritt. Am **23. Februar 1934 – Nr. 52** befanden sich S. 8 wiederum Details über diese Ermordung:

„Die Mörder haben sich der Papiere bemächtigt. Dadurch gewinnt die Vermutung immer mehr an Wahrscheinlichkeit, dass Prince von Personen, die in dem Fall Stavisky verwickelt sind, in einen Hinterhalt gelockt worden ist.“

Die erstrebte „Vertuschung“ des Stavisky-Skandals veranschaulichte den Verfall der französischen Demokratie, die kein Vorbild für die Österreicher bat:

„Ein großer Teil der französischen Presse bringt immer offener und entschiedener die Ermordung Princes mit gewissen Bemühungen in Zusammenhang, die auf eine Vertuschung des Stavisky-Skandals hinauslaufen sollen.“

Als Bezugsquelle wurde die französische Presse genommen, sowie im Artikel vom **26. Februar 1934 – Nr. 55:**

„Die Liberté bringt die aufsehenerregende Nachricht, dass sämtliche Aufzeichnungen über den Fall des Schwindlers Stavisky, welche der ermordete Prince bei sich zu Hause hatte, verschwunden seien. Das Blatt vermutet, dass die Schriftstücke [...] von interessierter Seite gestohlen worden seien. Die Untersuchung wird ergeben, wie weit diese Meldung der Liberté richtig ist. Es wäre nicht das erste Mal, dass Dokumente über den Fall Stavisky nicht nur aus Privatwohnungen, sondern sogar aus Gerichtsgebäuden verschwunden sind.“

Der Wortschatz dieses Artikels betont die Verdorbenheit des französischen politischen Lebens, die sich durch Geheimnisse, Interessen, Diebstähle, Vermutungen und Unklarheit kennzeichnen lässt.

Am **28. Februar 1934 – Nr. 57** auf S. 4 erschienen „neue Sensationen in der Stavisky-Affäre“.

Namen von hohen Verantwortlichen, die in der Affäre verwickelt waren, wurden angegeben. Die hohe Beamtschaft und bekannte Persönlichkeiten erwiesen sich als korrupt und unvertrauenswürdig. Am **3. März 1934 – Nr. 60** traten Geldmanipulationen ans Licht: „Staviskys Scheckabschnitte sichergestellt“. Das Wort „Wirrsal“ charakterisiert die Lage als Verworrenheit und Durcheinander von Geschehnissen:

„Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürfte in den nächsten Tagen endlich etwas Licht in das Wirrsal des Stavisky-Skandal kommen, der schon seit Wochen die französische Öffentlichkeit in Atem hält.“

Das Adverb „endlich“ weist auf die Wichtigkeit der Klarheit und Ordnung hin. Auch am **8. März 1934 – Nr. 65** stand eine Sensationsmeldung in der Zeitung S. 7: „Tardieu in die Stavisky-Affäre verwickelt?“ Dennoch bezeugen das Fragezeichen und die unüberprüften Meldungen von anderen Zeitungen, wie am Beginn des Artikels „wie Paris Midi meldet“ oder „die Liberté erklärt“ (**11. März 1934 – Nr. 68**), Unsicherheit und Gerüchten.

„Prince nicht ermordet? In Frankreich will in den letzten Tagen das Gerücht nicht verstummen, dass es nicht die Leiche des Richters Prince war.“ (**8. März 1934 – Nr. 65**)

Am **24. Februar 1934 – Nr. 53** wurde ein anderer Skandal berichtet, der noch einmal die Korruption der französischen Elite ans Licht brachte, wie das Adjektiv „neu“ in der Überschrift zeigte: „Neuer Finanzskandal in Frankreich.“ Diesmal wurde die Elite des Wirtschaftslebens von Manipulationen beschuldigt. Die Informationsquelle wurde nicht direkt angegeben. Der Beginn des Artikels: „Wie

aus Paris gemeldet wird“ stellte nicht klar, ob die Information von einem österreichischen Korrespondenten in Paris oder von einer französischen Zeitung bezogen wurde. „Wegen Vertrauensmissbrauches“ und „wegen Hehlerei“ wurden Verantwortliche für eine Handelsgesellschaft und einer Bank „vor das Zuchtpolizeigericht verwiesen.“ Die Österreicher interessierten sich eindeutig für Frankreich und die Ereignisse. Die Berichterstattungen über diese Skandale gaben das Bild einer Demokratie, die Existenzschwierigkeiten kannte. Die Verantwortungsträger erwiesen sich als Betrüger und Manipulatoren, die nicht im Sinne des Volkes handelten.

## **B. Der 12. Februar 1934 in Österreich**

So wie in Frankreich begleiteten Skandale aller Art den Demoralisierungsprozess und die Aufweichung des demokratisch-parlamentarischen Systems in Österreich. Im April 1930 wurde ein Antiterrorgesetz beschlossen, das auch ein verklausuliertes Streikverbot enthielt. Die paramilitärischen Wehrverbände Heimwehr und Republikanischer Schutzbund verfügten über das Gewaltmonopol. Die Heimwehren, die aus den bürgerlichen und bäuerlichen Selbstschutzorganisationen entstanden, kannten zwei Richtungen: eine deutschnationale, kleinstädtische, radikale und eine konservative, katholische, agrarische Richtung und eine antiparlamentarische, antidemokratisch-faschistische Stoßrichtung. Zusammen hielt sie ihr kämpferischer Antimarxismus. Im Korneuburger Eid vom 18. Mai 1930 hieß es klar: „Wir verwerfen den westlichen demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat.“ Zunächst als Waffe gegen den Marxismus hochgepöppelt, gewann die Heimwehr immer mehr Selbständigkeit und orientierte sich zunehmend am faschistischen Beispiel Italiens. „Unser Programm heißt Austrofaschismus“, sagte der Heimwehrführer Fürst Ernst Rüdiger von Starhemberg. Von Italien und Ungarn kamen Geld, Waffen und die Ratschläge, endlich den Putsch gegen die Sozialdemokraten zu wagen. Anfang Februar hatte die Heimwehr nach offizieller Schätzung eine Stärke von 50.000 bis 60.000 Mann. Der Republikanische Schutzbund hingegen eine

von 30.000 bis 40.000 Mann. Die Zahlen von 1934 beziehen sich auf einen Zeitpunkt, da bei der Heimwehr die Abwanderung zu den Nationalsozialisten bereits vollzogen, der Schutzbund schon in die Illegalität gedrängt war und zahlreiche Mitglieder verloren hatte. Angesichts der Lage wich die Sozialdemokratie immer weiter zurück. Während die rechten Wehrverbände tendenziell außerhalb der politischen Lager standen, blieb der Republikanische Schutzbund jederzeit innerhalb der politischen Kontrolle der Sozialdemokratie, was ein wesentlicher Unterschied war. Dollfuss und dann auch Schuschnigg wollten die völlige Vereinheitlichung und Unterordnung der Wehrverbände in der Vaterländischen Front durchsetzen. Das demokratische politische System wurde von diesen Wehrverbänden schwer belastet. Im Februar 1934 verschlechterte sich die Situation und die Tendenz zum Bürgerkrieg zeichnete sich ab. Am 9. Februar 1934 richtete der Christlichsoziale Leopold Kunschak im Wiener Gemeinderat einen dringlichen Appell an die beiden großen Parteien, die Gegensätze zurückzustellen und gemeinsam gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen. Aber der Bundesführer des Heimatschutzes Starhemberg hielt eine aggressive Rede am 4. Februar 1934 und sein Rivale der christlichsoziale Fey am 11. Februar 1934. Demgegenüber blieben die letzten Einigungsversuche des Kreises um den Sozialdemokraten Renner mit der Regierung nahe stehenden Persönlichkeiten erfolglos. Anfang Februar herrschte in Österreich neuerlich tiefe Niedergeschlagenheit in der Arbeiterschaft, an der auch die immer eindringlicheren Warnungen und Aufrufe der kommunistischen Partei nichts änderten. Am 11. Februar 1934, an dem die Polizei schon in ganz Österreich planmäßige Waffensuchen vornahm und Schutzbundführer verhaftete, teilte der Kommandant des oberösterreichischen Schutzbundes, Richard Bernaschek, den sozialdemokratischen Spitzenpolitikern Otto Bauer und Julius Deutsch mit, dass er entschlossen sei, das Zeichen zum bewaffneten Widerstand zu geben. Im Februar 1934 kam es also zu den längst erwarteten, offenen und blutigen Auseinandersetzungen mit den Sozialdemokraten. Am 12. Februar leistete der Linzer Schutzbundführer Richard Bernaschek gegen eine Waffensuchaktion der Polizei in einem Linzer Arbeiterheim bewaffneten Widerstand. Das Signal zum Aufstand war gegeben,

obwohl Renner und Körner noch jetzt vermitteln wollten und beim Bundespräsidenten vorsprachen. Der Schutzbund bekam den Auftrag, den Angriffen von Polizei und Heimwehren Widerstand zu leisten und Dollfuss setzte das Heer und die Polizei zur Niederwerfung der Unruhen ein. Die Sozialdemokratische Partei rief den Generalstreik aus und es kam in Linz, Steyr, Wien und im obersteirischen Industriegebiet zu Kämpfen zwischen der Exekutive, dem Bundesheer und den Wehrverbänden auf der einen Seite, und dem Republikanischen Schutzbund auf der anderen Seite. Die Regierung verfügte über mehr als 100.000 Mann und der Schutzbund theoretisch über 40.000, aber nur ein Teil der Schutzbündler griff zu den Waffen. Die Organisation des Widerstands war ungenügend und der Generalstreik lückenhaft und wenig befolgt. Nur in Wien kam es zum Generalstreik im Gegenteil zu Frankreich, wo dem Streik lange Zeit und von vielen Gruppierungen gefolgt wurde. In Österreich waren die breiten Massen in großer Sympathie mit den Kämpfern verbunden, dennoch war die Mehrheit der demokratischen Arbeiter an sich nicht kämpferisch-revolutionär eingestellt. Am Entscheidungskampf um die Existenz der Partei beteiligte sich nur eine Minderheit, die allerdings tapfer und erbittert kämpfte. Über Wien, Niederösterreich, Kärnten und die Steiermark wurde der Ausnahmezustand verhängt. Den meisten sozialdemokratischen Führern war es klar, dass ihr Kampf aussichtslos war, aber sie wollten dem Untergang der Partei nicht tatenlos zusehen. Es war kein Aufstand der österreichischen Arbeiterklasse, sondern der letzte Versuch, die Demokratie zu retten. Eine kleine, bewaffnete, militärisch organisierte Vorhut gegen die gesamte Staatmacht kämpfte in Österreich, im Unterschied zu Frankreich, wo der Kampf sich in ganz anderen Formen abspielte. Die sozialdemokratische Erhebung war ein Verzweiflungsakt ohne Erfolgsaussichten gegen die Kräfte der Exekutive, der Heimwehr und des Bundesheeres. Angesichts der Übermacht der anderen Seite brach der Widerstand des Schutzbundes zusammen. Am 15. Februar war der Bürgerkrieg zu Ende. Trotz ihres bewaffneten Widerstandes mussten die österreichischen Arbeiter den Weg der Illegalität antreten. Die Vaterländische Front hatte gesiegt. Diese Kampftage kosteten auf beiden Seiten schwere Opfer. Die Exekutive hatte einschließlich der

freiwilligen Wehrverbände 124 Tote und 486 Verwundete, die Aufständischen und die Zivilbevölkerung 250 bis 270 Tote und mindestens 319 Verwundete zu beklagen. Schwer war die Erschütterung des Staates, von der sich dieser in der kurzen Frist, die seinem selbständigen Dasein noch beschieden war, nicht mehr erholen konnte. Neun Schutzbündler wurden vom Standgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Sechs Sozialdemokraten wurden vom Bundesheer erschossen. Die Sozialdemokratische Partei war schon während der Kämpfe aufgelöst, ihre Führer flohen oder wurden verhaftet. Nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes am 21. Februar wurden alle Sozialdemokraten in leitender Position beim Bund, in den Ländern und Gemeinden ihrer Posten enthoben, alle sozialdemokratischen Mandate annulliert, die parteipolitisch gebundenen Gewerkschaften aufgelöst und durch eine Einheitsgewerkschaft mit ernannten Funktionären ersetzt<sup>1</sup>. Dennoch suchten die Führer der Sozialdemokratie mit allen Mitteln eine Verständigung mit der Regierung herbeizuführen, um zu versuchen die Demokratie zu retten. Die Masse der Parteianhänger gab alles verloren und verhielt sich passiv. Die Schutzbündler befanden sich auch auf verlorenen Posten. Die Februartage sind nämlich als ein Verzweiflungsausbruch führerloser Aktivisten der Sozialdemokratischen Partei zu sehen. Ein Staatsstreich von unten war mit einem Verzweiflungsakt von unten zusammengestoßen. Die Partei, die Freien Gewerkschaften und alle Vereinigungen wurden aufgelöst. Mit den illegalen Gewerkschaften setzten die Sozialdemokraten den Kampf gegen das autoritäre Regime fort. Dennoch bestanden große Meinungsverschiedenheiten über die Ziele und die Vorgehensweise. Schon während der Februarereignisse fehlte es den Schutzbündlern an Einheit. Zwar war das Kampfziel des Aufstandes die Wiederherstellung der Demokratie, aber sie hatten kein konkretes politisches Programm. Die Jugend lief immer mehr zu den radikalen Nationalsozialisten über und die Paralyisierung der Gewerkschaften verschärfte die Auflösungstendenz der Partei. Die

---

<sup>1</sup> GOLDINGER, Walter: Geschichte der Republik Österreich: 1918-1938

Wien, Oldenburg, Verlag München, Verlag für Geschichte und Politik, 1992. S. 220

Ausschaltung der Sozialdemokratie entsprach ganz den Wünschen Mussolinis. All seine Forderungen waren erfüllt. Der italienische Einfluss auf Österreich verstärkte sich weiter. Österreich hatte im Februar 1934 in der öffentlichen Meinung des Westens mit der Demokratie auch sein moralisches Prestige preisgegeben. Österreich und Frankreich gingen also zwei unterschiedliche Wege. Während Frankreich versuchte, die Demokratie zu bewahren, hatte der Austrofaschismus in Österreich gesiegt und somit die Sozialdemokratie und den Parlamentarismus zerschlagen.

## **II. Österreich und Frankreich 1934-1936**

In Frankreich sowie in Österreich standen in den nächsten Wochen eher innenpolitische Fragen im Vordergrund der Zeitung. Die Probleme der Innenpolitik führten zu einer Desinteresse der Regierungen für die anderen Länder. Jedes Land versuchte Lösungen mit seinem politischen System zu finden. Europa polarisierte sich immer mehr. Nach den Februarereignissen gingen Frankreich und Österreich zwei unterschiedliche Kurvenlinien ein: In Frankreich entwickelten und verallgemeinerten sich die Gewerkschaften. Der Parlamentarismus wurde dank des Protestes der Sozialdemokratie gerettet. Der Weg zur linken Regierung der Volksfront war in Frankreich geebnet. Im Gegensatz zu Österreich, wo die Auflösung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu einer Verstärkung der faschistischen Kräfte führte.

### **1. Österreich**

#### **a. Unmittelbare Februarfolgen**

Im Jahre 1934 endete staatsrechtlich die Republik Österreich. An ihre Stelle trat der Bundesstaat Österreich. Im Ministerrat drängte Engelbert Dollfuß auf die Vermeidung des Wortes Republik und wollte sich vom Modell der westlichen Demokratie deutlich abheben. Österreich betrachtete Frankreich als ein Land, das nicht als Vorbild genommen werden sollte. Dollfuß bekannte sich zu einem anderen Regierungssystem als Frankreich. Am 30. April 1934 wurde der Nationalrat, aus dem die Sozialdemokraten ausgeschlossen waren, zum letzten Male zusammengerufen. Dass dann der 1. Mai 1934 in Österreich gewählt wurde, um die neue Verfassung in Kraft treten zu lassen und das Konkordat zu ratifizieren, war von hoher symbolischer Bedeutung. Der Arbeiterschaft wurde ihr Feiertag gestohlen und der 1. Mai wurde als berufständisch und antiklassenkämpferisch neu definiert. Das Konkordat etablierte die alte Einheit von Staat und Kirche.

Die österreichische Diktatur basierte auf dem Bündnis von autoritären Christlichsozialen mit der Heimwehr, der das wichtigste Sicherheitsressort anvertraut war. Die Heimwehr gab dem Regime einen faschistischen Anstrich. Aber im Kern handelte es sich um ein faschistisch verkleidetes autoritäres Regime. Im März erfolgte eine Regierungsumbildung zur Verstärkung des Heimwehreinflusses. Aber die Heimwehr weigerte sich lange, sich in die Vaterländische Front einzugliedern und die Abrüstung des Schutzkorps verursachte große Kosten und ging nur zögernd vor sich. Diese inneren Gegensätze erschwerten die Fertigstellung der neuen Verfassung. Die Heimwehr lehnte es grundsätzlich ab, dass die neue Verfassung durch das Parlament beschlossen sein würde, weil dies gegen das Prinzip des autoritären Staates sei. Dollfuss wünschte aber diesen Weg und die Christlichsozialen setzten sich auch für diese Lösung ein. Nach dem Verbot der Sozialdemokraten stand ihrer Einsicht nach der Einberufung des Parlamentes nichts mehr im Wege. Um der Heimwehr entgegenzukommen, wählte man den Weg, die Maiverfassung durch eine Regierungsverordnung und dann durch Abstimmung des Rumpfparlamentes, an der nur 76 der einst gewählten 165 Mandate teilnahmen, bestätigen zu lassen. Die Maiverfassung definierte Österreich als christlichen Bundesstaat. Zudem erhielt das österreichische Volk auch in bewusster Abkehr von demokratischen Gepflogenheiten die Verfassung „im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht.“ In dieser neuen Verfassung lag alle Macht des „ständisch geordneten Bundesstaates Österreich“ bei der Bundesregierung, was den augenblicklichen Bedürfnissen der Regierung entsprach. Außenpolitisch schien eine Zusammenkunft, die Hitler mit Mussolini Mitte Juni bei Venedig hatte, die österreichische Lage zu klären: Hitler versprach die Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs.

## **b. Juli 1934**

Die inneren Zustände in Österreich hatten sich wieder verschärft. Schwere nationalsozialistische Sprengstoffanschläge, die die Wiedereinführung der Todesstrafe im ordentlichen Verfahren bewirkten, stifteten großen Schaden und beunruhigten die Bevölkerung. Die

Gegenmaßnahmen der Regierung hatten nicht mehr volle Wirkung. Dollfuss konnte im Ernstfall der militärischen Hilfe Mussolinis sicher sein. Als der französische Außenminister Louis Barthou durch Wien reiste, suchte ihn der Bundeskanzler auf und erhielt von ihm die Zusicherung der Unterstützung durch Frankreich, die freilich nur in einer diplomatischen Hilfe bestehen konnte. So war Österreich gegen Bedrohungen von außen abgeschirmt. Dollfuss sah ein, dass er zu einem innerpolitischen Ausgleich kommen musste. Er lud das nationale Lager zur Mitarbeit ein, fand aber wenig Widerhall. Am 11. Juli 1934 entschloss sich Dollfuss zu einer Regierungsumbildung. Er vereinigte wieder die gesamte Exekutive, Polizei und Bundesheer, in seiner Hand. Aber zu diesem Zeitpunkt bereiteten schon die Nationalsozialisten einen bewaffneten Aufstand. Am 24. Juli lief die Aktion an. Da der Ministerrat aber um einen Tag verschoben wurde, musste die Aktion kurzfristig abgeblasen werden. Der am 25. Juli 1934 informierte Bundeskanzler brach die Sitzung des Ministerrates ab. Trotz der Sicherheitsmaßnahmen durch Polizei und Heimwehr gelang es 154 als Soldaten des Bundesheeres verkleideten bewaffneten Putschisten einer illegalen SS-Standarte ins Wiener Bundeskanzleramt einzudringen. Ohne auf Gegenwehr zu stoßen, konnten sie sehr schnell das Gebäude besetzen. Dollfuss traf auf der Suche nach einem Fluchtweg mit einer Gruppe der Eindringlinge unter der Führung Otto Planettas zusammen. Der Bundeskanzler wurde dabei von einem Schuss Planettas getroffen und erlag seiner Verwundung. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Polizei nach einem harten Kampf die ebenfalls von Nationalsozialisten besetzte Sendestation RAVAG bereits wieder in die Hand genommen. Das Bundeskanzleramt war von verlässlichen Einheiten der Polizei, des Bundesheeres und der Heimwehr eingeschlossen. Da man keinen anderen Ausweg sah, einen blutigen Kampf um das Kanzleramt zu verhindern. Am 30. Juli 1934 waren die Kämpfe in ganz Österreich beendet. Mehr als 220 Tote und über 700 Verletzte waren die Opfer. Von den Aufständischen wurden in Österreich 73 standesgerichtlich zum Tode verurteilt. An 12 wurde das Urteil vollstreckt, auch an Planetta, der bis zuletzt beteuerte, Dollfuss unabsichtlich getroffen zu

haben. Die übrigen wurden begnadigt. In einigen Bundesländern kam es zu nationalsozialistischen Erhebungen, die scheiterten: Der Nationalsozialismus hatte am 25. Juli 1934 eine Schlacht verloren.

### **c. Innenpolitik**

Das autoritäre Prinzip setzte sich überall durch, der Staat griff in allen Bereichen ein. Die autoritäre Struktur der Verfassung konzentrierte alle Macht beim Bundeskanzler, trotz formaler Aufwertung des Bundespräsidenten führte Miklas ein Schattendasein. Die Organe der Verfassung besaßen wenig Macht und dienten zur Verschleierung der autoritären Entscheidungsmechanismen. Die Mehrheit der Gesetze lief über das Ermächtigungsgesetz vom 30. April 1934, nicht über den Bundestag. Der öffentliche Dienst wurde einer strengen Kontrolle unterworfen, die Mitgliedschaft bei der Vaterländischen Front war Pflicht. Die Justiz wurde immer stärker als verlängerter Arm der Regierung eingesetzt. Den Schritt zum Maßnahmenstaat des faschistischen Typus vermied der autoritäre Staat, aber die polizeistaatliche Kontrolle erstreckte sich auf die öffentliche Meinung, auf den Staatsdienst, in der Wirtschaft. Ein Teil der Unternehmer unterstützte das autoritäre Regime, als aber das Ankurbeln der Wirtschaft misslang, driftete ein immer größerer Teil ins nationalsozialistische Lager ab. Seit 1933, seit dem Machtantritt Adolf Hitlers im Deutschen Reich, kämpfte die österreichische Regierung um die Unabhängigkeit des Landes, was eine klare Linie war. Von allem Anfang an war dieser Kampf jedoch von Versöhnungsgesten begleitet, von Versuchen, die „nationale Opposition“ in das autoritäre Regime zu integrieren. So liefen polizeistaatliche Repressionen des innerösterreichischen Nationalsozialismus neben Versöhnungsaktionen einher. Bis 1936 dominierte die Repression, dann fing eine Phase der Annäherung an. Der Kampf der Linkskräfte gegen den „Austrofaschismus“ blieb im Wesentlichen auf die Gegenpropaganda beschränkt und schritt selten zu spektakulären Aktionen. Der Widerstand der illegalen Nationalsozialisten gegen den „Ständestaat“ existierte. Das Ziel war die Vernichtung Österreichs, und somit der Anschluss an die totalitäre Diktatur Hitlerdeutschlands. Bei der Repression der Linkskräfte, das heißt der illegalen Sozialdemokraten und Kommunisten, musste die Regierung

weniger mit außenpolitischen Rücksichtsmaßnahmen rechnen. Sie konnte daher voll durchgreifen. Aber auch gegen links wechselten Phasen der verschärften Repression mit Phasen der Befriedung ab. Zahlenmäßig war die Linksoption deutlich schwächer als die Rechtsopposition. Am 23. September 1934 waren 11.600 Nationalsozialisten, aber nur 1.800 Kommunisten und Sozialdemokraten inhaftiert.

## **2. Frankreich auf dem Weg zur Volksfront (1934-1936)**

In Frankreich polarisierte sich das politische Leben immer mehr: Auf einer Seite entwickelte sich die faschistische Bewegung. Die Ligen rekrutierten Anhänger und veranstalteten Straßendemonstrationen. Dennoch erhielt die Rechte in Frankreich nicht so viel Echo wie in anderen europäischen Ländern. Das ist zum Teil auf Merkmale der Geschichte, der Gesellschaft und der politischen Kultur Frankreichs zurückzuführen. Die Demokratie war älter, das Land hatte mehr Erfahrungen mit diesem politischen System und mit dem allgemeinen Wahlrecht und die politische Freiheit lag Frankreich immer am Herzen. Auf der anderen Seite organisierten sich die Kommunisten und die Sozialisten in Gewerkschaften und republikanischen Gruppen.

### **A. Einsatz der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus**

#### **a. Rolle der Kommunisten und Sozialisten in der Innenpolitik**

Im Gegensatz zu Österreich führten die Februarereignisse 1934 zu einem Neubeginn der französischen Arbeiterbewegung. Es war jedoch nicht leicht, die Periode gegenseitiger Beschuldigungen und Beschimpfungen zu vergessen. Vor der Reise des Chefs der PCF Maurice Thorez nach Moskau lautete der Titel des Leitartikels von L'Humanité: „Contre le bloc avec le social-faschisme“, und danach: „Pour l'action commune immédiate“<sup>1</sup>. Die Internationale hatte das

---

<sup>1</sup> Ebenda. KERGOAT, Jacques. S. 48

Motto geändert. Vom 22. bis zum 26. Juni 1934 fand die Conférence nationale d'Ivry du Parti Communiste Français statt, die einen Impuls zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten gab und mit einem innovativen Charakter die Wichtigkeit der Einheit der Massen betonte. Die Parole des Kommunisten lautete: „L'unité à tout prix.“ Am 27. Juli 1934 unterzeichneten die SFIO (Section Française de l'Internationale Ouvrière) und der PCF (Parti Communiste Français) einen Pakt der Aktionseinheit („Pacte d'unité d'action“) gegen den Faschismus. Die Ziele wurden genau festgelegt: Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung gegen die faschistischen Organisationen, für deren Entwaffnung und Auflösung, für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten, gegen die Kriegsvorbereitungen, gegen die Notverordnungen, gegen den faschistischen Terror in Österreich und Deutschland, für die Befreiung der eingekerkerten Antifaschisten. Im Kleinen Volksblatt wurden die SA-Führer-Revolte und die SA-Verhaftungen in Deutschland lang berichtet, aber die Diskussionen und der Abschluss des „Pacte d'unité d'action“ in Frankreich fanden keinen Widerhall. Die Österreicher waren mit ihrer eigenen Politik beschäftigt. Der Wille nach Einsatz gegen den Faschismus wurde doch unterstrichen.

„Nach mancherlei innerparteilichen Diskussionen kam es am 2. Juli 1934 zu einer mächtigen einheitlichen Kundgebung der Pariser Organisationen der beiden Arbeiterparteien. Es zeigte sich die nicht mehr zu erdrückende Sehnsucht der Arbeiterschaft nach gemeinsamer Aktion gegen den Faschismus. Die ersten Schritte für eine Volksfront, die außer den beiden Parteien alle demokratischen Kräfte vereinigen sollte, begannen, um Frankreich aus der politischen, wirtschaftlichen und moralischen Krise herauszuführen.“ (3. Juli 1934 - Nr. 180)

Die Politiker zeigten zwar eine Nervosität wegen der Unruhen, die diese Demonstrationen auflösten, wie es am 23. Juni 1934 – Nr. 170 S. 4 zu lesen war:

„Im französischen Parlament erklärte gestern Innenminister Sarraut, er habe es satt, seit vier Monaten ununterbrochen mit der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung beschäftigt zu sein. Es gebe wirklich andere Dinge, die notwendiger wären. Seit dem 9. Februar hätten in Paris allein 1.100 Demonstrationen stattgefunden, bei denen die Polizei einschreiten musste. Der Innenminister erklärte, dass der Burgfriede von allen Parteien ausnahmslos respektiert werden musste.“

Dennoch nahmen die Kundgebungen einen friedlichen Charakter an:

„Der französische Ministerrat hat aufgrund der Versicherungen des Innenministers, dass die heutigen faschistischen, sozialistischen, kommunistischen und sonstigen Manifestationen friedlicher Natur sind, beschlossen, die Kundgebungen zuzulassen. Es wurde aber ein Aufmarschplan ausgearbeitet, der genau eingehalten werden muss, damit jegliche Zusammenstöße vermieden werden.“ (8. Juli 1934 - Nr. 185)

Das Bild, das hier wiedergegeben wurde, ist ein Krisenbild. Frankreich wollte sich gegen den Faschismus wehren, aber geriet dadurch in Unruhen und innere Schwierigkeiten. Am 14. Juli 1935 beteiligten sich die Radikalen an einer antifaschistischen Demonstration der Linken, die die Gemeinsamkeit der Verteidiger der Republik beschwor. An die 50.000 Menschen nahmen an der gemeinsamen Feier teil, dennoch wurden diese Ereignisse im Kleinen Volksblatt nicht erwähnt. Der friedliche Verlauf dieser Kundgebung an einem zentralen Tag für die Republikaner und die Folgen wurden als innerpolitische Angelegenheiten eingeschätzt und in Österreich wurde ihnen keine Aufmerksamkeit geschenkt. Ebenso wurde die Massendemonstration der drei Parteien zusammen mit den Gewerkschaften und antifaschistischen Aktionskomitees vom 12. Jänner 1936 in der Zeitung nicht berichtet, obwohl sie wichtige Folgen hatte, da ein gemeinsames Wahlprogramm erarbeitet wurde: Auflösung der Ligen, Reform der Banque de France, Rationalisierung der Rüstungsindustrie, Kaufkraftschöpfung nach Art des amerikanischen New Deal, aber aufgrund des Widerstands der Radikalen wie der Kommunisten wurden keine grundlegenden Sozialreformen beschlossen und die Mittel, die Wirtschaftskrise in den Griff zu nehmen blieben vage. Im März 1936 hatten sich bereits die Gewerkschaften CGT (Confédération Générale du Travail) und die CGTU (Confédération Générale du Travail Unitaire) am Kongress von Toulouse wiedervereinigt, was die Kraft der organisierten Arbeiter vervielfacht hatte.

## **b. Annäherung am Sowjetrussland**

Mit dem Abschluss des französisch-sowjetischen Beistandspakts am 2. Mai 1935 wechselten die Kommunisten vom Antimilitarismus zu einem militanten Nationalismus. Sie setzten sich für die

Stärkung der Landesverteidigung gegen das faschistische Deutschland ein. In diesem Pakt wurde festgesetzt, dass sie im Falle eines Angriffs dem anderen Land Hilfe leisten werden. Angesichts der Bedeutung dieses Paktes für Europa wurde die Entwicklung Tag für Tag mit großem Interesse verfolgt. Die Paktverhandlungen sowie die Reise vom Außenminister Pierre Laval und der Vertrag wurden in der Zeitung genau detailliert. Die Haltung Frankreichs kennzeichnete sich durch äußere Ruhe. Laval betonte die Notwendigkeit ohne Überstürzung und Eile wichtige Verträge abzuschließen, was von den Österreichern als positive Eigenschaft des Ministerpräsidenten beurteilt wurde:

„Man brauche daher nicht erstaunt zu sein, dass Laval dessen Vorsicht bekannt sei, seine Reise nach Moskau verzögere und seine Verhandlungen zeitweilig unterbrochen habe. Die französische Regierung werde während der Verhandlungspause Gelegenheit haben über das Wort Talleyrands nachzudenken: „Keine Überstürzung in der Diplomatie!“. (S. 2. am 24. April 1935 - Nr. 113)

Aber die freundliche und friedliche Absicht Frankreichs wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, indem der Satz Lavals durch die Druckschrift hervorgehoben wurde:

„Laval erklärte insbesondere: **„Ich komme wegen des Friedens.“** Die Menschenmenge bereitete Laval eine lebhaftere Begrüßung.“ (S. 2 14. Mai 1935 - Nr. 133)

Die Stadtbesichtigung nach der Unterredung veranschaulicht ein freundliches und nahes Verhältnis zwischen den beiden Ländern.

„Russland scheint nunmehr den lang ersehnten Anschluss an die Westmächte gefunden zu haben, und Frankreich fühlt seine Stellung im europäischen Kraftfeld durch den Pakt mit Russland wesentlich gestärkt.“ (16. Mai 1935 - Nr. 135)

Dieser Pakt konkretisierte die Bemühungen von Stalin, aus der Isolierung zu kommen. Diese französisch-sowjetische Annäherung lenkte die Aufmerksamkeit Österreichs. Tatsächlich war der Inhalt dieses Paktes für Europa von größter Bedeutung. Frankreich stellte sich damit gegen den Faschismus und näherte sich dem kommunistischen Russland an. Andererseits entfernte sich

Frankreich von der Einstellung der zentralen Rolle des Völkerbundes und setzte mehr auf die Hilfe eines bilateralen Abkommens als des Völkerbundes:

„Paragraph 2: Bei Streitigkeiten, die keine sofortige Intervention des Völkerbundes nach sich ziehen, die interessierten Staaten nach freiem Ermessen handeln können. Paragraph 3 beschäftigt sich mit dem Fall eines offenkundigen Angriffs. Danach verpflichten sich die Vertragsmächte, im Falle eines Angriffs auf einen der vertragsschließenden Staaten, sich selbst als direkt angegriffen zu betrachten und danach zu handeln.“ **(19. April 1935 – Nr. 109)**

„Der französisch-sowjetische gegenseitige Hilfeleistungspakt“ **(3. Mai 1935 – Nr. 122)** hatte sehr positive Auswirkungen für Frankreich, die vom Kleinen Volksblatt hervorgehoben wurden: Der Abschluss dieses Paktes wurde von „einem vollen Erfolg begleitet und führte zu einer weitaus größeren Annäherung, als man ursprünglich erwartet hatte.“ Sowjetrußland sowie Frankreich waren mit diesem Abkommen zufrieden, wie Das Kleine Volksblatt es am **16. Mai 1935 – Nr. 135** betonte:

„Wenn im offiziellen Abschlusskommuniqué gesagt wird, dass Stalin die französische Politik der Landesverteidigung versteht und billigt, dann darf Laval mit dieser Anerkennung wohl sehr zufrieden sein. [...] Weder die französische, noch die russische Presse macht ein Hehl daraus, dass sie mit den Ergebnissen des Moskauer Besuchs sehr zufrieden sei. Dies darf man auch ohne weiteres glauben.“

Österreich erkannte Frankreich als eine Großmacht an, die Vorteile aus diesem Abkommen gezogen und dadurch einen Erfolg erzielt hatte. Obwohl Frankreich sich von Österreich distanzierte, wurde es nicht als Gegner verstanden und angegriffen.

„Nicht unwesentlich scheinen die innenpolitischen Vorteile zu sein, die Laval erreichen konnte. Er hat offenbar darauf hingewiesen, dass es natürlich ein Widerspruch wäre, wenn einerseits Frankreich und Rußland einen Vertrag abschließen, der gegenseitige Hilfeleistungen unter gewissen Voraussetzungen vorsieht, andererseits aber die französischen Kommunisten gegen das Wehrprogramm der französischen Regierung Sturm laufen.“ **(16. Mai 1935 – Nr. 135)**

Die Unterzeichnung dieses Paktes war ein Meilenstein für die Einigung der unterschiedlichen linken und kommunistischen Gruppen, die zur Volksfront führen sollte.

## **B. Regierung: Innenpolitische Krise**

### **a. Sturz der Regierung Doumergue**

Angesichts dieser linken Einigung gelang es den rechten Parteien nicht, einer Einsicht zu sein. Die Rechte spaltete sich in Pazifisten, Nationalisten, Antikommunisten, Antifaschisten, Hitleranhänger und unterstützte nicht eindeutig die Regierung. Die Radikalen näherten sich immer mehr den Sozialisten. Der radikale Ministerpräsident Doumergue führte eine deflationistische Finanzpolitik und kürzte die Pensionen, worauf die Gewerkschaften sich unzufrieden zeigten. Am 8. November 1934 mussten Gaston Doumergue und André Tardieu wegen eines von den Radikalen unangenommenen Reformprojekts, das eine Stärkung der Rechte des Staatspräsidenten und Einschränkungen des Budgetrechts vorsah, zurücktreten. „Der Streit war bekanntlich um jenen Punkt der von Doumergue vorgeschlagenen Verfassungsreform entbrannt.“ Diese Ereignisse in der französischen Innenpolitik wurden sehr detailliert und in umfangreichen Artikeln in den ersten Seiten der Zeitung berichtet. In Frankreich herrschten neuerlich eine unerfreuliche Stimmung und eine Regierungskrise, die die Aufmerksamkeit Österreichs lenkten. Das Kleine Volksblatt nahm eine kritische Stellung an, indem es die Schwierigkeiten, die Streitpunkte und die Unstabilität der französischen Politik unterstrich.

„Die Regierungskrise in Frankreich, die schon seit einer Woche förmlich in der Luft lag, ist nun tatsächlich zum Ausbruch gekommen.“ (9.

November 1934 – Nr. 309)

„Sehr verlockend scheint es demnach augenblicklich nicht zu sein, Ministerpräsident von Frankreich zu werden“ spiegelt ein abwertendes Bild Frankreichs wider. Das Kleine Volksblatt kritisierte diese Situation, wo Unklarheit und Unordnung herrschen („Wie verworren die Situation jetzt ist.“) und befürwortete indirekt das österreichische autoritäre System, das ein einheitliches Bild wiedergab und in dem das Machtmonopol klar war.

„Bei den Auseinandersetzungen über die Staatsreform haben sich zwischen den einzelnen Koalitionsparteien so viele Spannungen ergeben, dass es

wohl besonderer Geschicklichkeit bedürfen wird, sie wieder unter einen Hut zu bringen.“ (9. November 1934 – Nr. 309)

Damit äußerte Das Kleine Volksblatt seine Meinung. Über die nächste Regierung nahm es auch Stellung:

„Die neue Regierung müsse gleichfalls ein Kabinett der nationalen Union sein und habe also auf dem gleichen Boden zu stehen, wie die Regierung Doumergue. Eine andere tragfähige Basis scheint kaum gegeben.“ (9. November 1934 – Nr. 309)

Ein anderer Artikel vom 9. November 1934 – Nr. 309 wiederholte die politische Lage und berichtete die Ablehnung vom Kammerpräsidenten Bouisson und vom Außenminister Laval, die Regierung neu zu bilden. Der Aufruf von Doumergue an das französische Volk wurde zum Großteil wiedergegeben, was das Interesse der Österreicher an der Innenpolitik Frankreichs neuerlich veranschaulichte. Dann erwähnte die Zeitung die möglichen Straßenzusammenstöße als Folgen dieser Krise: „Vor allem sind neue Straßenunruhen zu befürchten.“ Dies gibt den Eindruck, dass Österreich solche Krisensituationen vermeiden wollte und sich deshalb für ein anderes politisches System einsetzte. Der Artikel endet mit der Meinung der Croix-de-Feu, die der Einstellung der Österreicher eher zu entsprechen scheint. Der Colonel de La Rocque setzte sich gegen den Pakt mit der Sowjetunion ein und beharrte auf den nationalsozialistischen Weg:

„Der Führer der Frontkämpfervereinigung Croix-de-Feu, die in Paris 200.000 Mitglieder hat, erklärte einem Mitarbeiter des Figaro: um tragische Zusammenstöße zu vermeiden, müssen die Parlamentarier sich endlich der Gefahr der Stunde inne werden und sich vor den allgemeinen Interessen beugen. Die Regierung müsse aber im Bewusstsein ihrer tatsächlichen Autorität folgende unumgänglich notwendigen Maßnahmen ergreifen: Auflösung der kommunistisch-sozialistischen Einheitsfront, energische Aktion gegen die Teuerung, unnachsichtige Sanktionen gegen die Spekulationen, erbitterter Kampf gegen das Doppelverdienerwesen, Beseitigung aller okkulten Einflüsse, Reorganisation und Säuberung der öffentlichen Verwaltung, besonders der Staatspolizei und der sozialen Fürsorge. Erst nach Durchführung dieser Maßnahmen werde es möglich sein, die Verfassung zu reformieren.“ (9. November 1934 – Nr. 309)

Bei der Wiedergabe dieser Äußerungen vom Colonel de la Rocque deutete der Journalist auf die österreichische Lage hin. Die Maßnahmen, die vom Führer der Croix-de-Feu erstrebt waren, entsprachen dem vom Ständestaat eingeschlagenen Weg. Im Februar 1934 wurden nämlich in Österreich die Sozialdemokratie und der Kommunismus in die Illegalität gedrängt. Damit hatte der Ständestaat seine autoritäre Richtung gefestigt.

## **b. Regierung Flandin**

Pierre-Etienne Flandin übernahm die Bildung der neuen Regierung. Alle Minister wurden in der Zeitung namentlich genannt und die bisherigen Funktionen des neuen Ministerpräsidenten wurden aufgezählt, was auf ein großes Interesse in Österreich hinweist. Die damaligen Zeitungsleser sollten die französischen Verantwortungsträger des politischen Lebens kennen lernen. Die Erklärung der neuen Regierung wurde fast vollständig wiedergegeben, aber die Artikel beinhalten wenig Stellungnahme und Kommentare. Dennoch sind der Umfang und die Länge der Artikel wichtige Merkmale des Interesses der Österreicher. Wie die anderen europäischen Länder musste sich Frankreich mit den Problemen des Parlamentarismus auseinandersetzen, das eine Reform brauchte. Aber Flandin bestätigte die Einhaltung der parlamentarischen Linie und die Ablehnung faschistischer oder autoritärer Tendenzen, womit sich Frankreich von Österreich unterschied. Die Regierung betonte, dass sie die Republik „**g e g e n   d i e   R e v o l u t i o n   u n d   d i e   D i k t a t u r   v e r t e i d i g e n** und schnelle unparteiische und volle Gerechtigkeit, streng im Rahmen des Gesetzes walten lassen werde.“ (**9. November 1934 – Nr. 309**) Flandin erschien als Gegner des Faschismus und des Kommunismus. Um diesen Kampf zu gewinnen, schloss er aber die notwendige Reform des parlamentarischen Systems nicht aus: „Die **S t a a t s r e f o r m** sei ein großes und notwendiges Werk, das eine Reform der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit mit sich schließe.“ Die wirtschaftliche Lage zwang Frankreich diese Reformen in die Wege zu leiten, aber es war sich seiner Ressourcen bewusst: „Frankreich habe, so schließt die Erklärung, Hundert Millionen Einwohner

in seinem Reich, das auf wirtschaftlichem Gebiet bis ins Unendliche entwickelt werden könne.“ Dadurch wurde die wirtschaftliche Größe Frankreichs zum Ausdruck gebracht.

### c. Sturz der Regierung Flandin

Dennoch zeichnete sich in Frankreich eine Finanzkrise im Mai 1935, wo die Zeitungsanalyse fortgeführt wurde. Flandin verlangte außerordentliche Vollmachten zur Abwehr einer internationalen Bankoffensive gegen den Franc. Er brauchte sie, um den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen und den Franken entsprechend stützen zu können. Die ungünstige Finanzlage Frankreichs wurde zwar neutral dargestellt, aber Österreich schien doch besorgt zu sein:

„Das Land, dessen Gesundheit auf dem Gebiete der Währung nicht weggeleugnet werden kann, bleibt von dem schlechten Stand seines Budgets verwundbar.“ (27. Mai 1935 – Nr. 146)

Die Lage wurde am 27. Mai 1935 – Nr. 146 klar dargestellt:

„Der Präsident der französischen Republik Lebrun hatte eine Unterredung mit Ministerpräsident Flandin und mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses der Kammer über die politische und finanzielle Lage. [...] Diese Vorlage soll in ihrer gegenwärtigen Fassung der Regierung das Recht einräumen, **b i s z u m 31. D e z e m b e r 1935** durch Notverordnung alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um erstens die Sanierung des Staatshaushaltes, zweitens die Belebung der wirtschaftlichen Aktivität, und drittens die Verteidigung der Währung und des öffentlichen Kredites zu gewährleisten.“

In einem Artikel vom 28. Mai 1935 – Nr. 147 wurde berichtet, wann und unter welchen Umständen solche Vollmachten im politischen Leben Frankreichs verliehen wurden. Eine solche Lösung der Krise fand keine offene Kritik in der Zeitung. Im Gegenteil erschien Österreich eine neue Krise schädlicher für Frankreich als die Folgen der Anerkennung der Vollmachten. Die Budgetsanierung war notwendig, deshalb befürwortete Das Kleine Volksblatt das außerordentliche Notverordnungsrecht:

„Die gewohnte fachliche Einstellung die Überzeugung stärken dürfte, dass sich im gegenwärtigen Augenblick eine Regierungskrise schädlich auswirken könnte.“ (28. Mai 1935 – Nr. 147)

Am **31. Mai 1935 – Nr. 150** erschien S. 3 eine ganze Seite über Frankreich unter dem Titel „Dramatische Stunden im französischen Parlament“. Dieser lange Artikel enthält viele Details über die Sitzung und einen großen Teil der Erklärung von Flandin in direkter Rede. Die wiedergegebene Stimmung weist auf eine starke Abneigung hin:

„Die Sitzung verlief in einer Atmosphäre höchster dramatischer Spannung, wie sie nur ganz wenige Parlamentssitzungen der Nachkriegszeit zeigten. [...] Es herrschte starke Nervosität, [...] die eine für die Regierung nicht gerade günstige Stimmung auslöste.“ **(31. Mai 1935 – Nr. 150)**

Die Schwierigkeiten des parlamentarischen Systems fanden wieder Erwähnung:

„Die Autorität des Parlamentes, sagte [Flandin], um deren Stärkung ich mich seit sieben Monaten bemüht habe, würde aber für immer erschüttert werden, wenn die Kammer dieser Regierung heute die außerordentlichen Vollmachten verweigerte, um sich in drei oder vier Tagen unter dem Druck der Ereignisse einer anderen Regierung einzuräumen.“ **(31. Mai 1935 – Nr. 150)**

Aber die Fraktionsmehrheit sprach sich gegen das Notverordnungsrecht aus, was Das Kleine Volksblatt zu bereuen schien:

„Unter diesen Umständen werden die Aussichten der gegenwärtigen Regierung als sehr stark beeinträchtigt angesehen.“ **(31. Mai 1935 – Nr. 150)**

Außerdem endete der Journalist den Artikel mit einer negativen Stellungnahme:

„Ob seine Bemühungen von Erfolg begleitet sein werden erscheint zur Stunde sehr zweifelhaft.“ **(31. Mai 1935 – Nr. 150)**

Im Artikel über Frankreich vom **1. Juni 1935 – Nr. 151**, der mit „Die Krise in Frankreich“ betitelt wurde, verhüllte Das Kleine Volksblatt seine Kritik an der französischen Regierung nicht. Hier wurden Bericht und Kommentar gemischt. Der Journalist wiederholte die Lage, ließ seine Meinung aber dadurch klingeln. Die kurze Dauer der Regierungen, die eine politische Unstabilität mit sich zog, wurde angeprangert:

„Frankreich hat einen starken Verbrauch an Regierungen. Kein Kabinett der jüngsten Vergangenheit konnte sich länger als etliche Monate behaupten. Fast jede heikle Situation hat einen Regierungswechsel im Gefolge.“ **(1. Juni 1935 – Nr. 151)**

Nicht nur am parlamentarischen System, sondern auch am Egoismus und Opportunismus der französischen Politiker wurde Kritik geübt:

„Die Gründe hierfür sind nicht zuletzt darin zu suchen, dass sich in Frankreich der Parlamentarismus in seiner Reinkultur erhalten hat, der bei jedem Zusammenstoß zwischen Regierung und Kammer diese siegen lässt. Insbesondere dann, wenn irgendwelche Opfer verlangt werden müssen, behalten die Rücksichten auf die Wählerinteressen gegen die Bedachtnahme auf das Gesamtwohl allzu leicht die Oberhand. Gestern Nacht musste dies auch das Kabinett Flandin erfahren.“ (1. Juni 1935 - Nr. 151)

Die außerordentlichen Vollmachten bildeten einen Schritt in die autoritäre Richtung. Der Ständestaat wählte diesen Weg und unterstützte Frankreich, ihn auch einzuschlagen.

„Der französische Staatshaushalt ist bekanntlich schon seit längerer Zeit in Unordnung. [...] Flandin verlangte befristete Vollmachten auf finanzpolitischem Gebiet, um den Staatshaushalt in Ordnung bringen und den Franken entsprechend stützen zu können. [...] Die Kammer, die über ihren Rechten eifersüchtig macht, verweigerte ihm jedoch diese Vollmachten. Ob sie gegen den Nachfolger, als der Kammerpräsident Bouisson ausersehen ist, gleich hart bleibt, wird sich ja bald zeigen. Jedenfalls bildet der französische Regierungswechsel einen neuen Beweis dafür, dass das uneingeschränkte parlamentarische System zur Meisterung schwieriger Situationen nicht geeignet erscheint.“ (1. Juni 1935 - Nr. 151)

Der Meinungsunterschied zwischen Frankreich und Österreich wurde hier deutlich ausgedrückt. Österreich nahm Distanz zu den Ereignissen in Frankreich. Die Wirtschaftskrise erschien als Folge der französischen Politik, Österreich befürwortete deshalb die Entscheidung Frankreichs nicht. Österreich lehnte den Parlamentarismus ab. Ein gesundes politisches und wirtschaftliches Leben könne nur durch eine Verfassungsreform in antiparlamentarischem und korporativem Sinn gesichert werden. Hier wurde Frankreich mit einem abwertenden Ausdruck definiert:

„Welche Folgen ein Währungskrach gerade in diesem klassischen Land der kleinen Rentner haben müsste, lässt sich kaum ermessen. [...] ein Wertverfall des Franken würde sich auch über die Landesgrenzen auswirken.“ (1. Juni 1935 - Nr. 151)

Die Folgen im Ausland zeigten den Grund des Interesses Österreichs an der französischen Politik. Alle europäischen Länder waren voneinander abhängig und eine Krise hatte wichtige Auswirkungen in den Nachbarländern. Im letzten Satz unterstrich der Journalist den Unterschied zwischen den beiden Ländern und schloss eine Lehre für sein Land.

„Uns aber bringen die Vorgänge in Frankreich in Erinnerung, wie wertvoll es ist, dass sich unsere Regierung den Schutz der Währung so angelegen sein lässt.“ (1. Juni 1935 – Nr. 151)

Der Zentrist Flandin wurde am 30. Mai 1935 gestürzt, weil ihm die außerordentlichen Vollmachten verweigert wurden, sowie seinem Nachfolger. Die Regierung unter dem Sozialisten Fernand Bouisson blieb nur vom 1. bis 4. Juni im Amt. Sein Nachfolger Pierre Laval erhielt die Vollmachten, um die Deflationspolitik fortzuführen, die damit den beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung zunichte machte.

#### **d. Regierung Bouisson**

„Mit der Neubildung der Regierung wurde in den Vormittagsstunden der gegenwärtige Kammerpräsident und ehemalige sozialistische Deputierte Fernand Bouisson betraut.“ (1. Juni 1935 – Nr. 151)

Der neue Ministerpräsident wurde zwar mit dem positiven Relativsatz „der sich bei allen Parteien eines großen Ansehens erfreut“ bezeichnet, aber der Journalist bedauerte, dass es sich, trotz der Änderung des Ministerpräsidenten, „nur um ein Kabinett der nationalen Union handeln“ konnte und dass Bouisson die selbe politische Absicht wie sein Vorgänger hatte. Im Artikel vom 2. Juni 1935 – Nr. 152 wurden die Namen aller Minister angegeben. Die Darstellung der neuen Regierung enthielt zwar keine Kritik, aber die knappe, kurze und klare sachliche Feststellung ließ eine negative Haltung durchschimmern:

„Das Kabinett Bouisson ist das 98. der Dritten Republik. Bouisson steht zum ersten Mal an der Spitze eines Kabinetts.“

Am 5. Juni 1935 – Nr. 155 wurde die Frontseite der Zeitung der innenpolitischen Lage Frankreichs gewidmet und abwertend dargestellt, wie der Gebrauch von Modalwörtern „schon wieder“ ausdrückt. Die Schlagzeile lautete:

„Die neue französische Regierung schon wieder gestürzt. Die Regierung Bouisson, die seit Samstag im Amte ist, verlangte in der Kammer sowie ihre Vorgängerin besondere Vollmachten, der Antrag wurde mit 264 zu 262 Stimmen abgelehnt.“

Auf der zweiten Seite erschien dann ein Artikel mit den detaillierten Ereignissen: „Neuerliche Regierungskrise in Frankreich.“ In diesem Bericht war eine kritische Stellungnahme spürbar. Das Adverb „bereits“ und die Angabe der Stundenzahl zeigen das Erstaunen und die Distanznahme der Österreicher:

„Bereits in der ersten Sitzung des französischen Parlamentes wieder gestürzt. [...] Die Regierung Bouisson war eine der kurzlebigsten Regierung, die Frankreich jemals hatte. Ihre Amtsdauer betrug nicht mehr als 90 Stunden.“ (5. Juni 1935 – Nr. 155)

Dennoch wurde die Rede Bouissons neutral wiedergegeben. Die Stimmung im französischen Parlament wurde beschrieben, wobei das Adverb eine Stellungnahme deutlich zeigt:

„Es kam **z u u n g l a u b l i c h e n L ä r m s z e n e n .**“

Außerdem wagte die Zeitung keine Prognose mehr angesichts der Unstabilität in Frankreich zu machen:

„Die Lage ist nun derart verworren, der Sturz der Regierung kam so unerwartet, dass es ausgeschlossen ist, die Möglichkeiten einer neuen Kabinettsbildung vorauszusehen.“ (5. Juni 1935 – Nr. 155)

Der Artikel vom 6. Juni 1935 – Nr. 156 über die Vorgänge in Frankreich ergab ein kritisches Bild des Landes. Im ersten Abschnitt wurde das politische System Frankreichs besonders angeprangert: Die neue französische Regierungskrise bildete nämlich den Anlass zu einem scharfen Angriff des Parlamentarismus und zur Rechtfertigung des von Österreich in politischer Hinsicht eingeschlagenen Weges, wie einige Ausdrücke wie „mit unwiderleglicher Deutlichkeit“ betonen. Der Journalist unterstrich die Schwierigkeiten der Demokratie anhand des französischen Beispiels und erzielte eine Bewusstseinsbildung der Österreicher.

„Die Ereignisse in Frankreich sind sehr lehrreich, da sie die Schwächen des rein parlamentarischen Systems mit unwiderleglicher Deutlichkeit aufzeigen. In einer Situation, in der es um die Währung des Landes geht und in der rasches und energisches Handeln geboten erscheint, kann das

Parteienparlament nicht zur Lösung der Schwierigkeiten beitragen, es vermehrt sie sogar in gefährlicher Weise dadurch, dass sie innerhalb weniger Tage gleich zwei Regierungskrisen heraufbeschwört. Die Währungskrise und die Kabinettskrise werden dadurch freilich auch zu einer Krise des parlamentarischen Systems, das dem Staat nicht mehr zu bieten vermag, als was er zum Leben braucht.“ (6. Juni 1935 - Nr. 156)

Die Österreicher verstärkten sogar die Kritik, indem die Franzosen scheinen, auch an ihrem System zu zweifeln:

„Auch in der französischen Kammer selbst scheint das Gefühl aufgekommen zu sein, dass mit der neuerlichen Verweigerung der Vollmachten für die Regierung ein schwerer Schlag gegen das parlamentarische System selbst geführt wurde.“ (6. Juni 1935 - Nr. 156)

In diesem Artikel wurden die Ereignisse kommentiert und der Journalist nahm Stellung. Er brachte den lächerlichen Charakter der Situation ans Licht. Das Bild Frankreichs wurde sogar direkt dargebracht:

„Immerhin ist es ein recht groteskes Bild, dass eine Regierung in entscheidungsvoller Stunde zurücktreten muss, während es sich die Abgeordneten, die sie zum Sturz brachten, sich anders überlegten. Es kann nicht wundernehmen, dass unter diesen Umständen bei den Kandidaten für den Posten des Regierungschefs wenig Begeisterung besteht, einer Berufung Folge zu leisten. [...] Laval erklärte Journalisten gegenüber, dass er das Votum der Kammer im Interesse der demokratischen Institutionen bedauere.“ (6. Juni 1935 - Nr. 156)

Diese Äußerung Lavals lässt erkennen, dass man auch in Frankreich gegenüber den Schwächen des rein parlamentarischen Systems keineswegs blind war. Dies wurde auch in der Stellungnahme der französischen Presse deutlich, die, mit ganz wenigen Ausnahmen, an der Haltung der Kammer scharfe Kritik übte. Das Kleine Volksblatt rechtfertigte seine Kritik, indem es Meinungen von Franzosen wiedergab, die der Ansicht Österreichs entsprachen:

„Die gemäßigte Presse spricht ihr Bedauern über den neuerlichen Sturz der Regierung aus, klassifiziert ihn als Unfall, der nur durch rasches Handeln wenigstens zum Teil wieder gut gemacht werden könnte. Die Rechtsblätter beschuldigen die Kammer, insbesondere die Radikalsozialisten, die höheren Interessen des Landes zugunsten persönlicher Ambitionen vergessen zu haben.“ (6. Juni 1935 - Nr. 156)

Trotz unterschiedlicher Kritiken, die in französischen Zeitungen standen, endete dieser Artikel mit einer hoffnungsvollen Note, die die Schärfe des Angriffs milderte:

„Solche Stimmen lassen erkennen, dass die Neuorientierung der politischen Auffassungen auch in Frankreich allmählich festen Fuß zu fassen beginnt.“ (6. Juni 1935 – Nr. 156)

Damit wollten die Journalisten zeigen, dass die Franzosen keinen anderen Ausweg aus der Krise sahen, als schnell in einem autoritären Sinne aber im Interesse des Volkes zu handeln.

### **e. Regierung Laval**

Nach einer ersten Verweigerung akzeptierte „doch“ Laval der neue Regierungschef zu sein. Das Adverb „doch“, das in der Überschrift in der Zeitung vom 8. Juni 1935 – Nr. 158 stand, wies auf eine kritische Haltung der politischen Unstabilität gegenüber und auf die Zufriedenheit hin, dass Laval die Regierungsführung übernahm. Die Verhandlungen und die Einigung Lavals mit der Gruppe der Radikalen, deren Haltung bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Kammer entscheidend war, wurden von der Zeitung verfolgt.

„Laval verlangte von der Kammer nur sachlich und zeitlich begrenzte Vollmachten. [...] Da die Radikalen diesem Programm zustimmten und damit eine Aussicht gegeben war, in der Kammer eine Mehrheit zu erlangen, ging Laval an die Regierungsbildung, die sich ohne besondere Reibungen vollzog.“ (8. Juni 1935 – Nr. 158)

Die neue Regierung, deren Mitglieder beim Namen genannt wurden, stützte sich auf die Gruppen der Mitte und der gemäßigten Linke. In diesem Artikel war das Bild Lavals positiv. Der Regierungschef schien sich den Schwächen des Systems bewusst zu sein und bereit, die Lage zu verbessern:

„Laval appellierte mit einer ebenso kurzen wie wirkungsvollen Erklärung an die Kammer, ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland zu erfüllen.“ (8. Juni 1935 – Nr. 158)

### **f. Sturz der Regierung Laval**

Aus innen- und außenpolitischen Gründen schieden die Radikalen im Jänner 1936 unter Protest aus der Regierung Laval aus und zwangen ihn zum Rücktritt. Damit war entschieden, dass

die radikale Partei an der Seite der Sozialisten und Kommunisten in die Wahlen des Jahres 1936 hineingehen würde. Am **20. Jänner 1936 – Nr. 19** war eine neue Regierungskrise in der Zeitung angedeutet:

„Die Radikalen Minister sind entschlossen, gemeinsam mit Herriot zurückzutreten.“

Drei Tage später (am **23. Jänner 1936 – Nr. 22**) wurde der Rücktritt der französischen Regierung offiziell verkündet. Laval überreichte dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission der Regierung. Die Erklärung Lavals wurde in der Zeitung wiedergegeben, aber blieb unkommentiert. Diese neutrale Berichterstattung bildete ein Zeichen der Enttäuschung der Österreicher. Unter dem Titel „Die 100. Regierung“ veranschaulichte der erste Artikel der Zeitung vom **24. Jänner 1936 – Nr. 23** die Verschlechterung des Bildes der Österreicher durch einen kritischen Ton und diente indirekt zur Hervorhebung der positiven Aspekte des österreichischen Systems. Der Ausdruck „Jubiläum eigener Art“ gab den Ton des Artikels an. Österreich distanzierte sich von der französischen Regierungsweise und griff ihre Unbeständigkeit an. Der unvoreilhafte Charakter einer stetigen politischen Krise wurde betont und kritisiert. Die Angabe der Durchschnittslänge einer Regierung erzielte eine Darstellung der Lage und eine Bewusstseinsbildung des Volkes:

„Mit der gegenwärtigen Regierungskrise ist für die französische Republik ein Jubiläum eigener Art verknüpft: Es soll das 100. Kabinett gebildet werden. In 65 Jahren nicht weniger als 100 Regierung. – es ist ein reichlich starker Verbrauch. Ein Kabinett war danach durchschnittlich bloß 7 bis 8 Monate im Amt. Der Stetigkeit der Staatsführung kommt dieser rasche Wechsel jedenfalls nicht zugute. Kaum hat eine Regierung sich eingearbeitet und ihren Kurs festgelegt, muss sie auch schon abtreten. Die Parole „Kein Jahr ohne Regierungskrise“ ist bezeichnend für den Parteienstaat, wie er in Frankreich besteht.“

**(24. Jänner 1936 – Nr. 23)**

Diese Parole diente einer scharfen Kritik an einem von Österreich abgelehnten System und Frankreich erschien als Veranschaulichung der Unrichtigkeit dieses Systems und Unregierbarkeit eines Landes. Dann wurde auch die Korruption des Systems angeprangert: Frankreich erschien nämlich als Beispiel für eine schlechte und unangepasste Regierung, die nicht nachzuahmen war.

Das Parteiensystem wurde als ungeeignet dargestellt und bat ein Bild der Krise und Chaos im Lande. Dabei nützte Österreich die Gelegenheit der französischen Krise, um seine Regierungsweise zu verteidigen und positiv erscheinen zu lassen.

„Dass die Entscheidungen der Parteien bei der formalen Wahldemokratie keineswegs immer nach dem Staatsinteresse getroffen werden, lässt sich auch an der jetzigen französischen Regierungskrise und ihren Nebenerscheinungen hinlänglich zeigen.“ (24. Jänner 1936 – Nr. 23)

Die Österreicher hatten das Bild einer korrupten Elite, deren persönlichen Vorteile weniger wichtig waren, als die Interessen der Bevölkerung. Laval „wurde von den Radikalen gestürzt, weil sie sich im bevorstehenden Wahlkampf eine Erleichterung für ihre Partei versprechen, wenn sie als die Bezwingen Lavals auftreten, der durch die notwendigen Sanierungsmaßnahmen selbstverständlich nicht in allen Volkskreisen bedingungslos beliebt ist. Dass seine Politik sachlich richtig war, dass gerade jetzt Frankreich eine gleichmäßige Führung nötig hätte, bestreitet niemand. Die Stimmzettelgeometrie errechnete aber einen Parteivorteil, dem Laval geopfert werden musste.“ (24. Jänner 1936 – Nr. 23)

In die Zukunft wurde auch mit Unsicherheit und Angst geblickt. Für die Zeitung schien die französische Politik in einem Engpass zu stehen. Die Ablehnung des Amtes wurde als Feigheit und Korruption betrachtet. Kein Politiker traute sich, die Verantwortung zu übernehmen, da er aufgrund des Regierungssystems zum Scheitern verurteilt war. Alle Regierungskombinationen erwiesen sich als unfähig, die Schwierigkeiten zu überwinden und die Schwäche des Systems wurde noch einmal mit der Ankündigung der möglich nächsten Regierung betont:

„Nach altem politischem Brauch soll die Kabinettsbildung übernehmen, wer die frühere Regierung gestürzt hat. Dies entspricht auch einem Grundsatz der Gerechtigkeit: Die siegreiche Opposition soll zeigen, dass sie das Geschäft besser versteht. Nun scheinen aber die Radikalen wenig Lust zu besitzen, selbst die Verantwortung zu tragen. Der Regierungssturz schien ihnen vorteilhaft, in der Wahlzeit aber selbst regieren zu müssen, ist für sie offenbar weniger verlockend. Eine ganze Reihe führender Persönlichkeiten aus dem radikalen Lager hat der Präsident bereits empfangen, um ihnen die Präsidentschaft anzubieten, die lehnten kurzerhand ab.“ (24. Jänner 1936 – Nr. 23)

Schließlich wurde der radikale Senator Albert Sarraut berufen, der sich bereit fand, vorerst mit verschiedenen Parteienvertretern zu sprechen. Vom Ergebnis dieser Unterhandlungen machte er seine endgültige Antwort abhängig. Dieses neue Kabinett wurde auch kritisiert und die Sinnlosigkeit, eine ähnliche Regierung zu bilden, die Misserfolg auch kennen wird, hervorgehoben:

„Inzwischen hat man in Frankreich das Schlagwort für die kommende Regierung gefunden: Kabinett Laval ohne Laval. Damit soll angedeutet werden, dass sich für die neue Regierung in der Kammer kaum eine wesentlich andere Basis werde finden lassen, als sie das scheidende Kabinett besaß. Im Übrigen sind starke Kräfte am Werk, um Laval in der neuen Regierung den Posten des Außenministers zu erhalten, da gerade in der Außenpolitik jetzt ein Personen- oder Kurswechsel nicht angezeigt erscheint.“ (24. Jänner 1936 – Nr. 23)

### **g. Regierung Sarraut**

Bis zu den Wahlen (vom 24. Jänner bis zum 4. Juni 1936) führte der Radikal Albert Sarraut ein Übergangskabinett, das von den Sozialisten stillschweigend geduldet wurde, während die Kommunisten sich der Stimme enthielten und die Rechte sich nicht mehr an der Regierungsbildung beteiligte. Am 25. Jänner 1936 – Nr. 24 schien die neue französische Regierung wiederum vor Schwierigkeiten zu stehen, Das Kleine Volksblatt verurteilte die lange Dauer der Regierungsbildung mit dem Wort „erst“:

„Die Verhandlungen, die der Radikale Albert Sarraut führte, um eine Regierung unter seiner Führung zu bilden, gestalteten sich recht schwierig. Erst gestern Nachmittag konnte der neue Ministerpräsident dem Präsidenten der Republik sein Kabinett vorstellen.“ (25. Jänner 1936 – Nr. 24)

Der Journalist listete dann alle Regierungsmitglieder und ihre Parteiangehörigkeit auf. Der Außenminister Flandin wurde dennoch als „politisch markante Persönlichkeit“ und „gewiegter und erfahrener Kenner der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Mitteleuropa“ in einem Kommentar vom Kleinen Volksblatt bezeichnet.

„Ministerpräsident Sarraut erklärte den Journalisten, sein Kabinett sei eine Regierung der republikanischen Aussöhnung, die sich die

Aufrechterhaltung gesunder Finanzen, der Ordnung und der Sicherheit des Landes zur Aufgabe setze.“ (25. Jänner 1936 – Nr. 24)

Mit dieser neuen Regierung kannte also Frankreich keine grundlegende Änderung. Die Themen der nächsten Regierung blieben tatsächlich unverändert wie der Artikel vom 28. Jänner 1936 – Nr. 27 es auch ankündigte. Das Ziel Sarrauts war die Ordnung zu sichern und sein Vertrauen zur Republik und zum Völkerbund zu wiederholen, aber keine wesentlich neuen Maßnahmen zur Änderung der Lage zu treffen:

„Nach Meldungen aus Paris wird Sarraut in der Regierungserklärung vor allem auf folgende Problem eingehen: Verteidigung des Friedens, der republikanischen Staatsform und der Währung; Durchführung eines Planes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Bei dem Punkte „Verteidigung des Friedens“ wird Sarraut mit Nachdruck die Treue Frankreichs zum Völkerbund und zu den Grundsätzen der kollektiven Sicherheit beteuern. Zum Schluss wird in der Erklärung betont werden, dass das Kabinett Sarraut seine Hauptaufgabe darin sehe, die Kammerwahlen in Ruhe und Ordnung durchzuführen.“ (28. Jänner 1936 – Nr. 27)

Aber Österreich zeigte ein Interesse an der französischen Politik, wie der Beginn des Artikels vom 31. Jänner 1936 – Nr. 30 es veranschaulichte:

„Unter dem üblichen starken Andrang der französischen und der ausländischen Pressevertreter sowie des Publikums begann die Kammersitzung [...] in der sich die Regierung Sarraut dem Parlament vorstellte.“ (31. Jänner 1936 – Nr. 30)

In der Folge des Artikels wurden die Reaktionen der Parlamentarier angegeben:

„Angesichts der Umstände, unter denen der Sturz des Kabinetts und die Bildung der neuen Regierung erfolgt waren, war es nicht überraschend, dass die gesamte Mitte und Rechte die Gesamterklärung ziemlich kühl aufnahm. Die Linke dagegen gab bei den Stellen ihrem Beifall Ausdruck, in denen die Regierung die Treue Frankreichs zum Völkerbund und ihren Willen, die Ordnung im Innern aufrechtzuerhalten, bekräftigte. Zum Schluss ertete der Ministerpräsident lediglich auf der Linken Zustimmung, während selbst auf den Banken der Radikalen einige Zurückhaltung zu beobachten war.“ (31. Jänner 1936 – Nr. 30)

Ein innerpolitisches Ereignis nahm viel Platz in der Zeitung ein, aber wurde nicht kommentiert: Léon Blum wurde bei einem Zusammenstoß mit faschistischen Demonstranten Mitte Februar 1936 schwer

verletzt, was zum Verbot der Liga der „Action française“ führte. Am **14. Februar 1936 – Nr. 44** wurden viele Details über die Zustände des Überfalls auf den Sozialistenführer und seiner Verletzung angegeben.

„Léon Blum wurde in Paris von einer Gruppe junger Nationalisten erkannt, die sich auf ihn stürzten und ihn mit Faustschlägen und Fußstritten bearbeiteten.“ **(14. Februar 1936 – Nr. 44)**

Das französische Parlament verurteilte den Angriff auf Léon Blum und der Ministerpräsident Sarraut kündigte scharfe Maßnahmen an, um dem politischen Terror entgegenzutreten.

„Ein Ministerrat werde in allernächster Zeit einberufen werden, um die Auflösung gewisser politischer Gruppen zu erörtern. [...] In politischen Kreisen befürchtet man, dass dieses Attentat das Zeichen zu leidenschaftlichen Wahlkämpfen sein könnte. Die Auflösung mehrerer Verbände folgte dem Attentat auf Léon Blum.“ **(14. Februar 1936 – Nr. 44)**

Es handelte sich um eine Verordnung, durch die die Regierung über die Auflösung der Liga der royalistischen Action Française, der Vereinigung der Camelots du Roi und der Vereinigung der royalistischen Studentenschaft verfügte. Diese Maßnahme bedeutete einen Schritt gegen die Meinungsfreiheit aber für die Sicherung der Ordnung und des Systems. Ab dem **15. Februar 1936 – Nr. 45** wurden vorgenommene Hausdurchsuchungen und Auseinandersetzungen junger Royalisten mit der Polizei und einer Gruppe der antifaschistischen Volksfront mit der Action Française berichtet. Folglich veranstaltete die Volksfront eine Protestkundgebung, die vor dem Hause des Sozialistenführers Léon Blum abgehalten werden sollte, dennoch fand sie keinen Widerhall in der Zeitung. Dass die verschiedenen Ministerpräsidenten per Notverordnung regierten veranschaulichte die Unfähigkeit des Parlamentarismus, Lösungen zur Beseitigung der Krise zu finden. Es war ein Mittel der Demokratie, um weiter bestehen zu können. Es zeigt aber eine Ähnlichkeit mit den autoritären Systemen, die sich mit der Meinung des Volkes nicht beschäftigen. Aber die Unstabilität der Regierungen ist ein Zeichen dafür, dass die Parlamentarier ihre Rechte doch behalten wollten. Dennoch hinderte die Unstabilität, langfristige Maßnahmen zur Beherrschung der Lage zu treffen,

und lähmte die Exekutive. Aber diese Situation erklärt sich zum Teil mit der Außenpolitik des Landes.

### **3. Außenpolitik 1934-1935**

#### **A. Römische Protokolle**

Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg setzte zunächst die Außenpolitik seines erschossenen Amtsvorgängers Dollfuss fort. Österreich geriet in einen harten Konfliktkurs zu Deutschland. Es näherte sich aus innen- und außenpolitischen Gründen dem faschistischen Italien an. Am 27. März 1934 wurden die Römischen Protokolle in Rom unterzeichnet: Österreich, Italien und Ungarn wollten politisch und wirtschaftlich zusammen arbeiten und die Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit wurde zum Ziel erklärt. Schuschnigg traf Mussolini am 21. August 1934 wieder und damit wurde die „völlige Übereinstimmung Italiens und Österreichs hinsichtlich der Richtlinien und Wege zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Österreichs“ noch einmal hervorgehoben. Dieser italienische Kurs der österreichischen Außenpolitik funktionierte, solange Italien mit Frankreich und England in der Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit übereinstimmten, was im September 1934 in einer gemeinsamen Deklaration Englands, Frankreichs und Italiens bestätigt wurde. Auch die in jene Zeit fallende Annäherung zwischen Italien und Frankreich stärkte die österreichische Position und garantierte gute Kontakte zwischen Frankreich und Österreich. Dennoch beinhaltete die Zeitung die Reaktion Frankreichs angesichts dieser Römer-Protokolle nicht, und von daher konnte das Bild Frankreichs in der Zeitung nicht betrachtet werden.

#### **B. Staatsbesuche**

In den Zeitungen befanden sich mehrere Artikel über die Staatsbesuche Frankreichs, was eine deutliche Aufmerksamkeit der Österreicher zum Ausdruck bringt. Am **26. Juni 1934 – Nr. 173**

veranschaulichte der Besuch des Wiener Bürgermeisters in Paris sehr gute Kontakte zwischen Frankreich und Österreich, zumal diese Zusammenkunft „dem Gedankenaustausch über die internationale Politik und politische Reformpläne dient[e].“ Jedoch wurden nur der Empfang und die Besichtigung des Rathauses berichtet, aber ein Kontroverspunkt wurde nicht erwähnt. Im Juli 1934 fand ein Staatsbesuch des französischen Außenministers Barthou in London statt.

„Barthou erklärte bei seiner Ankunft, er sei nur zu einem Höflichkeitsbesuch nach London gekommen. [...] Eine Mitteilung wurde ausgegeben, in der auf den ganz besonders freundschaftlichen Charakter der Unterredungen hingewiesen wird, in denen Fragen von gemeinsamen Interessen für die beiden Länder in Europa erörtert worden seien.“ **(10. Juli 1934 – Nr. 187)**

Am **11. Juli 1934 – Nr. 188** erschien S. 2 ein langer Artikel über diesen Besuch und den Inhalt der Diskussionen. Obwohl Österreich nicht beteiligt war, interessierte sich das Land für die Beziehungen der Kleinen Entente.

„Die freundschaftlichen englisch-französischen Besprechungen [...] gestatteten den beiden Regierungen, die gegenseitigen Anschauungen über die zur Diskussion stehenden Fragen zu würdigen. Diese Fragen erstreckten sich auf die französischen Vorschläge über zusätzliche Maßnahmen für die gegenseitige Sicherheit in Osteuropa, über die Zukunft der Abrüstungskonferenz und auf die Vorbereitung der Flottenkonferenz im Jahre 1935 [...] wie die Pariser und Londoner Zeitungen melden.“ **(11. Juli 1934 – Nr. 188)**

Am **4. Februar 1936 – Nr. 34** traf der österreichische Fürst Starhemberg den Außenminister Flandin in Paris bei einem privaten Aufenthalt, was gute persönliche Kontakte zeigte:

„In maßgebenden Kreisen wird der private Charakter des Aufenthaltes des Vizekanzlers in der französischen Hauptstadt betont.“ **(4. Februar 1936 – Nr. 34)**

Von diesem Treffen stand auch ein großes Foto im Kleinen Volksblatt vom **7. Februar 1936 – Nr. 37** (S. 8), wo der Vizekanzler Starhemberg mit Flandin dargestellt wurde. Zwar war das Bild sehr offiziell, aber beide Persönlichkeiten lächelten und sahen zufrieden aus. Dieses Foto veranschaulichte ein sehr nahes und freundschaftliches Verhältnis.

## C. Wirtschaftsbeziehungen

Mehrere Artikel weisen auf ein nahes Verhältnis zwischen Österreich und Frankreich auf dem wirtschaftlichen Gebiet hin: Am **8. November 1934 – Nr. 308** erschien ein Artikel, dessen Titel die Freundschaft zwischen den beiden Ländern veranschaulicht: „Das französisch-österreichische Wirtschaftsabkommen ist perfekt.“

„Die französisch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen, die seit einigen Tagen in Paris geführt werden, haben zu einem Übereinkommen geführt.“ **(8. November 1934 – Nr. 308)**

Darüber hinaus fand eine österreichische kommerzielle Ausstellung in Paris statt, die die Aufgabe hatte, all jene Artikel, die in den wirtschaftlichen Verträge zwischen Österreich und Frankreich verankert waren, zur Schau zur Schau zu stellen. Diese Ausstellung wurde von den Österreichern sowie den Franzosen als einen Erfolg betrachtet.

„Für diese Ausstellungen zeigt sich bereits [...] in Frankreich größtes Interesse.“ **(9. April 1935 – Nr. 99)**

Dieser Satz erwähnt unmittelbar Respekt und Interesse dem anderen Land gegenüber und zeigt die Überzeugung und Notwendigkeit der Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe. Schließlich am **21. Mai 1935 – Nr. 140** berichtet ein Artikel über das sehr positive und fruchtbare Treffen in Paris zwischen dem österreichischen Bundesminister für Handel und Verkehr Stockinger, dem Präsidenten der Republik Lebrun und dem französischen Ministerpräsident Flandin.

„Die Unterredung bot Gelegenheit zu einem eingehenden politischen Meinungsaustausch. Andererseits hatte Bundesminister Stockinger eine lange Aussprache mit dem Chef der wirtschaftspolitischen Sektion des Auswärtigen Amtes, Gesandten Coulondre, in der besonders die schwebenden handels- und wirtschaftspolitischen Fragen zur Erörterung gelangten. [...] Nachmittags eröffnete Minister Stockinger die erste österreichische Handels- und Wirtschaftsausstellung in Paris.“ **(21. Mai 1935 – Nr. 140)**

## D. Volkabstimmung über das Saarland

Im Oktober 1934 unter Doumergue wurde Barthou von Laval im Quai d'Orsay abgelöst. Laval blieb Außenminister in der Regierung Flandin und in seiner eigenen Regierung. Also war er 15 Monate (bis Jänner 1936) für die Außenpolitik Frankreichs verantwortlich und spielte eine bedeutende Rolle in den europäischen Beziehungen. Ein zentrales und wirkungsvolles Ereignis für Europa war die Volksabstimmung im Saarland. Sie lenkte die Aufmerksamkeit aller Nationen auf sich und fand in der Zeitung großen Widerhall:

„Kein anderes Datum der großen Politik hat in den letzten Wochen und Monaten das Interesse der Welt so sehr beschäftigt wie der 13. Jänner, der Tag der Abstimmung im Saargebiet.“<sup>1</sup>

Ein Foto von einer kranken Frau, die zur Urne geführt wurde, stand auf der Frontseite vom **15. Jänner 1935 – Nr. 15** unter einem Titel, der die Bedeutung des Ereignisses betonte: „Vom großen Tag im Saargebiet.“ Was das Saarland betrifft, wurde die Meinung Österreichs klar zum Ausdruck gebracht:

„Deutsches Land, deutsches Volk, das in Einheit beisammen war, das trotz allem wieder zur Einheit finden wird.“ **(13. Jänner 1935 – Nr. 13)**  
„Dieses rein deutsche Gebiet, das immer mit dem Reich verbunden war.“  
**(15. Jänner 1935 – Nr. 15)**

Am 13. Jänner 1935 wurde die Volksbefragung über das Saarland abgehalten. Laval erklärte sich an diesem Gebiet uninteressiert. 90% der Bevölkerung entschied sich, Deutschland zuzugehören. Als Gegenleistung erhielt Frankreich 900 Millionen Francs. Das Resultat der Volksabstimmung überraschte aber die Österreicher nicht, wie der Ausdruck „an Gewissheit grenzende Wahrscheinlichkeit“ klarstellt. Österreich war vom rein deutschen Charakter des Saargebietes überzeugt:

„Die Bewohner des Saargebietes sind nach Abstammung, Sprache und Geschichte rein deutsch.“ **(15. Jänner 1935 – Nr. 15)**

---

<sup>1</sup> aus einem Vortrag vom Bundeskommissär für Heimatdienst Generalsekretär Walter Adam im Wiener Rundfunk am 15. Jänner 1935, der am **16. Jänner 1935 – Nr. 16** im Kleinen Volksblatt erschien.

Außerdem wurde das Ergebnis als „eine gute Entscheidung“ bezeichnet und Gründe wurden angegeben: Der Artikel vom **16. Jänner 1935 – Nr. 16** drückte deutlich aus, dass das Saarland deutsch war.

„Die an Gewissheit grenzende Wahrscheinlichkeit, dass eine große Mehrheit der Saarbevölkerung für Deutschland optieren werde, hatte ihre ethnologische und geschichtliche Begründung.“ **(16. Jänner 1935 – Nr. 16)**

Die Reinheit des Deutschtums dieser Region wurde betont und als sehr positiv betrachtet:

„Selbst der Einschlag fremder Kultur, der in den meisten Ländern zu beobachten ist, kommt im Saargebiet fast gar nicht zur Geltung, weil die Sprachgrenze gegen Westen ein Stück über die Gebietsgrenze hinausreicht.“ **(16. Jänner 1935 – Nr. 16)**

Die Österreicher zeigten sich zufrieden, dass die Franzosen den Versailler Vertrag wieder in Frage stellten, weil das Saarland politisch Frankreich angehörte, aber weder kulturell noch geschichtlich.

Es handelte sich um eine willkürliche und zeitbegrenzte Entscheidung.

„Die Gebietshoheit über die verschiedenen Landschaften des Saargebiets, das früher nie einen einheitlichen Staat aber nur eine einheitliche Provinz gebildet hatte, übten durch ein Jahrtausend mit geringen Unterbrechungen deutsche Fürsten aus. Die letzte Grenzziehung, wie sie bis zum Jahre 1919 bestand, erfolgte am Ausgang der napoleonischen Epoche, im zweiten Pariser Frieden. Das Saargebiet hat also nie ein politisches Eigenleben erlebt, der Ausdruck „Saargebiet“, wie er auch schon vor dem Krieg gebraucht wurde, bezeichnete kein scharfes abgegrenztes Land, sondern nur ganz allgemein eine Industriezone. Der staatsrechtliche Übergangszustand, den der Versailler Vertrag für fünfzehn Jahre geschaffen hatte, änderte nichts an der nationalen Struktur der Bevölkerung. Bei der letzten Volkszählung vor dem Krieg hatten nur fünf pro mille der Bevölkerung die französische Sprache als ihre Muttersprache angegeben.“ **(16. Jänner 1935 – Nr. 16)**

Das Ergebnis wurde in Österreich mit Freude erfahren:

„Wir freuen uns über die Erfüllung eines nationalen Wunsches.“ **(16. Jänner 1935 – Nr. 16)**

Das Resultat entsprach einem Erfolg für Europa. Dennoch aus historischer Sicht erwies sich diese Stellungnahme als falsch. Der positive Ausgang der Saarabstimmung bedeutete einen ersten Sieg für Hitler und einen weiteren Schritt zur Macht unter dem Anschein der Verständigung der Völker und

des Friedenswillens. Aber mit der Volksabstimmung wurde der Friede nicht gesichert, sondern in Frage gestellt, obwohl dies nicht eingesehen wurde.

„Wir dürfen das Abstimmungsergebnis nicht nur als deutsche Österreicher, sondern müssen es auch als gute Europäer sehen. [...] Entscheidend ist vom europäischen Standpunkte die Erwägung, dass das Saargebiet in seinem bisherigen staatrechtlichen Verhältnis einen Herd der Beunruhigung und des Unfriedens in Europa und ein Zentrum der Spannungen zwischen dem deutschen und dem französischen Volke gebildet hat und auch weiterhin gebildet hätte, wenn die Abstimmung **g e g e n** Deutschland ausgefallen wäre. So aber ist eines der vielen Hindernisse auf dem Wege zu einer besseren europäischen Ordnung beseitigt. Nationales Denken so wie wir es verstehen und europäisches Denken begegnen sich in der Überzeugung, dass an der Saar eine gute Entscheidung gefallen ist.“ (16. Jänner 1935 – Nr. 16)

Jedoch distanzierten sich die Österreicher vom unchristlichen Deutschland. Die feindliche Einstellung der Deutschen der Kirche gegenüber war ein Anlass zur Sorge:

„Die Kulturpolitik der Nationalsozialisten, das Hervorkehren eines christusfeindlichen Neuheidentums, die feindselige Haltung gegen die Kirche, die Unterdrückung der katholischen Organisationen und die Knebelung der katholischen Presse bildeten wohl kaum einen Anreiz für die saarländischen Katholiken, für Deutschland zu stimmen.“ (14. Jänner 1935 – Nr. 14)

In einem zweiten Artikel (16. Jänner 1935 – Nr. 16) über das „Echo in der Welt“ wurde die Reaktion der Franzosen untersucht: Flandin erkannte offiziell den Ausgang der Volksabstimmung an, vertraute weiterhin auf den Völkerbund und wiederholte seinen Wunsch nach friedlicher Lösung der Streitigkeiten und Zusammenarbeit mit den deutschen Nachbarn, was seine politische Linie kennzeichnete.

„Kein Franzose habe gedacht das Ergebnis anzufechten.“ (16. Jänner 1935 – Nr. 16)

Diese Anerkennung seitens Frankreichs entsprach einer Übereinstimmung mit Österreich. Sie glaubten, einen Schritt für den Frieden getan zu haben. Der französische Ministerpräsident erhoffte, dass alle zu Erregung Anlass gebenden Fragen zwischen Frankreich und Deutschland unter der

Ägide des Völkerbundes leichter gelöst werden. Ministerpräsident Flandin schloss seine Erklärung mit folgenden Worten:

„Ich bin sicher, dass die sehr große Mehrheit des französischen Volkes den Wunsch hegt, dass die französisch-deutschen Beziehungen sich fortschreitend bessern, um zu einer Zusammenarbeit am europäischen Frieden zu gelangen.“ **(16. Jänner 1935 – Nr. 16)**

Der positive Ausgang der Saarabstimmung verbesserte die außenpolitische Situation Hitlers beträchtlich. Österreich und Deutschland beteuerten eine friedliebende Haltung und das Zusammenwachsen der beiden Länder auf evolutionärem Weg unter Ausschaltung der Gewalt. Dennoch wurden mögliche Terrorakte in Frankreich erwähnt. Aber die Informationen wurden in diesem Artikel **(18. Jänner 1935 – Nr. 18)** nicht geprüft und sichergestellt, es schwebte noch ein Zweifel. Das Kleine Volksblatt nahm weder Stellung für die Behauptungen der Franzosen, noch der Deutschen.

„Französische Meldungen über Terrorakte. [...] Wenn auch nicht alle Gerüchte auf der Wahrheit beruhen, so haben sich doch zweifellos bereits Terrorakte ereignet. [...] Das deutsche Nachrichtenbüro dementiert die Berichte französischer Blätter aus dem Saargebiet.“ **(18. Jänner 1935 – Nr. 18)**

Dennoch protestierte Frankreich nicht, zumal Großbritannien weiterhin die Kompromissbereitschaft befürwortete. Laval versteckte nie seine Bereitschaft mit Mussolini zusammenzuarbeiten. Im Jänner 1935 fuhr er nach Rom, um ein Abkommen zu unterzeichnen, das die Unabhängigkeit Österreichs garantierte. Der Generalstab begann Verhandlungen im Hinblick auf eine militärische Zusammenarbeit im Falle einer notwendigen Verteidigung Österreichs.

## **E. Stresa**

Am 11. April 1935 wurde das Stresa-Abkommen unterzeichnet: Engländer, Franzosen und Italiener protestierten gegen das nationalsozialistische Deutschland und wiederholten ihre Unterstützung des Locarnovertrags. Die Konferenz von Stresa wurde in der Zeitung sehr detailliert

dargestellt, besonders weil die anwesenden Länder zur Frage der österreichischen Unabhängigkeit Stellung nahmen:

„Wie man hierzu erfährt sind die Aussichten für eine Einigung zwischen Italien und der Kleinen Entente sehr günstig, und da man die energische Einstellung Mussolinis zur Aufrechterhaltung des Status quo in Mitteleuropa anerkennt, ist man hinsichtlich der Ereignisse der Konferenz von Stresa in diesem Punkte in Paris sehr optimistisch.“ **(11. April 1935 – Nr. 101)**

Am **15. April 1935 – Nr. 105** wurde die gemeinsame Auffassung der Erklärung zur Verlesung gegeben: Frankreich, England und Italien versicherten die Unterstützung der Unabhängigkeit Österreichs und bekräftigten, „keine Einmischung von außen her in die österreichischen Angelegenheiten zu dulden.“ **(15. April 1935 – Nr. 105)**

„Die Vertreter der drei Regierungen [...] haben festgestellt, dass die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Österreichs weiterhin ihre gemeinsame Politik beherrschen wird.“ **(15. April 1935 – Nr. 105)**

Die drei Länder empfahlen die Zusammenarbeit der Regierungen. Diese positive Entwicklung der europäischen Beziehungen wurde aber von der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland am 16. März 1935 gebremst. Die betrachtete Lage in Deutschland wurde leicht kritisiert:

„Die Vertreter der drei Regierungen haben mit Bedauern festgestellt, dass diese Methode [...] das Vertrauen der öffentlichen Meinung in die Festigkeit einer friedlichen Ordnung schwer erschüttert hat.“ **(15. April 1935 – Nr. 105)**

Die Österreicher zeigten sich zufrieden mit der Stellungnahme Frankreichs und dem Ausgang der Konferenz. Im Artikel erschien sogar eine deutliche Spur von Optimismus für die Zukunft, da sie sich unterstützt und nicht isoliert fühlten. Am **16. April 1935 – Nr. 106** erschien ein langer Artikel mit einem Kommentar von Stresa „Wir und Stresa“. Die Klarheit der Entscheidung fiel auf und das Abkommen wurde freundlich aufgenommen:

„Die drei Großmächte haben neuerdings und mit einer nicht mehr zu überbietenden Deutlichkeit erklärt, dass die Unabhängigkeit und Unberührbarkeit Österreichs einen Angelpunkt ihrer Politik darstelle.

Nach der Resolution von Stresa, kann sich niemand mehr darüber im Unklaren sein, dass er die Gegnerschaft der ganzen zivilisierten Welt herausfordern würde, wollte er gegen die Unabhängigkeit Österreichs verstoßen.“ (16. April 1935 – Nr. 106)

Österreich sah von den guten und friedlichen Absichten der anderen europäischen Länder überzeugt aus:

„Mussolini, die treibende Kraft der Bestrebungen, in Mitteleuropa einen Hort der Sicherheit zu begründen. Italien und Frankreich werden die Tagung als mitunterzeichnende und unmittelbar interessierte Großmächte sozusagen unter ihre Patronanz nehmen. Österreich und Ungarn sollen als Staaten, die mit Italien in besonderen Freundschaftsverträgen verbunden sind, ebenso eingeladen werden, wie die Staaten der Kleinen Entente, zwischen denen und Italien heute Frankreich das Bindeglied bildet, dessen Außenpolitik mit der italienischen völlig parallel läuft.“ (16. April 1935 – Nr. 106)

Außerdem beurteilten die Österreicher den historischen Schritt Frankreichs, die Friedensverträge zum Teil in Frage zu stellen, sehr positiv und waren den Franzosen dafür dankbar.

„Noch in einer anderen Hinsicht ist das Protokoll von Stresa für uns ein historisches Dokument. Zum ersten Male taucht in einer offiziellen Kundgebung der Siegermächte das Wort von der Revision der Friedensverträge auf. Dass es sich in diesem Passus findet, der sich mit der militärischen Gleichberechtigung Österreichs beschäftigt, darf gewiss als ein Vorzeichen gewertet werden, dass der Wunsch des österreichischen Volkes nach einem gefunden Wehrsystem seiner Erfüllung entgegen geht.“ (16. April 1935 – Nr. 106)

Angesichts der Bedeutung für die Zukunft Österreichs und Europas erhielt diese Konferenz Platz im Radio, und am Ostermontag, den 22. April 1935 wurden Äußerungen vom französischen Ministerpräsident Flandin und vom französischen Außenminister Laval auf Tonfilm ausgesendet. Am Ende des Artikels vom 16. April 1935 – Nr. 106 wurden Spannungen in Abessinien angeschnitten, aber da auf der Konferenz von Stresa keine Übereinstimmung über dieses Problem bestand, „beschloss der Rat [des Völkerbundes] einstimmig, gegenwärtig auf die weitere Behandlung des abessinisch-italienischen Konfliktes zu verzichten. Überraschenderweise wurde sodann die Ratssitzung beendet, ohne dass die französische Note behandelt worden oder das Verfahren in dieser Angelegenheit

festgesetzt worden wäre. Die Tatsache bestätigt die Vermutung, dass trotz der grundsätzlichen Einigung der drei Großmächte auf der Konferenz von Stresa zwischen diesen und mehreren anderen Ratsmitgliedern keine Übereinstimmung in der Frage des Ratsverfahrens erzielt werden konnte.“ Trotz der sehr positiven Ergebnisse dieser Konferenz für Österreich und der angeblichen Übereinstimmung zwischen Italien, Frankreich und Großbritannien, klangen hier schon Meinungsunterschiede durch, die nicht ins Auge gefasst, sondern verschoben wurden und tragische Folgen mit sich zogen.

## **F. Abessinienkrieg**

Am 2. Oktober 1935 – Nr. 274 begann Mussolini seinen Feldzug gegen Abessinien. An diesem Tag stellte der Journalist fest, dass „das Kriegsfieber in Abessinien ständig im Wachsen“ war und dass „eine starke Beunruhigung in Ägypten bemerkbar“ wurde. Das Kleine Volksblatt vom 3. Oktober 1935 – Nr. 275 kündigte den Beginn des „italienischen Vormarsches“ an. Mussolini stürzte sich mit diesem Krieg in einen Konflikt mit dem Völkerbund, der wegen des Friedensbruches wirtschaftliche Sanktionen über Italien zu verhängen überlegte. Dennoch bestritt Mussolini, dass Frankreich genug Selbstvertrauen und Autorität hätte, um die von Italien entgegengesetzte Haltung einzunehmen. Ein Auszug aus der Rede von Mussolini wurde in der Zeitung wiedergegeben:

„Im Völkerbund, anstatt den direkten Anspruch Italiens anzuerkennen, wagte man, von Sanktionen zu reden. Jetzt noch, bis zum Beweis des Gegenteiles, weigere ich mich zu glauben, dass das wahre Volk Frankreichs sich Sanktionen gegen Italien anschließen könnte.“ (3. Oktober 1935 – Nr. 275)

Der Satz Mussolinis über die Haltung seines Landes weist auf Spannungen hin, denn Italien würde sich nicht weigern, rasch und klar zu reagieren:

„Auf Sanktionen von wirtschaftlichem Charakter werden wir mit unserer Disziplin mit unserem Maßhalten, mit unserem Opfermut antworten. Auf Maßnahmen militärischen Charakters werden wir mit Maßnahmen militärischen Charakters, auf Kriegshandlungen mit Kriegshandlungen.“ (3. Oktober 1935 – Nr. 275)

Österreich geriet also in eine schwierige Stellung. Am **10. Oktober 1935 – Nr. 282** beurteilte die Zeitung die Situation Österreichs als eine „außerordentlich heikle Lage“, die der Journalist am folgenden Tag darstellte:

„Durch die Sanktionsdebatte in Genf wurde Österreich in eine recht heikle Situation gebracht. Auf der einen Seite steht die Treue Österreichs zum Völkerbund, auf der anderen die bewahrte Freundschaft Italiens.“ **(10. Oktober 1935 – Nr. 282)**

Einerseits war es durch die Protokolle von Rom eng an Italien verknüpft, auf der anderen Seite musste als Mitglied des Völkerbundes gebührend Rücksicht auf Genf und die dort den Ton angehenden Westmächte nehmen. In einem Artikel über „Österreichs Stellungnahme in Genf“ (**10. Oktober 1935 – Nr. 282**) wurde „die treue Anhänglichkeit Österreichs an die Idee des Völkerbundes bekräftigt.“ Dennoch wurde seine Verbundenheit und Freundschaft zu Italien noch ausführlicher dargestellt und wiederholt:

„Gegen unseren Nachbarn und sicheren Freund, dem wir gegen diesen schweren Umständen die lebhafteste Sympathie unseres Landes entgegenbringen. [...] Österreich wird seine Freundschaft nicht preisgeben. Zwischen Österreich und Italien bestehen enge Freundschaftsbande.“ **(10. Oktober 1935 – Nr. 282)**

Diese Erklärungen galten als Rechtfertigung für die Entscheidung Österreichs, das „sich nicht in der Lage fühlt[e], sich jenen Schlussfolgerungen anzuschließen, zu denen andere Mitgliedstaaten des Völkerbundes gelangt“ waren.

„Es wäre als schwächlich gewesen, hätte Österreich nicht seine besondere Verpflichtung gegenüber dem südlichen Nachbar entsprechend zur Geltung gebracht. Auch in Frankreich hat die Haltung Österreichs nachdrückliche Zustimmung gefunden.“ **(11. Oktober 1935 – Nr. 283)**

Im Artikel vom **4. Oktober 1935 – Nr. 276** stellte sich auch Österreich eher auf die Seite Italiens, wie die Ausdrücke „wohl verstehen“ oder „zu Gute halten“ veranschaulichen, und rechtfertigte die Politik Mussolinis. Damit entfernte sich Österreich von Frankreich und Großbritannien. Österreich kritisierte die Entscheidung der Kleinen Entente nach dem Ersten Weltkrieg:

„Die Spannung, mit der die Welt die Entwicklung des abessinisch-italienischen Konfliktes verfolgt, hat ihren Höhepunkt erreicht. [...]

Heute drängt sich die bange Frage auf, ob das Schicksal Europas vor einer Entscheidung steht. Wenn man sich auf den Kern des Problems beschränkt, dann kann man den Standpunkt Italiens, wie ihn erst gestern Mussolini dargelegt hat, wohl verstehen. Italien ist bei der neuen Verteilung der Welt im Jahre 1918 etwas zu kurz gekommen. Man hat es immer wieder vertröstet, sooft die Kolonialfrage zur Debatte stand. Als es nunmehr, durch das ständige Wachstum seiner Bevölkerung gezwungen, die Wechsel dort einlösen wollte, wo noch unerschlossenes Land zu holen ist, machte man ihm Schwierigkeiten. [...] Man hatte dabei übersehen, dass Italien von einem gehobenen Nationalgefühl getragen ist.“ **(4. Oktober 1935 – Nr. 276)**

Österreich befürwortete das Verständnis der italienischen Haltung und erklärte es geschichtlich.

„Man muss es zu Gute halten, dass er in seiner gestrigen Rede eine Türe offen ließ, durch die ein Ausweg gefunden werden könnte, ohne zu unheilvollen Verwicklungen zu führen. Die Sätze, dass Italien wirtschaftliche Maßnahmen mit Opfermut ertragen werde, könnten der Angelpunkt einer Lösung sein, die Standpunkte [von Genf und von Italien] ohne Verletzung des einen oder des anderen Teiles Rechnung zu tragen.“ **(4. Oktober 1935 – Nr. 276)**

Die weltweite Wichtigkeit dieses Ereignisses wurde betont, weil dieser Krieg Europa spaltete.

Frankreich reagierte anders als Österreich:

„Zwei Punkte der Erde ziehen gegenwärtig die Augen der ganzen Welt auf sich: Der Kriegsschauplatz in Ostafrika und der Völkerbundpalast in Genf. Durch Tausende Kilometer voneinander getrennt, sind sie doch gemeinsam die Angelpunkte für das Schicksal der Welt. [...] Hoffnungsvoll darf die ruhige Behandlung des Konfliktes in Genf und in den Zentren der Weltpolitik stimmen.“ **(4. Oktober 1935 – Nr. 276)**

Frankreich unterstützte den Völkerbund. Einige Stellungnahmen weisen aber auf sein zweideutiges Verhältnis zu den Sanktionen hin. Frankreich stellte seine Meinung nicht klar dar und traute sich nicht, sich gegen die faschistischen Regime zu behaupten. Aus historischer Sicht erweist sich diese Haltung als ein Irrtum der französischen Politik, aber wurde nicht als solches von Österreich empfunden.

„Der französische Ministerrat hat neuerdings sich entschieden gegen die Anwendung von militärischen Sanktionen ausgesprochen. Milde wirtschaftliche oder finanzielle Sanktionen, die Italien übrigens nicht sonderlich wehtun, werden jedoch kaum zu Verwicklungen führen. [...] Man

darf nunmehr hoffen, dass die Entscheidung in einem Sinn getroffen wird, der schwere Verwicklungen hinten hält.“ (4. Oktober 1935 – Nr. 276)

Die zweideutige Haltung Frankreichs wurde in der Zeitung positiv zum Ausdruck gebracht und „Eifer“ und „Geschick“ des Landes wurden anerkannt.

„Frankreich ist unter Führung Lavals nach wie vor mit Eifer und Geschick bemüht, Öl auf die Wogen der Erregung zu gießen.“ (4. Oktober 1935 – Nr. 276)

Dennoch verhängte der Völkerbund wirtschaftliche Sanktionen über Italien. Am 9. Oktober 1935 – Nr. 281 berichtete auch die Zeitung über die ambivalente Reaktion Frankreichs auf die Entscheidung des Völkerbundes, doch wirtschaftliche Sanktionen über Italien zu verhängen:

„Die französische Linkspresse begrüßt die Entscheidung als eine Stärkung des Völkerbundes und damit des Weltfriedens. Die große Informationspresse unterstreicht wohl auch die große Bedeutung der Beschlüsse des Rates, rät aber zur Vorsicht und Versöhnung.“ (9. Oktober 1935 – Nr. 281)

Damit wurde klar, dass Frankreich zwar den Frieden als Ziel verfolgte, aber nicht bereit war, mit Autorität, Strenge und Bestimmtheit, ihn zu verteidigen. Am 11. Oktober 1935 – Nr. 283 wurde die Absicht Lavals zum Ausdruck gebracht, weiter zu verhandeln und Vorschläge für eine friedliche Regelung des Konfliktes einzubringen.

„Im Namen Frankreichs führte Ministerpräsident Laval aus, dass Frankreich seine im Völkerbundpakt enthaltenen Verpflichtungen getreulich erfüllen werde. Neben dieser Pflicht gebe es aber noch eine andere, die durch die Freundschaft gegeben sei. Diese Freundschaft, die Frankreich mit Italien verknüpfe, verlange, dass gleichzeitig Lösungen gesucht werden müssten, die sich auf dem Boden der Versöhnung der beiden Kriegsgegner bewegten. Die französische Regierung werde daher ihre Vermittlertätigkeit fortsetzen.“ (11. Oktober 1935 – Nr. 283)

Jedoch war jetzt Europa in zwei Lager gespalten. Als Kleinstaat durfte Österreich die wirtschaftlichen Folgen, die eine Beteiligung an den Sanktionen nach sich gezogen hätte, nicht übersehen. Trotzdem war die Art, wie es seinen Entschluss der Nichtbeteiligung an den Maßnahmen gegen Italien der Völkerbundversammlung unterbreitete, nicht glücklich. Zusammen mit Ungarn und Albanien stimmte es gegen 52 dort vertretene Staaten. Die österreichische Regierung ließ überdies

ihren Vertreter noch ihre besondere Sympathie für Italien unterstreichen. Das verstimmte die Westmächte und wurde auch im eigenen Land, dessen Bevölkerung dem italienischen Kurs der Außenpolitik kritisch gegenüberstand, mit Missfallen aufgenommen. Bald zeigten sich unangenehme Folgen: Der Staatshaushalt geriet in Unordnung, einschneidende Sparmaßnahmen, die die Bevölkerung schwer belasteten und die Beamtenschaft beunruhigten, konnten nicht vermieden werden. Schuschnigg näherte sich vom Mitteleuropa und wünschte eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei und Ungarn. Aber Italien sah mit wenig Vergnügen solchen Bestrebungen entgegen, die mit einer westlichen Orientierung Österreichs enden konnten. Mussolini war zwar mit der Annäherung Österreichs der Kleinen Entente einverstanden, aber erhoffte eine bedeutende Rolle auf der europäischen Bühne zu spielen. Deshalb brachte er im März 1936 eine Erweiterung der Römerprotokolle zustande, die zwar die Handlungsfreiheit nicht aufhob, sie aber doch zur gegenseitigen Beratung vor beabsichtigten Schritten verpflichtete. Damit zeichneten sich schon Konturen ab, die Österreich erkennen ließen, dass sich Italien allmählich Deutschland näherte und Österreich immer mehr als ein abhängiges Objekt erschien. Angesichts der Spannungen in Europa wurde klar, dass Frankreich und Österreich zwei unterschiedliche Wege einschlugen.

# III. Unterschiedliche Kurvenlinien 1936-1938

## 1. Die Volksfront

### A. Der Wahlsieg Blum

Der Anstieg des Faschismus in Europa, die Krise der liberalen Demokratie, die neuen Gefahren angesichts der extremen Rechte in Frankreich, die Unsicherheit als Folge der Wirtschaftskrise führten Frankreich nicht zu einem autoritären System, sondern zur Einigung der linken Kräfte. Bei den Wahlen vom 26. April und 3. Mai 1936 in Frankreich siegte das Volksfrontbündnis mit einer eindeutigen Mehrheit von 376 gegen 214 Sitzen, obwohl es noch mehr Stimmen erwartet hatte. Aber die Teilnahme von 84,3% war die höchste der Dritten Republik. Die Sozialisten blieben stärkste Partei, die Radikalen verloren ein Drittel, die Kommunisten traten erstmals als starke politische Kraft im Parlament auf. Die Wahlen stießen auf ein großes Interesse in Österreich. Ab dem **26. April 1936 – Nr. 115** befanden sich im Kleinen Volksblatt Artikel über die Kammerwahlen in Frankreich. Schon vor den Wahlen wurde die Wahltaktik der Linksparteien betrachtet: Sie schlossen Wahlbündnisse, um mächtig zu sein und einen linken Kandidaten gegen den Rechten durchsetzen zu können. Die Feststellung: „Kennzeichnend für diese Wahl ist die große Zahl von Kandidaturen“ diente einer Kritik am Parteienstaat und damit wurde die Überlegenheit des österreichischen Systems den Zeitungslern vor Augen geführt. Der Parteienstaat wurde als Grund für den Anstieg der kommunistischen Stimmen entlarvt. Die Radikalisierung des französischen politischen Lebens nach Links lenkte die Aufmerksamkeit der anderen Länder auf sich und beunruhigte die Österreicher.

„Das auffallende Merkmal der gestrigen Wahlen war die Tatsache, dass sich die Kommunisten in zahlreichen Wahlkreisen [...] in aussichtsreicher Position befinden, so dass mit einer Stärkung der kommunistischen Kammerfraktion zu rechnen ist.“ **(27. April 1936 – Nr. 116)**

Am **28. April 1936 – Nr. 117** wurde ein langer Artikel veröffentlicht, in dem die Wahlergebnisse kommentiert wurden, obwohl es eine provisorische Gesamtübersicht war, weil in vielen Wahlkreisen eine Stichwahl notwendig war.

„Soviel lässt sich jedoch heute sagen, dass sich ein ausgesprochener Zug zu den extremen Parteien bemerkbar macht.“ **(28. April 1936 – Nr. 117)**

Die Angabe der vorläufigen Anzahl der kommunistischen Stimmen diente der Bewusstwerdung des Ausmaßes der Radikalisierung, weil „das Bild sich noch gewaltig ändern“ konnte. Die Konservativen hatten in dieser Hinsicht „keine schlechten Aussichten für die Stichwahlen, da das Ansteigen der kommunistischen Stimmen in den bürgerlichen Kreisen alarmierend gewirkt“ hatte. Die Österreicher zeigten ein großes Interesse an dieser Wahl, aber schienen diese neue Orientierung Frankreichs zu bedauern:

„Eine Erscheinung, die weit über die Grenzen Frankreichs hinaus beachtet werden muss, ist das besorgniserregende Anwachsen der kommunistischen Stimmen, die von 790.000 im Jahre 1932 auf über 1.500.000 angeschwollen sind. Dieser Stimmenzuwachs wird sich auch in der Zahl der Mandate auswirken. Die kommunistische Partei, die in der früheren Kammer bloß 12 Sitze besaß, hat bereits im ersten Wahlgang 9 erobert. [...] Das wird einen radikalen Ton in die Politik bringen können.“ **(28. April 1936 – Nr. 117)**

Das Verb „erobern“ weist auch auf eine Kritik dieses Wachstums der kommunistischen Partei hin. Die Österreicher bedauerten die Niederlage der Radikalen und die Verluste der rechten Parteien.

„Jedenfalls werden die nächsten Tage in Frankreich von einem fieberhaften Wahlkampf erfüllt sein, da jede Partei trachten wird, die noch reichlich unklare Situation für sich auszunützen.“ **(28. April 1936 – Nr. 117)**

Der Artikel endete wiederum mit der Feststellung, dass die Politiker nicht im Interesse des Landes, sondern der Parteien handelten. Am **4. und 5. Mai 1936 – Nr. 123 – Nr. 124** wurden die Ergebnisse der Stichwahlen sachlich und unkommentiert wiedergegeben.

„Aufgrund der Ergebnisse ergibt sich für die so genannte Volksfront, das heißt die Wahlkoalition der verschiedenen Parteien der Linken und äußersten Linken, eine Mehrheit von ungefähr 376 Mandaten, während auf die nationale und bürgerliche Opposition ungefähr 214 Mandate

entfallen. Die kommunistische Partei und die sozialistische Partei überflügelt die Radikale Partei, die die stärkste Fraktion der Linken war. Infolgedessen würde nach der herrschenden parlamentarischen Tradition die Bildung einer neuen Regierung in erster Linie den Sozialisten obliegen.“ (5. Mai 1936 – Nr. 124)

## **B. Amtsantritt und Streikwelle**

Der Sieg löste eine spontane von großer Euphorie der Arbeiter und ebensolcher Furcht der Rechten begleitete Streikwelle aus, die Produktion und Handel nahezu zum Erliegen brachte. Von niemandem dazu aufgerufen, traten nach und nach ein bis zwei Millionen Arbeiter in den Ausstand, besetzten ihre Fabriken, organisierten friedliche Demonstrationen und Straßenfeste. Das ganze Land war von dieser unerhörten Bewegung betroffen, besonders Zweige, in denen nie gestreikt worden war und die kaum gewerkschaftlich organisiert waren. Der Wahlsieg ermutigte die Arbeiter, sich gegen schlechte Arbeitsverhältnisse aufzulehnen und setzte einen Solidaritätsprozess in Gang. Dennoch waren die verschiedenen Gruppen unkoordiniert und die Zielsetzungen blieben unklar. Am 4. Juni 1936 wurde das Kabinett aus Radikalen und Sozialisten gebildet. Blum wurde Ministerpräsident und Daladier sein Stellvertreter. Auf Moskaus Wunsch hin beschränkten sich die Kommunisten auf die parlamentarische Unterstützung. Es sah aus, als ob die Volksfront auf der ganzen Linie Erfolg haben würde: Sozialisten, Kommunisten und Liberale hatten sich, anders als in Deutschland und in Österreich, rechtzeitig zusammengefunden, um die Republik gegen ihre Feinde von rechts zu verteidigen. Angesichts der ausgelösten Massenbewegung wagten die Gegner nicht mehr, sich den Kompromissen zu verschließen, die für das Weiterbestehen der Republik notwendig schienen. Ab dem 4. Juni 1936 – Nr. 153 wurde im Kleinen Volksblatt der Streikbewegung als Folge der Wahlen viel Platz eingeräumt.

„Über Frankreich hat sich eine wahre Streikwelle ergossen? Hunderte von Betrieben sind stillgelegt, eine halbe Million Arbeiter der verschiedensten Industriezweige stehen im Ausstand, der sich auch bereits allenthalben fühlbar macht.“ (4. Juni 1936 – Nr. 153)

Zustände, Zahlen, Orte und betroffene Industriezentren wurden detailliert. Am 5. Juni 1936 – Nr. 154 beschäftigte sich sogar die Zeitung mit der „wachsenden Unruhe in Frankreich durch die Streikwelle“ und widmete der Lage in Frankreich die Frontseite:

„Die Streikbewegung in Paris und in zahlreichen Orten der französischen Provinzen nimmt immer größeren Umfang an.“ (5. Juni 1936 – Nr. 154)

Auf der zweiten Seite stand ein langer Artikel, in dem der Journalist Stellung nahm und die Lage in Frankreich mit einem kritischen Blick betrachtete: Die neue Regierung wurde nicht mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, weil sie allen Erwartungen entsprach. Der kontinuierliche und nicht innovative Charakter des Kabinetts wurde hier kritisiert. Aber jede andere Regierungskombination erschien unmöglich.

„Das Kabinett Sarraut trat zurück und Blum konnte die [...] Regierungsliste dem Präsidenten der Republik vorlegen, der von ihr kaum überrascht war, da er sie ja längst aus den Zeitungen kannte. Seit Wochen hat Blum seine Regierung vorbereitet, so gründlich sogar, dass man zeitweilig nicht recht wusste, ob noch das alte oder schon das neue Kabinett regiere.“ (5. Juni 1936 – Nr. 154)

Die Umstände der Wahlen wurden auch hervorgehoben und als außerordentlich betrachtet:

„Kaum noch in der Weltgeschichte dürfte eine Regierung so umständlich in ihr Amt eingeführt worden sein.“ (5. Juni 1936 – Nr. 154)

Aber hinter der Betonung des außerordentlichen Charakters dieses Amtsantrittes versteckte sich eine Kritik an der spontanen und unorganisierten Streikwelle:

„Obwohl somit jede Einzelheit hundertmal durchgesprochen und jede Überraschung ausgeschlossen schien, hat der Regierungswechsel sich unter unerwarteten Begleiterscheinungen vollziehen müssen.“ (5. Juni 1936 – Nr. 154)

Die Berichterstattung zeigt kein positives Bild Frankreichs. Eine Krisen- und Chaosituation, wie es in Frankreich der Fall war, wurde nicht mit Neid und Sehnsucht betrachtet, sondern kritisiert und als schlechtes Beispiel angesehen. Dieser Artikel bat ein abwertendes Bild Frankreichs. Ebenso gaben die Journalisten ein schlechtes Bild der kommunistischen Partei, die eher zu einer scharfen Kritik verurteilt wurde und als gefährlich für die neue Regierung erschien. Der Vergleich mit der spanischen Regierungsweise zeigt eine sehr abwertende Haltung. Die Kommunisten wurden als

Opportunisten entlarvt und ihre Handlung als Agitation bezeichnet. Das Fehlen an einem fruchtbaren und wirksamen politischen Einsatz wurde bedauert. Der revolutionäre Aspekt des Streiks wirkte sehr negativ auf die Österreicher.

„Der Sieg der Linksparteien mochte in radikalen Kreisen der Arbeiterschaft die Hoffnung geweckt haben, nun sei die Zeit zur Erfüllung alter Forderungen gekommen. Die Kommunisten, die in Frankreich offensichtlich nach spanischem Rezept arbeiten, machten sich diese Stimmung zunutze. Ihrer Agitation war auch gegen den Willen der offiziellen Gewerkschaften ein Erfolg beschieden.“ (5. Juni 1936 – Nr. 154)

Hier wurden die Kommunisten als Helden benannt, aber nicht aus der Sicht der Österreicher und der Vergleich wurde weitergeführt mit dem abwertenden Ausdruck „Wahlschlacht“:

„Die Kommunisten, die Helden der jüngsten Wahlschlacht und Führer der gegenwärtigen Streikbewegung, blieben bekanntlich dem Kabinett fern, stellten ihm aber die parlamentarische Unterstützung in Aussicht, wobei sie von der Annahme ausgingen, dass sie unter einer von ihnen geförderten Linksregierung ihre Agitation ungehindert werden entfalten können.[...] Für den Sozialisten Blum dürften seine Freunde auf der Linken gefährlicher sein, als seine Gegner auf der Rechten.“ (5. Juni 1936 – Nr. 154)

Wiederum machten die österreichischen Journalisten das Parteiensystem für die Unruhen verantwortlich und entlarvten es als unkompetent. In den Augen des Kleinen Volksblattes brachte der Streik keinen Fortschritt mit sich, sondern bereitete im Gegenteil zusätzliche Schwierigkeiten.

„Für die Volksfrontregierung Léon Blums bedeutet es jedenfalls keinen glücklichen Anfang, sich beim Amtsantritt einem förmlichen Generalstreik gegenüber zu sehen. Das Schlichten von Arbeitskonflikten ist für eine parlamentarische, auf Wählergunst angewiesene Regierung von vornherein eine recht undankbare Aufgabe.“ (5. Juni 1936 – Nr. 154)  
„Durch den Streik wurde aber auch das Gefüge der Regierung Blum keineswegs gefestigt.“ (5. Juni 1936 – Nr. 154)

Die Ausbreitung der Krise auf die verschiedenen Industriezweige wurde beschrieben. Aus diesem Anlass wurden kleine Provinzstädte genannt, die sich aber durch das Ausmaß des Streiks auszeichneten. Dennoch beherrscht ein kritisches Bild die gesamte Berichterstattung. Der

revolutionäre und chaotische Charakter des Streiks beunruhigte die Österreicher, die auf der Seite der französischen Arbeitgeber zu sein schienen.

„Die Arbeitgeber [...] haben an den Ministerpräsident ein Schreiben gerichtet, in dem sie auf den revolutionären Charakter des Streiks hinweisen.“ (5. Juni 1936 – Nr. 154)

Es bestand nämlich die Gefahr einer vollständigen Lahmlegung der gesamten französischen Industrie. Angesichts der Entwicklung der Unruhen und des Ernstes der Lage verfolgte Österreich die Ereignisse. Außerdem machte „sich in der Bevölkerung bereits eine starke Beunruhigung bemerkbar. Zahlreiche Pariser kaufen überstürzt Lebensmittel ein, da sie befürchten, dass die Lebensmittelzufuhr nach Paris vielleicht ganz eingestellt werden wird.“ Diese Panik vor der Lebensmittelknappheit wurde in einem anderen Artikel, betitelt mit „Angstkäufe in Paris“, zum Ausdruck gebracht. Mit kurzen schlagartigen Sätzen und in einem trockenen Ton stand die Beschreibung der Lage groß und in Fettschrift:

**„Die Lage in Paris wird immer kritischer. Die Streikbewegung greift immer weiter. Die Schichtungsverhandlungen in der Metallindustrie sind abgebrochen. In Paris macht sich eine starke Beunruhigung bemerkbar.“**  
(5. Juni 1936 – Nr. 154)

## **C. Soziale Maßnahmen**

Am 6. Juni 1936 – Nr. 155 dehnte sich die Streikwelle weiter aus. Aber „das französische Arbeitsministerium veröffentlichte eine Mitteilung, in der darauf hingewiesen [wurde], dass infolge des Regierungswechsels eine ganz neue Lage geschaffen worden [war] und dass die Regierung in Kürze Gegenentwürfe einbringen werde, durch die die Forderungen der Arbeiter erfüllt werden würden. Das Arbeitsministerium fordert[e] jedoch die Arbeiter zur Ruhe und Vernunft auf, und warnt[e] sie, irgendeinen Fehler zu begehen, durch den die demnächst zu erwartenden Ergebnisse in Frage gestellt werden könnten.“

Durch soziale Maßnahmen erhoffte die Regierung eine Verbesserung der Lage, wie Blum es in seinem ehrgeizigen Programm erklärte, das zum Teil in direkter Rede wiedergegeben wurde und somit ein großes Interesse der Österreicher zeigte:

„Das Programm der Regierung ist jenes der Volksfront. Unter den Gesetzentwürfen, deren sofortige Einbringung ich in der Kammer ankündigen werde, befinden sich die 40-Stundenwoche, Kollektivverträge und bezahlte Urlaube, das sind die von der Arbeiterwelt geforderten Hauptreformen.“ (6. Juni 1936 - Nr. 155)

Diese sozialen Maßnahmen bedeuteten einen wichtigen Fortschritt und entsprachen der Basis des heutigen Sozialsystems. Léon Blum legte die Latte hoch, aber brauchte Ruhe und Zusammenarbeit im Lande, um diese Reformen durchzuführen.

„Die Regierung wird keine ihrer Verpflichtungen außer acht lassen, doch muss sich ihre Aktion, um wirksam zu sein, in der öffentlichen Sicherheit entfalten und sie würde durch jenen Angriff auf die Ordnung, durch jede Unterbrechung in den lebenswichtigen Diensten der Nation gelähmt werden. Jede Panik würde den dunklen Zielen der Gegner der Volksfront dienen, von denen gewisse bereits auf ihre Revanche lauern. Die Regierung verlangt deshalb von den Arbeitern, jene ihrer Forderung, die durch Gesetz geregelt werden müssen, dem Gesetz anheim zu stellen, und die anderen in Ruhe, Würde und Disziplin zu betreiben, und sie verlangt von den Unternehmern, ihre Forderungen im Geiste weitgehender Billigkeit zu überprüfen. Zum Schluss forderte der Ministerpräsident das Land auf, kaltes Blut zu bewahren.“ (7. Juni 1936 - Nr. 156)

Léon Blum wollte sich für die Aufrechterhaltung der demokratischen Einrichtungen einsetzen und betonte die Dringlichkeit, Maßnahmen zu treffen. Einen Tag nach seiner Bestätigung durch das Parlament, in der Nacht vom 7. zum 8. Juni 1936, vermittelte er zwischen den Vertretern der Unternehmervverbände und der Gewerkschaften ein Abkommen, das die Streiks beenden sollte: „Il est probablement vain de vouloir faire cesser les occupations avant qu'un règlement d'ensemble ne soit intervenu,“ sagte Blum<sup>1</sup>. Die Matignon-Abkommen wurden unterzeichnet und sollten den Arbeitern große Vorteile bringen: Lohnerhöhungen (von 7 bis 15%),

---

<sup>1</sup> Ebenda. KERGOAT, Jacques. S. 117

Tarifvertragsordnung, Anerkennung der gewerkschaftlichen Betriebsräte, Reduzierung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden, 15 bezahlte Urlaubstage pro Jahr, staatliche Ferienprogramme, Maßnahmen zur Förderung des Volkssports und der kulturellen Betätigung, Ausweitung der allgemeinen Schulpflicht bis zum Alter von 14 Jahren. Obwohl die kommunistische Parteiführung mit dem bekannten Satz von Maurice Thorez „Il faut savoir finir une grève dès que satisfaction a été obtenue“ (11. Juni 1936) zur Wiederaufnahme der Arbeit aufrief, ging die Streikbewegung nur langsam zurück. Jeden Tag veröffentlichte Das Kleine Volksblatt einen kurzen Artikel über die Streik- und Verhandlungslage in der Hauptstadt, in der Umgebung von Paris und in der Provinz. (7. Juni 1936 – Nr. 156 / 8. Juni 1936 – Nr. 157)

### **D. Lage der französischen Arbeiter**

Am 9. Juni 1936 – Nr. 158 erschien ein langer Artikel über die Lage der französischen Arbeiter. Unter dem Titel stand eine interessante Bemerkung über den Ursprung dieses Artikels: „aus Arbeiterkreisen“. Damit wurde der Betrachtungspunkt klar festgesetzt. Es handelte sich um einen Artikel, der die Arbeiter und ihre Aktion verteidigte. Die Journalisten betonten das unerhörte Ausmaß der Bewegung.

„In den letzten Tagen ist in Frankreich eine Streikbewegung im Gange, wie sie das Land noch selten gesehen hat.“ (9. Juni 1936 – Nr. 158)

Die Österreicher interessierten sich besonders für Frankreich, weil sie negative Auswirkungen im eigenen Land befürchteten.

„Diese Bewegung wurde im Ausland, besonders auch bei uns in Österreich verschieden bewertet. In weiten Kreisen war die Furcht vor dem Ausbruch von kommunistischen Revolten und der Entwicklung Frankreichs zur Sowjetrepublik unverkennbar. Es kann auch nicht verhehlt werden, dass die unentwegten Marxisten in unserem Lande aus der gleichen Meinung bedeutende Hoffnungen schöpften.“ (9. Juni 1936 – Nr. 158)

Dennoch war in den Augen der Österreicher die Forderung der Franzosen nach Maßnahmen berechtigt. Die Verspätung der Franzosen im sozialen Bereich wurde festgestellt, aber nicht kritisiert. Der soziale Fortschritt in Österreich wurde durch den Vergleich positiv bewertet. Diese Kluft

zwischen dem französischen und dem österreichischen System wurde durch die Wörter „bei uns“ und „dort“ hervorgehoben.

„Es ist Tatsache, dass gegenwärtig, die Lage der französischen Arbeiter schlecht ist. Die Sozialgesetzgebung ist kaum in den Anfängen und wenig wirksam. Bei uns selbstverständliche Einrichtungen sind dort nicht vorhanden. So wurde durch die Streikenden vielfach die Forderung nach Einführung von Urlaub, der Anerkennung von Kollektivverträgen, u. s. w., gefordert, lauter Maßnahmen, die bei uns seit vielen Jahren bestehen.“ (9. Juni 1936 - Nr. 158)

Im Artikel wurden die Streikenden unverkennbar unterstützt. Der Streik gab die Gelegenheit zu einer Exkursion in die Mentalität der Franzosen und ihre Lebens- und Denkweise wieder.

„Die Ursachen für das Fehlen einer modernen sozialen Schutzgesetzgebung sind mannigfach.“ (9. Juni 1936 - Nr. 158)

Im Unterschied zu Österreich, wo die paramilitärischen Organisationen aufblühten, bildeten die französischen Gewerkschaften keine einheitliche und machtvolle Opposition, was in den Augen der Österreicher als problematisch betrachtet wurde:

„Der französische Arbeiter organisiert sich nicht gerne gewerkschaftlich. Von etwa 12 bis 13 Millionen Arbeitnehmern sind keine zwei Millionen in den verschiedenen Gewerkschaften. Aber auch die organisierten Arbeiter haben meist keine enge Verbindung zu ihrer Organisation.“ (9. Juni 1936 - Nr. 158)

Das Jahr 1936 sollte ein Meilenstein in der Geschichte der Gewerkschaften werden. Ein anderer Grund der Streikbewegung ist in der wirtschaftlichen Lage zu finden. Die Weltwirtschaftskrise traf Frankreich später als Österreich und führte deshalb zu einer langsameren Modernisierung des Systems:

„Der französische Arbeiter war bis zum Ausbruch der großen Krise im Grunde wirtschaftlich nicht sehr bedroht. [...] Der französische Arbeiter konnte sich vielfach noch seinen Arbeitsplatz aussuchen, da in vielen Wirtschaftszweigen Mangel an Arbeitskräften herrschte.“ (9. Juni 1936 - Nr. 158)

Die Beschreibung des typischen Franzosen wirkte sehr positiv:

„Auch lebt der französische Arbeiter ziemlich bescheiden. Die Nahrungsmittel, auf deren Qualität er allerdings großen Wert legt, sind

im Land recht billig. Für Wohnung und Kleidung wird wenig ausgegeben.“

(9. Juni 1936 – Nr. 158)

Soziale, wirtschaftliche und schließlich politische Gründe wurden angegeben und trugen zur Rechtfertigung der Handlungen der französischen Arbeiter.

„Die letzten Monate haben nun auch den französischen Arbeiter die Schwere der Krise fühlen und damit die Forderungen nach einer durchgreifenden Sozialgesetzgebung und wirtschaftlichen Sicherung reifen lassen. Aus dieser Tatsache erklärt sich vielfach auch der parlamentarische Sieg der Linksfront und schließlich die Streikbewegung.“ (9. Juni 1936 – Nr. 158)

## **E. Entspannung der Lage**

Ein Abkommen zwischen der nationalen Produktionsvereinigung (Confédération de la production française) und der allgemeinen Arbeitervereinigung (CGT) wurde am 10. Juni 1936 – Nr. 159 von Léon Blum erzielt, was einen Schritt in Richtung materieller und moralischer Ordnung bedeutete. Ab dem 11. Juni 1936 – Nr. 160 wurde das Abflauen der Streikbewegung in einigen Fabriken festgestellt, jedoch unkommentiert:

„Die Einbringung der sozialistischen Gesetzesvorlage im Büro der Kammer und der von der Gewerkschaftsunion an die Streikenden gerichtete Appell, die Arbeit wieder aufzunehmen, haben gestern früh in zahlreichen Industrien in Paris und in der Bannmeile der Stadt das Ende der symbolischen Besetzung der Fabriken herbeigeführt. [...] Einzelne Büros bleiben besetzt.“ (11. Juni 1936 – Nr. 160)

Die Änderung der Streiklage in Richtung einer Entspannung kam mit der Einführung der Matignon-Gesetze.

„Die Stimmung hat sich im ganzen Lande gegenüber der bisher herrschenden Erregung außerordentlich beruhigt.“ (13. Juni 1936 – Nr. 162)

Diese Beruhigung und langsame Wiederherstellung der Ordnung in Frankreich wurde von Österreich positiv empfangen. Ein Artikel vom 23. Juni 1936 – Nr. 172 verkündete das Ende der Streiks in Paris:

„In Paris kann der Streiks nach der Verständigung in den großen Warenhäusern als nahezu beendet betrachtet werden. [...] Die Zahl der noch im Ausstand befindlichen Arbeiter wird für Paris nunmehr auf etwa 26.000 geschätzt. In der Provinz ist die Streiklage weniger klar.“ (23. Juni 1936 – Nr. 172)

## 2. Die Schwierigkeiten der Volksfront

### A. Finanzsorgen

Doch betrachtete die Bourgeoisie die Errungenschaften der Arbeiter als provisorisch und bereitete ihre Rache vor. Bald zeigten sich Schwierigkeiten, weil die Regierung nicht über genügend Mittel verfügte, um einen dauerhaften Konsens herzustellen. Die Sozialreformen blieben stecken: Die Streiks hatten zu Produktionsausfällen geführt, was wiederum keine Wirkung der Lohnerhöhung zur Folge hatte. Die Unternehmer weigerten sich zu investieren, das Kapital floh ins Ausland. Am 5. Februar 1937 – Nr. 36 erschien ein Artikel über die Finanzpolitik der französischen Regierung. Der Titel „Finanzsorgen in Paris“ ließ keinen Zweifel an der schwierigen Lage bestehen. Der Finanzstand wurde während einer Aussprache der französischen Kammer als „sehr trüb“ bezeichnet. Ein Abgeordneter der Rechten, Fernand Laurent „beschuldigte den Finanzminister, dass er eine Inflationspolitik betreibe. Der ehemalige Finanzminister Paul Renaud wandte sich ebenfalls gegen die Politik der Auslandsanleihen und [...] eine neue Abwertung wäre ein Verbrechen gegenüber dem Lande.“ Die Wirtschaftspolitik der Regierung wurde also scharf angegriffen und die Preissteigerungen, der Banknotenumlauf und die Abwertungen der Währung als Folgen dieser Politik entlarvt. Die Senkung der Arbeitszeit qualifizierter Arbeiter und die militärische Aufrüstung verschärfte Haushaltsdefizit und Inflation. Die Arbeitslosigkeit sank nicht wie erwartet. Nahmen die Arbeiter ihre Tätigkeit wieder auf, traten andere erneut in den Ausstand, weil die wirtschaftliche Krise blieb, und die Maßnahmen ihren Erwartungen nicht entsprachen.

## B. Unzufriedenheit

In diesem Kontext der wirtschaftlichen und finanziellen Krise wuchs wieder die Unzufriedenheit der französischen Bevölkerung. Die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften erhöhte sich sehr stark. Die Kommunisten konnten der Versuchung nicht widerstehen, sich zum Sprecher der Unzufriedenheit zu machen und eine schärfere Gangart der Regierung zu verlangen, um ihren Einfluss auf die Arbeiterbewegung auszuweiten. Im Laufe der Zeit distanzierten sie sich immer mehr von der Regierung. Die Radikalen verstanden die Volksfront als bloßes Wahlbündnis und sprachen sich gegen die Maßnahmen der Regierung zur Steuerung der Krise aus. Die Kritik kam auch von der Sozialistischen Partei, die eine sozialistische Revolution erzielte und dafür entschiedenere Maßnahmen verlangte. Am **6. Jänner 1937 – Nr. 6** kündigte Das Kleine Volksblatt S. 3 eine „neue Streikwelle in Frankreich“ an.

„Die von den Arbeitern gestellten sozialen Forderungen bisher nicht bewilligt worden, und alle Versuche auf gütlichem Wege, zu einer Einigung mit den Arbeitgebern zu gelangen, seien gescheitert.“ **(6. Jänner 1937 – Nr. 6)**

In Marseille sowie in Nordfrankreich streikten Arbeiter, weil die Lohnerhöhungen noch nicht durchgeführt wurden. Angesichts der wachsenden Unzufriedenheit entschloss sich Blum Ende 1936, die weitere Verwirklichung des sozial- und wirtschaftspolitischen Programms der Volksfront vorerst auszusetzen. Am 13. Februar 1937 sah sich Blum gezwungen, eine „Pause“ im Volksfrontprogramm zu verkünden, um die Änderungen zu „verdauen“: Die Zurückstellung weiterer sozialpolitischer Maßnahmen und die Rückkehr zu einem ausgeglichenen Budget wurden entschieden, um die Konjunktur wieder in Gang zu setzen. Aber das Vertrauen in der Regierung fehlte immer mehr: Die Angriffe der Rechten nahmen an Schärfe zu, und die Arbeiter zeigten sich enttäuscht und unzufrieden. Die Unruhen der Arbeiter wurden wieder größer. Am 16. März 1937 kam es in Clichy einer Arbeiter Vorstadt von Paris zu schweren Zusammenstößen zwischen Volksfrontgruppen und Polizei und fünf Demonstranten wurden bei einer kommunistischen Demonstration gegen eine Veranstaltung der Parti Social Français getötet und über 200 verletzt. Von diesen Ereignissen wurde

am 18. März 1937 – Nr. 77 auf S. 3 in der Zeitung die Rede. Die „blutigen Unruhen in einem Pariser Vorort“ wurden neutral dargestellt:

„Die Ortsgruppe der französischen Sozialistischen Partei hatte eine Kinovorstellung für ihre Mitglieder angekündigt, und vom Innenministerium die Erlaubnis zu dieser Veranstaltung erhalten. [...] Die kommunistische Partei hatte eine Gegenkundgebung angekündigt und ihre Anhänger in Clichy selbst und aus den benachbarten Vororten in großer Zahl aufgeboten.“ (18. März 1937 – Nr. 77)

Es kam zu „Schlägereien und plötzlich zu Schüssen.“ Dann wurde die Frage nach dem „Verbot aller politischen Veranstaltungen“ gestellt.

„Man rechnet damit, dass der [Kabinettsrat] einen Entschluss auf Einschränkung der Versammlungsfreiheit [...] beschließen wird.“ (18. März 1937 – Nr. 77)

Durch die Haltung der verschiedenen politischen Richtungen angesichts der neuen Unruhen war die Erhöhung der Angriffe seitens der Kommunisten bemerkbar.

„Nur die kommunistischen Bemühungen gehen dahin, den Zwischenfall für ihre politische Propaganda auszunützen. Sie haben für heute Abend eine große Kundgebung einberufen. Unter kommunistischem Einfluss ist auch in Gewerkschaftskreisen eine gewisse Erregung zu beobachten.“ (18. März 1937 – Nr. 77)

Diese blutigen Zusammenstöße lösten wiederum einen „halbtägigen Generalstreik in Paris“ aus, der am 19. März 1937 – Nr. 78 angekündigt wurde. Dieser Artikel machte die Schwächen und die Machtlosigkeit der Regierung deutlich. Tatsächlich zog Das Kleine Volksblatt die „Bilanz der blutigen Ereignisse in dem Pariser Vorort“ und kam zu der Feststellung, dass „der Aufruf der Regierung, der sich namentlich an die Arbeiterschaft wendete und sie beschwor, Ruhe und Ordnung zu bewahren, durch die Aktion der Gewerkschaften durchkreuzt worden ist, die ihrerseits einen halbtägigen Generalstreik erklärten.“ Ab diesem Zeitpunkt beschleunigte sich die Krise: Die Streiks führten wiederum zu Kapitalflucht, die Investitionen blieben aus, die Produktion stieg nur langsam an, die Arbeitslosigkeit verschärfte sich und die Defizite in der Handelsbilanz wie im Haushalt stiegen weiter. Die Rechten waren sehr unruhig, eine antisemitische Hetze gegen den Juden Blum setzte sich ein. Die paramilitärischen

Straßenaktionen der Anhänger vom Obersten La Rocque und der Patriotischen Jugend fingen wieder an. Die Regierung geriet immer mehr in Abhängigkeit von den Radikalen. Diese Wirrlage brachte neue politische Affären. Die Korruption der Politiker wurde noch einmal deutlich in einer Berichterstattung vom **28. Mai 1937 – Nr. 145**, in der auf S. 2 von der „Absetzung des Bürgermeisters von St Denis: Doriot“ die Rede war. Doriot denunzierte „große Unregelmäßigkeiten“ und „erklärte, dass er das Opfer eines politischen Manövers geworden sei.“ Im Mai 1937 fand in Paris die Weltausstellung der Kunst und Technik statt, aber die Vorbereitungen waren auf Grund von Streiks für die Eröffnung nicht zu Ende.

„Die auf dem Gelände der Weltausstellung beschäftigten Bauarbeiter haben gestern einen einstündigen Solidaritätsstreik für die Manifestanten von Clichy veranstaltet.“ **(18. März 1937 – Nr. 77)**

Diese chaotische Lage wurde von der Opposition wieder genommen.

### **C. Rücktritt von Léon Blum**

Am **20. Juni 1937 – Nr. 168** zeichnete sich eine „schwierige Lage für die Regierung Blum“ ab. Blum forderte außerordentliche Vollmachten zur Behebung der Finanzkrise. Das Kabinett Blum vertrat die Auffassung, dass die Finanzlage die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes dringend erforderte.

„Die Regierung wird nicht im Amte bleiben, wenn sie die nötige Vollmacht nicht besitzt. Die Voraussagen über den Verlauf der Ereignisse sind sehr geteilt.“ **(20. Juni 1937 – Nr. 168)**

Mit diesem Satz verzichtete die Zeitung auf eine Stellungnahme, jedoch war eine Abwehr gegenüber der politischen Unstabilität Frankreichs spürbar: Die Vorgänge wurden nämlich als „politisch dramatische Ereignisse“ am **21. Juni 1937 – Nr. 169** bezeichnet. Es handelte sich um eine „schwere krisenhafte innerpolitische Lage Frankreichs. Die Regierung Blum stand vor dem Sturz“, weil sie nur zu „erfolgslosen Einigungsversuchen“ gekommen war. „Die Situation ist unhaltbar geworden. Schon die nächsten Stunden können für Frankreich

bedeutsame und schwerwiegende Entscheidungen bringen.“ Während der Abstimmung über die Vollmachten war die Sitzung „stürmisch“.

„Der Senat hat, nachdem Ministerpräsident Léon Blum nochmals an die Senatoren appelliert hatte, der Regierung im Interesse des Landes die notwendigen Vollmachten zu notieren, den Antrag mit 168 gegen 96 Stimmen abgelehnt.“ (21. Juni 1937 – Nr. 169)

Die Kammer billigte das Ermächtigungsgesetz, aber sie wurden ihm vom Senat verweigert, weil die Radikalen zur Opposition übergingen. Blum zeigte sich mehr um den Konsens der Republikaner bemüht, als zum Kampf an der Seite der in Bewegung geratenen Arbeiter entschlossen. Angesichts der Stärke der Gegenkräfte und der Hindernisse war eine offensivere Haltung schwierig und Blum trat am 21. Juni 1936 zurück. Das Kleine Volksblatt gab am 21. Juni 1937 – Nr. 169 einen Artikel, mit „Krise in Frankreich“ betitelt, über die Bilanz der Regierungszeit Blums und die damalige Situation, heraus. Das Bild Frankreichs, das aus diesem Artikel hervorgeht, ist negativ. Österreich distanzierte sich von der französischen Regierungsweise. Dennoch wurden die riesigen Fortschritte im sozialen Bereich von der Zeitung anerkannt:

„Nach etwas mehr als einjähriger Amtszeit ist die französische Volksfrontregierung Léon Blums zurückgetreten. Durch ihren stark sozialistischen Kurs in die Geschichte Frankreichs eingezeichnet. Bis in die jüngste Zeit war Frankreich auf dem Gebiet der Sozialpolitik so ziemlich das rückständigste Land Europas.“ (21. Juni 1937 – Nr. 169)

Aber seine Rücksichtslosigkeit des wirtschaftlichen Kontextes wurde angeprangert, weil das Ziel ohne solide wirtschaftliche Basis nicht erreicht werden konnte. Deshalb wurde eigentlich die Entwicklung Frankreichs kritisiert, wie die Charakterisierung „allzu stürmisch“ ausdrückt. Die schlechten Auswirkungen der getroffenen sozialpolitischen Maßnahmen wurden auch hervorgehoben. Das Hauptwort „Ehrgeiz“ klingt sehr abwertend, der Journalist gab seinen Lesern zu verstehen, dass die Regierung Blum die Latte zu hoch gelegt hatte und gescheitert war.

„Die Regierung Blum setzte ihren Ehrgeiz darin, das Versäumte im Eilzugstempo nachzuholen, wobei sie keinerlei Rücksicht auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes nahm und oft gewaltig über das Ziel schoss, so dass sich manchmal recht groteske Auswirkungen

der Reformbestrebungen ergaben. Diese allzu stürmische Entwicklung, die noch durch den unaufhörlichen Verfall des Franken und die fortgesetzten Streiks angepeitscht wurde, musste zwangsläufig zu starken innerpolitischen Spannungen führen. Die Regierung Blum hatte ebenso begeisterte Anhänger, wie erbitterte Gegner.“ (21. Juni 1937 – Nr. 169)

In der Folge des Artikels zeigen indirekt die Irrtümer Frankreichs die Überlegenheit des politischen Weges Österreichs. Der Österreicher erscheint als einer dieser stillen und „aufmerksamen Beobachter“, der an der Lebensfähigkeit einer solchen sozialistischen Volksfront zweifelt. Er analysiert die Lage und versucht das Scheitern zu erklären, um eine andere Haltung anzunehmen.

„Ursache und Anlass der Demission Blums sind aber nicht in diesen zugespitzten Verhältnissen, sondern in der mangelnden Geschlossenheit der Volksfront zu suchen. Dem aufmerksamen Beobachter musste es schon lange fraglich erscheinen, ob sich das System Blum dauernd auf eine so bunt zusammen gewürfelte Mehrheit stützen lässt, wie sie die französische Volksfront darstellt.“ (21. Juni 1937 – Nr. 169)

Die Herausforderung des Volksfrontbündnisses bestand darin, dass Gruppierungen unterschiedlicher politischen Farben zusammenarbeiten und dieselbe Linie vertreten. Aber die Journalisten zeigten, dass die Volksfront ihr Ziel verfehlt hatte. Unruhe und Unzufriedenheit kennzeichneten nämlich die Regierungsperiode Blum:

„Auf der einen Seite waren die Kommunisten mit der Außenpolitik der Regierung, [...] höchst unzufrieden und bereiteten ihr wiederholt Schwierigkeiten, die oft nur notdürftig überbrückt werden konnten.“ (21. Juni 1937 – Nr. 169)

Die Kommunisten unterstützten die Regierung nicht bis zum Ende, sowie die Radikalen mit Daladier, die sich gegen die Bewilligung der Vollmachten äußerten. Für sie stand diese Maßnahme nicht auf dem Boden der Demokratie. Sie wollten immer noch auf das Parlament vertrauen:

„Auf der anderen Seite folgte der rechte Flügel der Radikalen nur sehr widerwillig der Regierungspolitik, die sich oft in diktatorischen Gesten erging. Gerade diese Einstellung der Radikalen wurde zur Klippe für die Regierung Blum. Die Radikalen im Senat waren nicht gewillt, dem Kabinett die geforderten weitgehenden Vollmachten auf finanzpolitischem Gebiet einzuräumen, in denen sie ein Verlassen der parlamentarischen Basis und eine Beschneidung der Rechte der gesetzgebenden Körperschaften erblickten. Sie waren umso weniger zu einem

Entgegenkommen bereit, als sie befürchteten, die Regierung werde die Vollmachten zu allerhand Experimenten ausnützen.“ (21. Juni 1937 – Nr. 169)

Der Mangel an Einheit innerhalb der Volksfront und die strenge Einhaltung des Parlamentarismus führten zu ihrem Niedergang.

„In der Kraftprobe, die sich daraus entwickelte, erwies sich der Senat als stärker, der überdies auch den Buchstaben der französischen Verfassung für sich hatte.“ (21. Juni 1937 – Nr. 169)

Eine Schwäche des parlamentarischen Systems war, dass die Kammer ihre Macht dadurch zeigte, dass sie die Regierung stürzen konnte, was zur politischen Unstabilität führte.

„Ernst könnte die Situation jedenfalls werden, wenn es nicht gelingen sollte, die Regierungskrise rasch und auf parlamentarischem Boden zu lösen. Es könnte dann leicht aus ihr eine Krise des Systems werden.“ (21. Juni 1937 – Nr. 169)

Angesichts der schwierigen finanziellen Lage des Landes, die durch eine längere Dauer der Regierungskrise nur noch verschärft würde, gab der Präsident der Republik seinen Entschluss bekannt, die Krise so schnell wie möglich zu lösen. Er berief deshalb sofort den radikalsozialistischen Staatsminister Camille Chautemps zu sich, um ihn mit der Neubildung des Kabinetts zu betrauen. Die Unklarheit der Situation und die Unstabilität weisen nicht auf ein positives Bild des Landes hin:

„In politischen Kreisen ist man bezüglich der weiteren politischen Entwicklung noch völlig im Unklaren.“ (21. Juni 1937 – Nr. 169)

Außerdem wurde behauptet, dass „keine tragfähige bürgerliche Regierung denkbar [war] ohne die Beteiligung oder doch mindestens stillschweigende Unterstützung durch die Sozialisten“. Am Ende des Artikels bringen die genaue, neutrale und sachliche Angabe der Regierungsdauer und der Gebrauch vom Wort „Ausnahmeerscheinung“ keinen positiven Eindruck, sondern zeigen eine gespannte Beziehung.

„Das Kabinett Léon Blum, das 101. der Dritten Republik, war am 4. Juni 1936 gebildet worden, ist also was in Frankreich im Laufe der letzten Jahre eine Ausnahmeerscheinung war, ein Jahr und 16 Tage im Amt geblieben.“ (21. Juni 1937 – Nr. 169)

Die Berichterstattung vom 23. Juni 1937 – Nr. 171 über die Bildung des neuen Kabinetts Chautemps wurde auch in diesem trockenen und sachbezogenen Ton verfasst. Die Namen der neuen Regierungsmitglieder wurden ohne Kommentar angegeben. Schon einige Tage später zeigten sich wiederum Schwierigkeiten, wie die Frontseite der Auflage vom 30. Juni 1937 – Nr. 178 ankündigte: „Vorübergehende Schließung der französischen Börsen. Dramatischer Kampf der Regierung um die Sanierungsvollmacht.“ Im Programm der neuen Regierung standen ähnliche Ziele wie auch Blum sie vertrat: Außenpolitisch wollte die Regierung Chautemps „**F r i e d e n m i t a l l e n V ö l k e r n** halten“ und innenpolitisch zeigte sie sich bereit, die sozialpolitischen Maßnahmen und Errungenschaften des früheren Kabinetts aufrechtzuerhalten und fortzusetzen. Dennoch betonte der neue Ministerpräsident die Wichtigkeit, die wirtschaftliche Lage zu berücksichtigen.

„Die Regierung verkenne nicht die Berechtigung zahlreicher sozialen Forderungen, die Aufrichtigkeit mache es aber einer Regierung, die in einer Zeit schwieriger finanzieller Umstände gebildet worden sei, zur Pflicht, der öffentlichen Meinung ohne Rückhalt zu sagen, dass solche Reformen, die gründlich vorbereitet sein müssen, nur dann verwirklicht werden könnten, wenn ihnen eine Anstrengung zum wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau vorangegangen sei, die das Wohl des Landes gebieterisch erheische.“ (30. Juni 1937 – Nr. 178)

Chautemps wollte die Finanzen und das Wirtschaftsleben, sowie die Kräftigung des unerlässlichen Vertrauens des Landes in sich selbst wieder aufbauen. Er zeigte sich bereit, ohne Verleugnung der Demokratie mit der größten Schnelligkeit und Festigkeit zu handeln, er brauchte aber dafür die Vollmachten. Die Regierungserklärung wurde zwar freundlich aufgenommen, aber diese Zeit charakterisierte sich jedoch durch Unbeständigkeit. „Vom Parlament verlangte gestern die Regierung Chautemps ein weitgehendes finanzpolitisches Ermächtigungsgesetz“, was neuerlich zu innenpolitischen Hochspannungen in Paris führte.

### **3. Außenpolitik**

Zwar führten innenpolitische Spannungen zwischen den rechten und den linken Parteien und innerhalb der Volksfront zum Sturz der Regierung Blum, aber Meinungsunterschiede in der Außenpolitik trugen auch zur Auflösung des Bündnisses bei.

#### **A. Der „deutsche Weg“ als Folge des Abessinienkrieges**

Im Spätherbst 1935, nach dem Ausgang des Abessinienkriegs, zeigte Papen kein Interesse mehr an der Weiterführung einer Zusammenarbeit mit Österreich. Der Abessinienkrieg zeichnete eine Wende und sollte tatsächlich eine grundlegende Veränderung der internationalen Lage bewirken. Er entfremdete Italien den in dieser Frage untereinander nicht ganz einigen Westmächten und führte es an die Seite Deutschlands. Das isolierte Italien stützte sich auf Deutschland, und Österreich stand zunehmend ohne Schutz. Die Folge davon war, dass Österreich versuchte, die Front mit Deutschland aufzulockern, ohne formal die Unabhängigkeit preiszugeben. In den Kreisen der österreichischen Regierung verstärkte sich allmählich die Meinung, dass der bisherige Kurs aus außenpolitischen und wirtschaftlichen Gründen nicht durchzuhalten sei und man mit Deutschland zu einer Einigung kommen müsse. Der Außerordentliche Gesandte an die deutsche Botschaft in Wien Franz von Papen zeigte das Bestreben, Schuschnigg und seine Anhänger in eine deutschfreundliche Position zu manövrieren, die sich von dem italienischen Kurs, den Starhemberg vertrat, abheben sollte. Trotzdem suchte er mit diesem zu verhandeln und stieß auch bei ihm nicht auf Widerstand. Starhemberg vertrat den Gedanken einer einheitlichen Front der faschistischen Staaten, zu denen er die Mitglieder des Rompaktes und Deutschland rechnete. Da Italien durch seine Festlegung in Abessinien als sicherer Garant für Österreich an Bedeutung verlor und auf wirksame Hilfe von den Westmächten im Ernstfalle nicht gerechnet werden konnte, blieb nicht viel zu überlegen, ob man es wagen dürfe, die Unabhängigkeit Österreichs unter deutschen Schutz zu stellen. Auch Mussolini riet dazu. Die immer deutlich werdende Annäherung Italiens an Deutschland beschleunigte die

Entwicklung. In Österreich waren Außen- und Innenpolitik in dieser Phase nicht zu trennen. Hitler wollte den Anschluss aus wirtschaftlichen und emotionalen Gründen, aber es gab keinen exakten Plan, das Nahziel war die Regierung Dollfuß zu stürzen. Mit den Juliereignissen war die gewaltsame Machtergreifung des innerösterreichischen Nationalsozialismus gescheitert. Auf den gescheiterten „revolutionären“ folgte der weit wirkungsvollere, auf Zeit spielende „evolutionäre“ Kurs Hitlers. Er begann die Phase der langsamen wirtschaftlichen Durchdringung Österreichs. Die Änderungen der europäischen Gesamtlage führte 1935-1936 Österreich zu einer doppelpolitigen Politik, um die Basis der Sicherung der Unabhängigkeit zu verbreiten: Einerseits eine versuchte Annäherung an den Westen über die Kleine Entente, andererseits eine Verständigung mit dem Deutschen Reich.

## **B. Besetzung des Rheinlandes**

Am 7. März 1936 ließ Hitler seine Wehrmacht in das entmilitarisierte Rheinland einrücken, ohne dass Frankreich etwas entgegnete. Die Besetzung des Rheinlandes erweckte in der Zeitung sehr große Aufmerksamkeit, sehr viel Details wurden nämlich angegeben. Dieses Ereignis betraf indirekt die Österreicher, die keine genaue Stellung einnahmen, sondern sich als stille Beobachter verhielten. Am **8. März 1936 – Nr. 67** wurde S. 2 der „Einmarsch deutscher Truppen in die Rheinlandzone“ angekündigt. Aber Frankreich bestätigte die Bedeutung der Diskussionen und Verhandlungen zur Abklärung der Lage:

„Wichtige Beratungen in Paris: In Regierungskreisen erklärt man, dass das Vorgehen Deutschlands eine sehr ernste Lage geschaffen hat, dass aber vorerst Beratungen mit den Signatarmächten des Locarno-Vertrages gepflogen werden müssten, bevor endgültige Beschlüsse gefasst werden.“

**(8. März 1936 – Nr. 67)**

Mit der Besetzung des Rheinlandes stellten die Deutschen die Locarno-Verträge in Frage. Ab dem 5. Oktober 1925 fand in der kleinen Stadt Locarno in der Schweiz eine internationale Konferenz über europäische Sicherheitsfragen statt, an der die führenden Staatsmänner Deutschlands, Italiens, Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens, Polens und der Tschechoslowakei teilnahmen. Am 16.

Oktober 1925 wurden Verträge abgeschlossen, welche ein europäisches Sicherheits- und Friedenssystem begründen sollten. Deutschland, Frankreich und Belgien verzichteten auf eine gewaltsame Veränderung ihrer Grenzen. Die im Versailler Vertrag festgelegte deutsche Westgrenze wurde vom Deutschen Reich ebenso bestätigt wie die Entmilitarisierung des Rheinlandes. Großbritannien und Italien übernahmen die Garantie, bei einer Vertragsverletzung der jeweils geschädigten Seite zu Hilfe zu kommen. Der Garantievertrag wurde ergänzt durch zwei Schiedsverträge Deutschlands mit Frankreich und Belgien sowie mit Polen und der Tschechoslowakei. Alle aufkommenden Streitfragen zwischen den Vertragspartnern sollten durch Schiedsverfahren vor einer internationalen Kommission geklärt werden. Die Verträge von Locarno, mit denen das französische Sicherheitsbedürfnis gegenüber Deutschland weitgehend zufrieden gestellt wurde, galten als entscheidender Schritt zur Friedenssicherung in Europa. Dennoch bildete der Einmarsch deutscher Truppen in das Rheinland im Jahre 1936 einen Bruch des Vertrags:

„Die sensationellen Erklärungen der Reichsregierung dürfen niemand überraschen. Die Ereignisse sind eine logische Folge der Politik Hitlers. Deutschland führt seine Politik der Gleichberechtigung weiter und zerreißt der Reihe nach alle vertraglichen Verpflichtungen, die es genieren. Vor kurzem erklärte Deutschland, dass der französischrussische Pakt mit Locarno im Widerspruch stehe. Nun wird der Locarnopakt selbst von Deutschland attackiert. Ein derartiger Geisteszustand ist äußerst beunruhigend, selbst für jene welche anerkennen, dass Deutschland ein Anrecht auf absolute Gleichheit mit den anderen Mächten besitzt.“ **(8. März 1936 - Nr. 67)**

Dieser Satz bringt die ambivalente Haltung der Österreicher den Deutschen gegenüber zum Ausdruck. Deutschland erschien als gleichberechtigtes Land, aber sein Verhalten gab Anlass zur Sorge. Im Unterschied zu den Österreichern betrachteten die Franzosen die Lage als schwierig, aber beharrten auf Verhandlungen. Pierre-Etienne Flandin richtete einen feierlichen Appell zur deutschfranzösischen Versöhnung:

„Man täuscht sich nicht über die kritische Situation, betont aber, dass man kaltes Blut bewahren und die Lage ruhig prüfen müsse. Das Kabinett

wird im heutigen Ministerrat sein weiteres Vorgehen festlegen.“ (8. März 1936 – Nr. 67)

Dennoch brachte der Artikel vom 9. März 1936 – Nr. 68 die Nachricht, dass Frankreich den Beschluss gebilligt hatte, unverzüglich und entsprechend dem Locarnopakt den Völkerbund zu befragen. In diesem Artikel sah Frankreich ungeduldig, entschieden und überzeugt aus:

„Flandin fordert Räumung der Rheinlandzone. Paris soir will über die Erklärungen, die Außenminister Flandin im Ministerrat gemacht hat, folgende Einzelheiten erfahren haben. Frankreich sei überzeugt, dass im Interesse des Friedens, eine Wiederbesetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone nicht geduldet werden durfte. Die Kleine Entente und Sowjetrussland stünden bereits auf der Seite Frankreichs, und diese Länder seien bereit, die völlige Räumung der entmilitarisierten Zone zu fordern.“ (9. März 1936 – Nr. 68)

Im Laufe der Zeit zeichneten sich zwei Lager ab. Frankreich schien sich gegen das Unrecht der Besetzung des Rheinlandes mit der Unterstützung der Kleinen Entente engagieren zu wollen.

Ministerpräsident Sarraut rief Frankreich auf:

„Es kann keinen Frieden in Europa, es kann überhaupt keine internationalen Beziehungen geben, wenn sich diese Methode verallgemeinert. [...] Alle französischen Parteien schließen sich zusammen, um die Unabhängigkeit und Sicherheit Frankreichs zu verteidigen.“ (9. März 1936 – Nr. 68)

Am folgenden Tag wurde die Entschiedenheit der französischen Haltung betont:

„Die Bilanz lässt sich in einem einzelnen Satz ziehen: Frankreich ist bereit mit Deutschland über neue Vertragswerke, zur Sicherung des Friedens zu verhandeln, jedoch nur unter der unbedingten Voraussetzung, dass Deutschland vorher die militärische Besetzung des Rheinlandes zurücknehme.“ (11. März 1936 – Nr. 70)

Sarraut hielt eine Rede vor der Kammer, die viel Widerhall in der Welt fand:

„Der gestrige Tag brachte in der internationalen Politik, auf die sich jetzt die gesamte Aufmerksamkeit richtet, zwei wichtige Ereignisse: Die Konferenz der Locarnomächte und die Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten in der Kammer.“ „Die Zuschauer- und Priesetribünen waren überfüllt, und selbst die Diplomatenlogen [...] waren sehr stark besetzt. Die Abgeordneten waren nahezu vollständig...“ „Sarraut, der unter größter Aufmerksamkeit seine Erklärung verlas.“ (11. März 1936 – Nr. 70)

In seiner Rede benutzte Sarraut sehr viele allgemeine Worte wie Frieden, Gewalt, Versöhnung, Vertrauen, Recht, Kultur u. s. w., die aber keine praktische Umsetzung fanden:

„Problem der Kraft des Rechtes gegenüber den Rechten, die sich die Gewalt anmaße. Wir sind bereit, einem Volk von 66 Millionen Seelen, das auf einem kargen Boden lebt, auf der Suche nach neuen Existenzmitteln behilflich zu sein.“ (11. März 1936 – Nr. 70)

Sarraut bezeichnete die Besetzung des Rheinlandes als „ein Attentat gegen das internationale Vertrauen, gegen die Vertragstreue, gegen die kollektive Sicherheit und die Organisation des Friedens.“ (11. März 1936 – Nr. 70) Die

Locarnomächte versammelten sich, um dieses Problem zu besprechen, aber über diese Verhandlungen hinaus wurden keine grundlegenden Entscheidungen getroffen, sogar die Absicht, zu Beschlüssen zu kommen wurde negiert:

„Die Tagung der Locarnomächte habe den Zweck, Informationen auszutauschen und die Lage zu präzisieren, dass aber vor der Tagung des Völkerbundesrates keinerlei Entschlüsse vorgeschlagen und keinerlei Beschlüsse gefasst würden.“ (11. März 1936 – Nr. 70)

Die Locarnomächte und die französischen Politiker versuchten zwar eine den Ereignissen entsprechende Reaktion zu haben, aber trotz Handlungswillens und Überzeugung fiel es ihnen schwer, konkrete Maßnahmen zu treffen, um den Anstieg Hitlers zu bremsen. Österreich betrachtete ruhig, aber besorgt die Lage, ohne deutlich Stellung zu nehmen. Es schien die Lösung der Locarnomächte richtig zu finden, aber wartete die Folgen ab:

„In den Beratungen der Locarnomächte herrschte eine zuversichtliche Stimmung. Deutschland soll bereit sein, über sein Angebot, einen Teil der Rheinlandstruppen zurückzuziehen, zu verhandeln.“ (13. März 1936 – Nr. 72)

Es erfolgte tatsächlich eine „symbolische Rückziehung eines Teiles der im Rheinland stationierten Truppen.“ (13. März 1936 – Nr. 72) Am 14. März 1936 – Nr. 73 erschienen auf der Frontseite ein Foto vom englischen Außenminister Eden und eins vom französischen Außenminister Flandin am Zugfenster. Er sieht ruhig, aber beschäftigt aus und lächelt nicht.

Außerdem wurde die Ähnlichkeit der Einstellung Großbritanniens und Frankreichs am **15. März 1936 – N. 74** auf der Frontseite der Zeitung betont:

„Eden und Flandin in einer Front. Die Annäherung zwischen Frankreich und England hat weitere Fortschritte gemacht und trat bei der Völkerbundsitzung deutlich zutage.“

Frankreichs Haltung hing von der Stellung von London ab. Mit einem energischen Eingreifen war aber nicht zu rechnen. Der Völkerbund beschränkte sich auf die Anerkennung der Unrichtigkeit der Handlung Hitlers gegenüber dem internationalen Abkommen, aber protestierte nicht mit militärischen Gegenmaßnahmen, die nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages geradezu notwendig waren. Dazu war die Regierung Sarraut nur mit Großbritanniens Unterstützung bereit. Die Londoner Regierung hoffte jedoch weiterhin, dass die Deutschen zufrieden werden und so blieb es bei rein verbalen Protesten. Die französische Öffentlichkeit nahm es hin in einer Mischung aus Fatalismus, schlechtem Gewissen wegen der Fehler der Vergangenheit und Hoffnung auf künftiges Wohlverhalten Hitlers. Die Glaubwürdigkeit Frankreichs bei seinen Verbündeten erlitt einen Schlag. **Das Kleine Volksblatt** brachte am **20. März 1936 – Nr. 79** eine Zeichnung mit dem Kommentar „Konferenz im Nebel“ auf der Frontseite heraus. Unterschiedliche Länder sind um einen Kochkessel versammelt. Jedes hat einige Zutaten mitgebracht, und sie versuchen gemeinsam zu kochen. Um sie herum ist Nebel, so dass sie kaum sehen, was sie machen. In der Ecke der Zeichnung befindet sich Österreich, das neugierig und besorgt auf das Resultat wartet. Dieses Bild zeigt einen sehr interessanten Vergleich, der einerseits das Interesse Österreichs, andererseits sein Besorgnis um die Zukunft Europas veranschaulicht. Österreich schritt am 1. April 1936 zur Verkündung einer allgemeinen Bundesdienstpflicht, womit es die militärischen Klauseln des Vertrags von St Germain aufhob. Aber dies wurde nicht als Friedensbruch betrachtet. Österreich rüstete sich im Gegenteil unter dem Deckmantel der Sicherheit und Unabhängigkeit wieder auf, wie der Artikel vom **2. April 1936 – Nr. 92** es zum Ausdruck brachte:

„Der Bundestag hat gestern ein Gesetz beschlossen, das für Männer zwischen 18 und 42 Jahren eine Dienstpflicht für öffentliche Zwecke mit oder ohne Waffe einführt.“

Österreich war schon auf dem Weg zum Krieg, die europäischen Beziehungen spannten sich an. Die diplomatischen Proteste, die dagegen vorgebracht wurden, waren nicht sehr ernst gemeint und taten keine Wirkung. Die Aufrüstung Österreichs war seit langer Zeit von Italien unterstützt worden. In Wien wusste man jedoch, dass Italien nicht mehr so wie früher bereit war, allein über die Selbständigkeit Österreichs zu wachen. Italien war derzeit anderwärts gebunden und Österreich musste „auf eigenen Füßen stehen.“ Schuschnigg hatte den Schutz des Duce endgültig verloren:

„Unser kleines Österreich hat neue Wege beschritten und bewiesen, dass es nicht von fremden Vorbildern abhängig ist und seinen ureigenen Zielen auf seine Art nachstrebt.“ (2. April 1936 – Nr. 92)

### **C. Juliabkommen**

Die Unterzeichnung des Juliabkommens war ein Zeichen der unterschiedlichen Wege, die Frankreich und Österreich gingen. Das Alpenland suchte die Annäherung am deutschen Reich und Verhandlungen mit ihm, die streng geheim geführt wurden und mit einem konkreten Ergebnis, der Unterzeichnung des „Gentleman’s Agreement“ am 11. Juli 1936 endeten. Dieses Abkommen enthielt die Anerkennung der vollen Souveränität Österreichs durch die deutsche Reichsregierung sowie die Erklärung beider Regierungen, dass sie „die Innenpolitik des anderen Landes einschließlich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus als innere Angelegenheit des anderen betrachteten, auf die [sie] weder direkt noch indirekt einwirken“ würden. Die österreichische Bundesregierung verpflichtete sich dafür, ihre Politik im allgemeinen sowie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reich grundsätzlich auf der Linie zu halten, die der Tatsache, dass „Österreich sich als deutscher Staat“ bekennt, entspreche. Damit verzichtete Österreich letztlich auf eine eigenständige Außenpolitik. Aber laut der Zeitung handelt es sich um die „Herstellung normaler und freundschaftlicher Beziehungen zum Deutschen Reich.“ (Titel auf der Frontseite vom 12. Juli 1936 – Nr. 190) Im Abkommen standen

auch Verabredungen, die nicht veröffentlicht wurden: Pressefragen, worüber schon seit einem Jahr gewisse Vereinbarungen bestanden, die Zusicherung einer Amnestie für Nationalsozialisten mit Ausnahme der schwersten Fälle, die Stellung der Reichsdeutschen in Österreich und die Vertiefung der kulturellen Beziehungen wurden geregelt.

„Eine derartige Vertiefung der gemeinsamen kulturellen Bestrebungen, die im deutschen Sprachraum nur natürlich sein kann, darf im Interesse des gesamtdeutschen Volkstums herzlich begrüßt werden.“ **(12. Juli 1936 – Nr. 190)**

Für den „Ausbau des Pressefriedens [...] und der wirtschaftlichen Beziehungen“ war in den Augen der Österreicher der Weg geebnet. Am **12. Juli 1936 – Nr. 190** äußerte sich Schuschnigg zufrieden über das Abkommen:

„Im wohlverstandenen Interesse unseres Landes [...] will ich nur der aufrichtigen Freude und Genugtuung darüber Ausdruck geben, dass hien und drüben das Bewusstsein um Schicksalsverbundenheit und gemeinsamen Weg, [...] sich stark genug erwiesen hat, um mit berechtigter Aussicht auf Erfolg, den Versuch zu unternehmen, Hindernisse und Barrieren wegzuräumen. Die Feststellungen des deutschen Reichkanzlers, die im offiziellen Kommuniqué angeführt wurden, lauten wörtlich: „Deutschland hat weder die Absicht, noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen.“ Diese Erklärungen stellen einen Tatbestand, den gewisse Kreise manchmal noch anzweifeln zu müssen geglaubt haben, von maßgebendster reichsdeutscher Stelle her nochmals eindeutig fest.“

Für die Österreicher bedeutete dieses Abkommen einen „wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Unabhängigkeit.“ Aber es entsprach eher einem Schritt in Richtung des Anschlusses an Deutschland und einer weiteren Annäherung an die faschistischen Länder:

„Die Außenpolitik Österreichs wird in Hinkunft sowie in großer Linie bereits bisher unter Bedachtnahme auf die friedlichen Bestrebungen der Außenpolitik des deutschen Reiches geführt werden.“ **(12. Juli 1936 – Nr. 190)**

Das Kleine Volksblatt kommentierte die Rede Schuschniggs und bezeichnete diesen Schritt als einen Erfolg:

„Bundeskanzler Schuschnigg darf einen diplomatischen Erfolg verzeichnen, wie er nur einen Staatsmann von ganz großem Format, von klarer Zielsetzung und jäher Energie beschieden sein kann. In die Beziehungen, die Österreich einerseits auf Grund der Römischen Protokolle mit Italien und Ungarn, andererseits mit dem Völkerbund verbindet, tritt durch die Normalisierung des Verhältnisses zu Deutschland keine Änderung ein.“ (12. Juli 1936 - Nr. 190)

Dieser letzte Satz brachte die zweideutige Lage Österreichs zum Ausdruck. Schuschnigg wiederholte seine Verbundenheit mit dem Völkerbund trotz der Nähe zu den faschistischen Ländern. Die Reaktion Frankreichs angesichts dieses Abkommens erwies sich als sehr positiv, wie es am 13. Juli 1936 - Nr. 191 im Teil der Zeitung „Das Weltecho der großen Ereignisse“ (S. 2) deutlich zur Sprache kam: „sehr befriedigend.“

„Mehrere Blätter geben der Meinung Ausdruck, dass das neue Abkommen, ein ernsthafter Schritt zur Befriedung Europas sei Selbst ein führendes sozialistisches Blatt stellte fest, dass man das deutschösterreichische Abkommen als einen glücklichen Pakt bezeichnen müsse.“ (13. Juli 1936 - Nr. 191)

Das Volk missverstand den wahren Sinn und die Folgen dieses Juliabkommens. Die Nationalsozialisten fühlten sich verraten, obwohl der beschrittene Weg klar war. Hitler wie Schuschnigg wollten nur Zeit gewinnen. Die außenpolitische Linie Österreichs war ab dem Juliabkommen in gewisser Hinsicht vorgezeichnet. Es bestand kein Zweifel mehr, dass ein Konfrontationskurs mit dem Reich ausgeschlossen werden konnte. Aber diese Behauptung darf man nicht mit einem historischen Blick sehen. Zu dieser Zeit wurden die Absichten Hitlers nicht als schlecht entlarvt, sondern es vertrauten noch viele Österreicher sowie Franzosen auf seine Ehrlichkeit und seinen Friedenswillen. Während Österreich immer mehr in die außenpolitische Isolation geriet, verstand es Hitler, nach dem Sommer 1936 die Achse Berlin-Rom weiter zu festigen. Die Realisierung Hitlers Pläne ließen sich nicht abhalten. Um die Jahreswende 1937-1938 verschärften sich infolge der schwachen außenpolitischen Situation Österreichs die Spannungen im Verhältnis zum deutschen Nachbarn beträchtlich.

## D. Spanischer Bürgerkrieg

Am 18. Juli 1936 begann General Franco einen Aufstand gegen die republikanische Regierung in Madrid. Sein Ziel wurde in einem Artikel erklärt:

„Der hinter der Militärgruppe stehende Teil Spaniens habe die riesigen Gefahren begriffen, die Volk und Land seitens des Kommunismus drohten. Wie ein Mann habe sich das Volk erhoben, um den Internationalismus zu bekämpfen und Spanien wieder zu einer großen Nation zu machen.“ „Wir wollen die Befreiung vom Kommunismus und den Neuaufbau des Staates auf autoritärer Grundlage.“ (5. August 1936 – Nr. 214)

Spanien stand „in hellem Aufruhr“. In zahlreichen Städten kam es zu ebenso erbitterten und blutigen Zusammenstößen.

„Die Kämpfe gehen weiter und werden mit ungeheurer Erbitterung geführt. Immer deutlicher ist es zu erkennen, dass es sich hier um eine gewaltige, für das Schicksal des Landes entscheidende Auseinandersetzung zwischen Rechts und Links handelt.“ (20. Juli 1936 – Nr. 198)

General Franco bat um materielle Hilfe. Die französischen Kommunisten plädierten für eine Intervention für die spanischen Kommunisten als Zeichen der Solidarität, aber die Rechtsparteien waren dagegen, was zu einem inneren Gegensatz führte. Die Reaktion Frankreichs angesichts des spanischen Bürgerkriegs wurde in einem Artikel vom 4. August 1936 – Nr. 213 dargestellt. In einem ersten Absatz schien der Journalist die Grausamkeit und die Gewalt des Konfliktes zu verurteilen, wie es das Vokabular zeigt:

„Ein Schritt Frankreichs: Vierzehn Tage wütet nun schon der Bürgerkrieg in Spanien. Mit einer Erbitterung stehen nun die beiden Parteien einander gegenüber, die keinen Pardon mehr kennt und nur noch von der Grausamkeit übertroffen wird, die ohne Beispiel in der Geschichte ist, Ströme von Blut fließen, unersetzbare Kultur- und Kunstschatze werden zerstört. Das unglückliche Land gleicht schon jetzt in vielen seinen Teilen einem Trümmerhaufen. So entsetzlich das Schicksal für die Halbinsel selbst ist, es birgt auch große Gefahren für Europa in sich, die in den letzten Tagen deutlich sichtbar wurden.“ (4. August 1936 – Nr. 213)

Dann wurde die Lage in Frankreich erklärt, aber man kann einen Neutralitätsversuch seitens des Journalisten feststellen:

„Gleich nach dem Ausbruch der blutigen Wirren bildeten sich in Frankreich zwei Parteien. Die eine machte aus ihren Sympathien für die Madrider Regierung kein Hehl und verlangte deren kraftvolle Unterstützung durch ausgiebige Waffen- und Munitionslieferungen. Diese Gruppe, der auch der französische Ministerpräsident nicht ferne steht, behauptet, Frankreich könne so handeln, ohne den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Vorgänge des Nachbarstaates zu verletzen, da die Regierung in Madrid die rechtmäßige Regierung in Spanien sei. Die zweite Gruppe lehnte mit Rücksicht auf die großen Gefahren einer einseitigen Intervention im spanischen Bürgerkrieg ab und wollte nur im Einvernehmen mit den zunächst interessierten Mächten, Italien und England, vorgehen.“ **(4. August 1936 – Nr. 213)**

Blum entschied zunächst, den befreundeten Regierungstruppen Waffen zukommen zu lassen. Am **26. Juli 1936 – Nr. 204** und am **28. Juli 1936 – Nr. 206** wurden die Waffenlieferungen seitens Frankreichs angekündigt:

„Französische Waffen für die spanischen Kommunisten: Seit Tagen greifen die französischen Rechtsblätter die Regierung heftig an, weil sie an die spanische Volksfront zugestimmt habe. [...] Die Internationale mischt sich ein, das ganze Gewicht der französischen Volksfront müsse eingesetzt werden.“ **(28. Juli 1936 – Nr. 206)**

Aber als die britische Regierung auf strikte Neutralität Frankreichs im innerspanischen Konflikt drängte, entschied sich Blum für ein Nicht-Interventions-Abkommen der Großmächte. Mehrere Artikel berichteten von diesem Kurswechsel:

„Die französische Regierung hat den Beschluss gefasst, an der Neutralitätspolitik gegenüber Spanien festzuhalten.“ **(2. August 1936 – Nr. 211)**

In einem Artikel vom **9. August 1936 – Nr. 218** mit dem positiven Titel „Die Bemühungen Frankreichs“ wurde auch der Einklang zwischen Frankreich und Großbritannien zum Ausdruck gebracht:

„Der französische Ministerrat hat die vom Kabinettsrat beschlossene Haltung einer strengen Neutralität gegenüber Spanien gutgeheißen. Die englische Regierung hat ihre prinzipielle Zustimmung zu der Formel der

Nichteinmischungserklärung bezüglich Spaniens gegeben, die ihr von der französischen Regierung überreicht worden war. Die britische Regierung wird die Schritte unterstützen, die Frankreich unternehmen wird.“ (9. August 1936 – Nr. 218)

Im Gegensatz zu dieser Entscheidung vereinten Italien und Deutschland ihre Kräfte zur Unterstützung der spanischen Faschisten und versorgten die Aufständischen weiter mit umfangreichen Waffenlieferungen. Hitler wollte durch die Beteiligung im spanischen Bürgerkrieg seine Wehrmacht auf die Probe stellen und gleichzeitig von seinen eigentlichen Angriffszielen, Österreich und die Tschechoslowakei, ablenken. Mussolini wollte dem Faschismus in einem zweiten Land am Mittelmeer zum Durchbruch verhelfen. General Franco wiederholte seine Bitte um konkrete Hilfe, was Europa spaltete:

„Hilferuf aus Madrid: durch den Madrider Sender wurde gestern an die republikanischen Staaten Europas ein Appell gerichtet, im spanischen Bürgerkrieg **n i c h t m e h r n e u t r a l z u b l e i b e n** und der offiziellen Madrider Regierung ihren Beistand zu gewähren.“  
(14. August 1936 – Nr. 223)

Schuschnigg sah keine andere Möglichkeit, als sich weiterhin mit den Achsenmächten zu verständigen und im Prinzip auf ihrer Linie zu bleiben. Hitler war entschlossen, den evolutionären Weg weiterzugehen, er vertraute auf den Friedenswillen des österreichischen Kanzlers, dem er eine Zusage nach der anderen abzurufen gedachte. Frankreich schien zu schwach, um eine Kraftprobe mit den faschistischen Ländern zu bestehen, trotz des Einmischungswillens der französischen Kommunisten. Dieser Konflikt in Frankreich um die Nicht-Einmischung in den spanischen Bürgerkrieg bedeutete das Ende des Friedens in Europa. Frankreich hatte anders als Österreich das entgegengesetzte Lager gewählt, der beschrittene Weg war jetzt klar.

## **E. Auf dem Weg zum Anschluss**

Die Annäherung an Deutschland hinderte Schuschnigg jedoch nicht daran, sich weiter um gute Beziehungen mit anderen europäischen Ländern zu bemühen. Österreich war Anfang 1937 eindeutig und praktisch unausweichlich in die Politik von Rom und Berlin eingebunden. Ab Herbst

1937 konnte Österreich dem Druck der Achsenmächte nicht mehr standhalten. Der Weg in den Krieg war klar, es war nur noch eine Frage der Zeit. Im Vertrauen auf die Politik der Anlehnung an die Achsenmächte hatte Schuschnigg zweifelsohne zu spät erkannt, dass sich Italien von Österreich und dem Willen, dessen Unabhängigkeit zu garantieren, weiter entfernte. Zwischen Hitler und Mussolini herrschte volles Einverständnis, was die Österreich-Politik anlangte. Italien war jedoch nicht der einzige Staat, der sich politisch von Österreich immer weiter entfernte. Auch die Westmächte neigten im Verlauf des Jahres 1937 immer mehr dazu, den Dingen ihren Lauf zu lassen und notfalls eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten mit anzusehen. Dies zeigte sich deutlich im Mai 1937, als Guido Schmidt als offizieller Vertreter Österreichs zu den Krönungsfeierlichkeiten König Georgs VI. nach London fuhr. Der Staatssekretär konnte somit feststellen, ob England Sympathie gegenüber Österreich zeigte, und dem Ausland die außenpolitische Situation des eigenen Staates näher bringen, um wieder mehr Interesse an Österreich zu wecken. Schmidt konnte keine konkreten politischen Zusagen erreichen. Der englische Außenminister Anthony Eden bekundete zwar das „stärkste Interesse“ seiner Regierung an der österreichischen Frage, Verpflichtungen bezüglich der österreichischen Unabhängigkeit standen aber nicht zur Debatte. Auf seiner Rückreise machte Schmidt dann in Paris Station, wo man ihm erklärte, dass Frankreich so wie England die österreichische Politik der Annäherung an Deutschland als die „einzig mögliche und richtige“ ansehe. Man verlieh der Hoffnung Ausdruck, dass das im Moment gespannte Verhältnis zwischen den beiden Staaten besser sein würde. In allen Ländern wurde Schmidt zwar freundlich und korrekt behandelt, aber die Regierungen im Westen Europas hätten den Eindruck, dass Österreich fest in die Politik der Achsenmächte eingebunden wäre. Man hielt daher ein allzu enges politisches Zusammengehen mit dem Regime von Schuschnigg nicht für notwendig. Die außenpolitische Isolierung Österreichs wurde immer größer. Die Achse Rom-Berlin erfuhr im Herbst 1937 ihre endgültige Stabilisierung. Mussolini hatte dem deutschen Reichskanzler zugesichert, dass Italien sich weder gegen ein enges deutschösterreichisches Wirtschaftsbündnis noch gegen ein Zusammengehen

der beiden Länder auf militärischem Gebiet wehren würde. Die Freundschaft beider Länder wurde besiegelt, Hitler glaubte, eine militärische Intervention in Österreich wagen zu können. Nach 1936 wurde die Grenzziehung zwischen dem legalen und illegalen Bereich immer mehr verwischt. Das Jahr 1936 entsprach einer Zäsur. Die außenpolitischen Ziele Deutschlands verkoppelten sich mit der forcierten Aufrüstung und der wirtschaftlichen Mobilisierung. Es mangelte Deutschland an Rohstoffen, vor allem an Eisen und Stahl, es mangelte an Devisen und es gab Engpässe auf dem Arbeitsmarkt. Der Blick der Begehrlichkeit richtete sich auf Österreich. Die Spannungen vermehrten sich am Ende des Jahres 1937. Ein Ausweg sollte auf höchster Ebene, beim Treffen Hitler-Schuschnigg am 12. Februar 1938 in Berchtesgaden, gefunden werden. Tatsächlich wurde jedoch der unsichere österreichische Bundeskanzler vom deutschen Reichskanzler brutal erpresst. Schuschniggs verzweifelter Versuch, die Lage durch eine Volksbefragung am 13. März 1938 doch noch zu stabilisieren, lieferte den Vorwand für das deutsche Ultimatum am 11. März 1938. Frankreich war wieder einmal ohne handlungsfähige Regierung. Bemühungen, den „Anschluss“ zu verhindern, waren im Ansatz stecken geblieben. Das außenpolitisch völlig isolierte Österreich beugte sich und die deutschen Truppen marschierten am 12. März 1938 in Österreich ein.

## Schluss

Der Umfang der Berichterstattung über Frankreich im Kleinen Volksblatt übertraf die Größe und Wichtigkeit Frankreichs im internationalen Geschehen, wie die quantitative Analyse zeigte. Dem Thema Frankreich wurde in der Zeitung viel Platz eingeräumt. Die Zeitungen gaben den kürzeren Artikeln den Vorzug, aber viele Artikel wiesen auf eine ausführliche Berichterstattung hin. Darüber hinaus standen die Frankreich zuzuordnenden Artikel im Bereich der Politik und Wirtschaft auf den ersten Seiten der Zeitung, was das Interesse der Österreicher zum Ausdruck brachte. Durch die Gestaltung wurden aktuelle Nachrichten von anderen abgesetzt und gewannen somit an Bedeutung. Je nach Aufmerksamkeits- und Wichtigkeitswert erhielten die Artikel Titel, die von einer Normalzeile bis zur massiven Schlagzeile reichten. Die Überschriften enthielten den Inhalt des Zeitungsartikels und waren manchmal durch größeren und fetteren Druck vom anschließenden Text abgehoben. Wurde eine Nachricht für wesentlich gehalten, so wurde das Interesse des Lesers durch eine Schlagzeile auf der Frontseite der Zeitung darauf hingelenkt. Die inhaltliche und graphische Gestaltung sowie die räumliche Ausdehnung ließen den Informationswert der Meldungen erkennen. Die meisten Zentralereignisse in Frankreich wurden im Kleinen Volksblatt behandelt. Die französischen Regierungswechsel, sowie die sozialen Unruhen und die wirtschaftlichen Maßnahmen fanden einen starken Widerhall. Die Berichterstattung über Frankreich blieb konstant und regelmäßig über die vier untersuchten Jahre hinweg, obwohl Wahlen oder kritisch soziale Situationen Faktoren für einen größeren Umfang an Nachrichten bildeten. Kontinuität in der Berichterstattung diente auch der Lesbarkeit des Inhalts. Oft wurden Hintergründe zur Verständlichkeit der Informationen vermittelt. Sie ließen das Geschehen in seinen Zusammenhängen erkennen. Die Themenauswahl war oft von den Ereignissen in Österreich geprägt. Trotz des Anstiegs der Berichterstattungen, die den Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland in den Jahren 1936 bis 1938 gewidmet wurden, wurden den Ereignissen in Frankreich in der Zeitung immer Platz

eingräumt. Nur minderwertige Maßnahmen, die keine europaweiten Folgen hatten, wurden nicht berichtet. In den meisten Fällen waren Bericht und Kommentar leicht zu trennen. Jede Berichterstattung enthielt eine sachliche Mitteilung von Fakten, aber sie wurde nicht immer eindeutig kommentiert. Aber da die Wahl des Stoffes und die Mitteilungsform niemals objektiv sein kann, konnte die Meinung des Journalisten doch erkannt werden. Manche Artikel wurden eindeutig politisch aus dem Standpunkt der Vaterländischen Front gefärbt. Sprachlich waren die Artikel der politischen und wirtschaftlichen Sparten eher neutral und das Bild wurde anhand kleiner Zeichen aufgedeckt. Keine Artikelquellen und Namen der Berichtersteller wurden angeführt. Die Glaubwürdigkeit der Informationsquellen konnte daher nicht überprüft werden. Manchmal wurden Berichte oder Kommentare von sicheren ausländischen Zeitungen übernommen.

Das politische Ressort erreichte - sowohl was den Umfang als auch die Artikelanzahl angeht - den höchsten Anteil. Die politische Sparte diente vornehmlich der Unterrichtung über das französische politische Leben. Die Innenpolitik wurde ausführlich dargestellt. Bei jedem Regierungswechsel wurden zwar die Namen der Minister und die Regierungserklärungen wiedergegeben, aber hinter diesem Interesse versteckte sich Skepsis und Unsicherheit der Österreicher. Wegen der Angst vor der Zukunft blieben die Österreicher nicht gleichgültig Frankreich gegenüber. Skandale, Geldmanipulationen und Regierungswechsel bildeten einen Anlass zur Kritik. Die Schwächen der Regierung wurden aufgezeigt und die politische Instabilität wurde besonders angeprangert. Die Regierungskrisen in Frankreich waren für die Österreicher eine Folge des Parteienstaates und ein Beweis für die Korruption des rein parlamentarischen Regimes. Frankreich bat das Bild eines unstablen Landes, das kein Vorbild war. Ständige Regierungsstürze und politische Skandale führten Österreich dazu, einen anderen Weg einzuschlagen. Österreich lehnte den Parlamentarismus und den Parteienstaat ab, zumindest hoben die Regierungen Dollfuß und Schuschnigg dies immer wieder hervor. Die österreichische Unabhängigkeit könne nur durch Beseitigung aller Parteien und eine Verfassungsreform in antiparlamentarischem und korporativem

Sinn nach dem Vorbild des faschistischen Staatsaufbaues gesichert werden. Die Unbeständigkeit der französischen Regierungen wurde von der Unfähigkeit der Politiker begleitet, Ruhe und Ordnung im Lande zu halten. Die soziale Krise bat ein Bild der Desorganisation. Demonstrationen, Streiks und schließlich heftige Zusammenstöße waren Auswirkungen der politischen und wirtschaftlichen Führung in Frankreich und wurden deshalb verurteilt. Dem Chaos im Lande wurde mit Vorwurf und Ablehnung begegnet und brachte den Österreichern ein Schreckbild. Es besteht immer eine enge Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft: Die Wirtschaftskrise ist mit der Krise und der Lebensunfähigkeit des Staates verbunden und ein gesundes Wirtschaftsleben mit einer gesunden Politik. Die Wirtschaftskrise und mit ihr die Probleme der Arbeitslosigkeit und Unsicherheit der Zukunft bildeten ein negatives Bild, aber dieser Aspekt wurde in der Zeitung wenig kritisiert und muss daher relativiert werden, weil die Wirtschaftskrise Österreich sehr stark betraf. Mit einer wohlwollenden Haltung wurden den Bemühungen einiger französischer Ministerpräsidenten entgegen gekommen, eine Reform der Verfassung und des parlamentarischen Regimes einzuführen, um die Politik zu stabilisieren. Die Journalisten schienen die Budgetsanierung zu befürworten und deshalb die Vergabe der außerordentlichen Vollmachten zu unterstützen. In der Außenpolitik wurde die französische Orientierung besonders verfolgt, weil die Haltung Frankreichs bedeutende Auswirkungen für ganz Europa hatte. Die französische Diplomatie wurde meistens positiv bewertet. Berichte von den Staatsbesuchen wiesen auf gute Beziehungen zu den anderen Ländern hin. Nicht nur diplomatische und offizielle, sondern auch persönliche Kontakte bestanden zwischen den Staatsmännern. Österreich teilte das außenpolitische Ziel Frankreichs: Frankreich setzte sich nämlich für die Unberührbarkeit der österreichischen Unabhängigkeit und für den Frieden ein. Die Verhandlungsbereitschaft und der Friedenswille der Franzosen wurden geschätzt und rückten in den Vordergrund. Aber das Gefühl von Bedrohtsein und die Unsicherheit verstärkten sich im Laufe der Zeit und führten zu Skepsis und Distanznahme. Im Laufe der Jahre formte sich die Meinung der Österreicher um und das Bild veränderte sich langsam. Österreich und Frankreich schlugen zwei

verschiedene Kurvenlinien ein. In der Ersten Republik nahm Österreich eine Sonderstellung ein. Das Land stand zwischen dem System der Pariser Friedensverträge und dem darauf aufbauenden System der kollektiven Sicherheit auf der einen Seite und dem entgegen gesetzten System der revisionistischen Mächte, in dem Deutschland bald die Führung übernahm, auf der anderen Seite. Doch entwickelte Österreich eine „besondere“ Beziehung, die aus dem damaligen Charakter des Landes als „zweiter deutscher“ Staat resultierte. Mit dem Jahre 1933, dem Machtantritt des Nationalsozialismus im Deutschen Reich, änderte sich diese Konstellation. Österreich geriet in einen harten Konfliktkurs zu Deutschland und näherte sich dem faschistischen Italien (Römische Protokolle 1934). Italien übernahm eine Schutzfunktion für die österreichische Unabhängigkeit und Frankreich näherte sich seinerseits auch Mussolini an, was Österreich begrüßte. Die Außenpolitik Frankreichs wurde mit einem positiven Blick angesehen. Der Ausgang der Abstimmung über das Saarland mit der Anerkennung der Franzosen, dass das Saargebiet deutsch war, wurde von den Österreichern mit Freude empfangen. Ebenso schienen sie zufrieden, als Frankreich die bedeutende Rolle Österreichs im Vertrag von Stresa anerkannte und die Wichtigkeit der österreichischen Unabhängigkeit bekräftigte. Der italienische Kurs der österreichischen Außenpolitik funktionierte, solange Italien mit Frankreich und England in der Sicherung der österreichischen Unabhängigkeit übereinstimmte. Aber in den Jahren 1935-1936 kam mit dem italienischen Abessinienkrieg die Wende. Das isolierte Italien stützte sich auf Deutschland, während Österreich zunehmend ohne Schutz war. Die Folge davon war, dass Österreich versuchte, die Front mit Deutschland aufzulockern, ohne formal die Unabhängigkeit preiszugeben (Juliabkommen 1936). Je mehr internationale Spannungen vorkamen, desto stärker wurden Unverständnis und Kritik gegenüber Frankreichs Haltung. Das rückwärtsgewandte Bild des Ständestaates mündete in den Krieg, ohne dass Frankreich sich für die österreichische Unabhängigkeit einsetzte. Die französische Volksfrontregierung hatte auf Verhandlungen mit Hitler, die Deutschland in den Völkerbund zurückbringen sollten, gehofft. Aber zunehmende Skepsis hatte Blum dazu getrieben, ein

Aufrüstungsprogramm auf den Weg zu bringen. Als das faschistische Italien sich von Frankreich abwandte, waren Chautemps und nachher Daladier auf der Linie von Blum und betrieben Aufrüstung und Appeasement zugleich. Die Franzosen wollten zwar den Frieden in Europa sichern, aber wurden von der wirtschaftlichen und politischen Krise gelähmt und zur Passivität geführt. Es gelang ihnen nicht, die Worte in die Praxis umzusetzen. Aufgrund des traditionellen Zentralismus Frankreichs nahm die Hauptstadt eine Sonderstellung ein. Paris fand eine große Erwähnung und wurde als Symbol für Frankreich angesehen. Die Hauptstadt erreichte diesen hohen Interessenwert zum größeren Teil als Sitz der Regierung und bildete daher den Hauptanziehungspunkt. Das ganze politische Geschehen wurde von Paris aus bestimmt. Dennoch berichteten viele Meldungen von Ereignissen, die sich in anderen französischen Städten abspielten, was gute geographische Kenntnisse erforderte.

In den Augen der österreichischen Öffentlichkeit wurde die Mentalität der Franzosen also positiv bewertet, obwohl das politische und wirtschaftliche System mit einem kritischen Blick betrachtet und nicht angestrebt wurde. Frankreich war kein Vorbild für Österreich, das sich in mehreren Bereichen unterscheiden wollte. Es ergab sich also ein problematisches und kontrastiertes Bild, das die Komplexität der Vorstellungen zum Ausdruck brachte. Das erzeugte Bild war nicht eindeutig positiv, denn die Schattenseiten Frankreichs wurden oft unterstrichen und kritisch beleuchtet. Es wurde den Österreichern kein umfassendes Bild vermittelt, sondern ein Bild vielfältiger Natur. Diese Arbeit zeigte das komplexe Beziehungsgeflecht der Staaten. Die Betrachtungsweise von Frankreich nahm unterschiedliche Gesichter an und änderte sich im Laufe der Jahre.

# Bibliographie

## Primärliteratur

- Das Kleine Volksblatt, Zeitung. Jg: Februar 1934 – Mai 1937  
STB (Wiener Stadt- und Landesbibliothek. Rathaus): F. 74.840

## Sekundärliteratur

- AZEMA, Jean-Pierre / WINOCK, Michel: La III<sup>e</sup> République (1870-1940). Pluriel, Calmann-Lévy, 1976 (S. 225-298)
- BENAY, Jeanne: L'Autriche 1918-1938, Recueil de textes civilisationnels. Univ. de Haute-Normandie, Centre d' Etudes et de Recherches Autrichiennes Publications de l'université de Rouen. N° 245, 1998 (S. 257-321)
- DUSEK, Peter / PELINKA, Anton / WEINZIERS, Erika: Zeitgeschichte im Aufriss. Wien, Jugend und Volk, 1995 (S. 200-243)
- FRAENKL, Ernst: Öffentliche Meinung und internationale Politik. Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. Tübingen, Heft 255-256, 1962. (S. 5-40)
- GOLDINGER, Walter: Geschichte der Republik Österreich: 1918-1938. Wien, Oldenburg, Verlag München, Verlag für Geschichte und Politik, 1992. (S. 134-328)
- GUGGISBERG, Marie-Therese: Das Auslandsbild der Presse. Bern, Verlag Paul Haupt, 1976. (S. 19-94)
- HANISCH, Ernst: Österreichische Geschichte. Der lange Schatten des Staates. 1890-1990. Hrsg. WOLFRAM, Herwig: Wien, Österreichische Gesellschaftsgeschichte des XX. Jahrhunderts 1890-1990, Ueberreuter, 1994. (S. 285-339)
- HOPFGARTNER, Anton: Kurt Schuschnigg ein Mann gegen Hitler. Graz-Wien, Verlag Styria, 1989. (S. 89-194)
- KALTENECKER, Julian: Kommentare der Weltpresse zum Zeitgeschehen Österreich 1914-1938. Wien, Österreichischer Bundesverlag, 1992. (S. 53-88)
- KERGOAT, Jacques: La France du Front Populaire. Paris, La Découverte (Redécouverte. Sciences humaines et sociales), 2003 (S. 33-222)

- Hg: KLEINE VOLKSBLATT (DAS): Das Kleine Volksblatt, der größte Zeitungserfolg im Neuen Österreich. Wien, Politische Zeitprobleme, Österreichischer Verlag, 1947.
- KREISSLER, Félix: Von der Revolution zur Annexion, Österreich 1918 bis 1938. Wien, Europa-Verlag, 1970 (S. 215-288)
- KRIECHBAUMER, Robert: Ein vaterländisches Bilderbuch. Propaganda, Selbstinszenierung und Ästhetik der Vaterländischen Front 1933-1938. Wien, Böhlau-Verlag, 2002 (S. 9-76)
- LOTH, Wilfried: Geschichte Frankreichs im XX. Jahrhundert. Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz, Kohlhammer, 1987. (S.70-98)
- LUGER, Karin: Dieses Land, das wir so liebend gerne hassen...Österreich in der französischen Presse 1986-1992. Wien, Bd. 16, Kunst- und Kulturverlag, 2000. (S. 1-90)
- MERTEN, Klaus: Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis. Opladen, Westdeutscher Verlag, 2. verb. Auflage, 1995. (S. 98-148)
- MONNET, Sylvie : La politique extérieure de la France depuis 1870. Paris, Histoire U-Armand Collin, 2000. (S. 83- 97)
- PAUPIE, Kurt: Handbuch der österreichischen Pressegeschichte. Wien-Stuttgart, Bd. 1, 1960. (S. 104)
- REMOND, René: Notre Siècle. 1918-1988. Paris, Imprimerie nationale, Histoire de France 6, Fayard, 1988. (S. 147-265)
- SUPPANZ, Werner: Österreichische Geschichtsbilder. Historische Legitimationen in Ständestaat und Zweiter Republik. Köln-Weimar-Wien, Böhlau-Verlag, Böhlau's zeitgeschichtliche Bibliothek. Hrsg. KONRAD, Helmut. Bd. 34, 1998.
- TACEL, Max: La France et le monde au XX<sup>e</sup> siècle. Paris, Masson, Collection relations internationales contemporaines, 1989. (S. 135-161)
- ZÖLLNER, Erich: Geschichte Österreichs, von den Anfängen bis zur Gegenwart. Wien, Verlag für Geschichte und Politik, 7. Auflage, 1984. (S. 506-524)

## Artikel

- CHAMBAZ, Bernard: „Le PCF, l'année 34 en France et la lutte contre le fascisme.“ (S. 355)  
in: BOTZ, Gehrard: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung. („X. Linzer Konferenz“ 1974) Europaverlag, Wien, 1976.
- CSOKLICH, Fritz: „Presse und Rundfunk“ (S. 715-729)  
in: SKALNIK, Kurt / WEINZIERS, Erika: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 2, Graz-Wien-Köln, Verlag Styria, 1983.
- FRANK, Robert: „Images et imaginaires dans les relations internationales depuis 1938 : problèmes et méthodes.“ (S. 5-11)  
in : FRANK, Robert: Images et imaginaires dans les relations internationales depuis 1938. Cahier de l'Institut d'Histoire du Temps Présent n° 28, Juin 1994.
- JAGSCHITZ, Gerhard: „Der österreichische Ständestaat 1934-1938.“ (S. 497-515)  
in: SKALNIK, Kurt / WEINZIERS, Erika: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1, Graz-Wien-Köln, Verlag Styria, 1983.
- KREISSLER, Félix: „Frankreich und Österreich im XX. Jahrhundert: Ein historischer Überblick.“ (S. 9-31)  
in: KOJA, Friedrich / PFERSMANN, Otto: Frankreich-Österreich. Wechselseitige Wahrnehmung und wechselseitiger Einfluss seit 1918. Wien-Köln-Graz, Böhlau, Studien zu Politik und Verwaltung-Bd. 58, 1994.
- KREISSLER, Felix. „Thesen zu einer vergleichenden Zusammenschau der Ereignisse um den 12. Februar 1934 in Österreich und in Frankreich.“ (S. 499-509)  
in: FRÖSCHL, Erich / ZOITL, Helge (Hrsg.): Der 12. Februar 1934. Ursachen, Fakten und Folgen. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, 1984.
- MÄRZ, Eduard / KERNBAUER, Hans / WEBER, Fritz: „Die wirtschaftliche Entwicklung von der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluss.“ (S. 371-379)  
in: SKALNIK, Kurt / WEINZIERS, Erika: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1, Graz-Wien-Köln, Verlag Styria, 1983.
- NIEDHART, Gottfried. „Selektive Wahrnehmung und politisches Handeln. Internationale Beziehungen im Perzeptionsparadigma.“ (S. 141-157)  
in: LOTH, Wilfried (Hrsg.) / OSTERHAMMEL, Jürgen (Hrsg.): Internationale Geschichte. Themen, Ergebnisse, Aussichten. München, Oldenburg, 2000.

- STAUDINGER, Anton: „Christlichsoziale Partei“. (S. 249-276)  
in: SKALNIK, Kurt / WEINZIERN, Erika: Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1, Graz-Wien-Köln, Verlag Styria, 1983.

### **Diplomarbeiten und Dissertationen**

- BOXBERG, Adelheid: Das Bild Österreichs in der bundesdeutschen Tagespresse. Leitstudie zur Imageforschung durch Inhaltsanalyse. Wien, Dissertation, 1968. (S. 10-182)
- MITTERBAUER, Johanna: Das Bild Deutschlands in österreichischen Tageszeitungen zwischen 1933 und 1938. (Am Beispiel der Neuen Freien Presse, Arbeiterzeitung und Roten Fahne). Wien, Diplomarbeit, 1992. (S. 19-29)
- RAISP, Egon: Die Wiener Tagespresse: 1848-1950. Versuch einer Typologie. Wien, Dissertation, 1952. (S. 114-150)
- STAMPRECH, Franz: Die kleinen Blätter Wiens. Wien, Dissertation, 1954. (S. 49-158)
- WISSHAUPT, Walter: Das Wiener Pressewesen von Dollfuß bis zum Zusammenbruch (1933-1945) Wien, Dissertation, 1951. (S. 1-104)